

Stenografischer Bericht

7. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 24. November 2015

Beginn: 10.05 Uhr

Entschuldigt: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer, LTAbg. Sandra Krautwaschl

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilung gem. § 39 GeoLT* (830)

B1. Einl.Zahl 412/1

Anfrage der LTAbg. Ing. Jungwirth (Grüne) an Landesrätin Mag. Lackner betreffend

„*Jeden Tag gesunde Luft für die Steirerinnen und Steirer!*“

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Leichtfried (825)

Zusatzfrage: LTAbg. Ing. Jungwirth (828)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Mag. Leichtfried (828)

B2. Einl.Zahl 435/1

Anfrage des LTAbg. Amesbauer, BA (FPÖ) an Landesrätin Mag. Kampus betreffend

„*Steigende Armut in der Steiermark*“

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (829)

D1. Einl.Zahl 413/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der Grünen an Landesrat Mag. Leichtfried betreffend

„*Maßnahmen der Steiermark für den Klimaschutz*“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth (936)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Leichtfried (942)

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Staller (951), LTAbg. Hubert Lang (953), Schönleitner (956), LTAbg. Gangl (961), LTAbg. Ahrer (962), LTAbg. Klimt-Weithaler (963)

Beschlussfassung: (966)

1. Einl.Zahl 351/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung

Betreff: *Pflichtschulbesuch minderjähriger Flüchtlinge*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 2)

Beschlussfassung: (844)

2. Einl.Zahl 365/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung

Betreff: *Bildungsangebote für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche*

Wortmeldungen: LTAbg. Ing. Jungwirth (832), LTAbg. Amesbauer, BA (833), Landesrätin Mag. Lackner (835), Bundesrat Krusche (837), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (838), LTAbg. Schnitzer (842), LTAbg. Schweiner (844)

Beschlussfassung: (845)

3. Einl.Zahl 357/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18*

Wortmeldungen: (Siehe Tagesordnungspunkt 4)

Beschlussfassung: (860)

4. Einl.Zahl 169/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen*

Wortmeldungen: LTAbg. Ing. Jungwirth (845), LTAbg. Ederer (847), LTAbg. Schartel (852), LTAbg. Kügerl (853), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (854), LTAbg. Ing. Jungwirth (856), LTAbg. Ederer (858), LTAbg. Schartel (859)

Beschlussfassung: (860)

5. Einl.Zahl 343/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Landesstraße B73, Kirchbacher Straße, Abschnitt: „Verbindungsspange Knoten Graz Ost-Umfahrung Hausmannstätten“*, Entschädigung für die Einlöse einer Wohnliegenschaft

Beschlussfassung: (861)

6. Einl.Zahl 358/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft

Betreff: Gesetz vom , mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 geändert wird (13. STLAO-Novelle)

Beschlussfassung: (861)

7. Einl.Zahl 344/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft

Betreff: *Tätigkeitsbericht der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle für das Jahr 2014*

Wortmeldungen: LTAbg. Bauer (862), LTAbg. Hubert Lang (863), LTAbg. Royer (865), LTAbg. Karl Lackner (868), Landesrat Seitinger (870)

Beschlussfassung: (872)

8. Einl.Zahl 329/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes betreffend Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer, Follow-up-Überprüfung; Flüchtlingsbetreuung im Land Steiermark, Follow-up-Überprüfung;*

Wortmeldungen: LTAbg. Ing. Jungwirth (873), LTAbg. Fartek (875), LTAbg. Mag. (FH) Hofer (877), LTAbg. Klimt-Weithaler (878), LTAbg. Schweiner (879), LTAbg. Ing. Jungwirth (880), Landesrat Seitinger (882)

Beschlussfassung: (884)

N1. Einl.Zahl 341/4

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 2010 geändert wird*

Wortmeldungen: LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl (885), LTAbg. Anton Lang (887), LTAbg. Klimt-Weithaler (887), LTAbg. Kunasek (887), LTAbg. Schönleitner (888),

Beschlussfassung: (889)

9. Einl.Zahl 331/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Grenzen für die Bürgerinnen und Bürger schützen*

Wortmeldungen: LTAbg. Triller, BA (891), LTAbg. Kunasek (892), LTAbg. Anton Lang (895), LTAbg. Schnitzer (895), LTAbg. Dr. Murgg (897), LTAbg. Schönleitner (899), Präsidentin LTAbg. Khom (903), LTAbg. Mag. Kerschler (903)

Beschlussfassung: (904)

10. Einl.Zahl 337/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Förderungsbericht des Landes Steiermark 2014*

Wortmeldungen: LTAbg. Triller, BA (905), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (906), LTAbg. Petinger (908), LTAbg. Klimt-Weithaler (909), LTAbg. Schönleitner (911)

Beschlussfassung: (912)

11. Einl.Zahl 321/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden

Betreff: *Direktwahl des Bürgermeisters*

Wortmeldungen: LTAbg. Hafner (913), LTAbg. Dirnberger (914), LTAbg. Petinger (915), Dr. Murgg (917), LTAbg. Schönleitner (918)

Beschlussfassung: (919)

N2. Einl.Zahl 332/4

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Behindertengesetz geändert wird*

Wortmeldung: LTAbg. Zenz (919)

Beschlussfassung: (0000)

12. Einl.Zahl 366/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit*

Wortmeldungen: LTAbg. Anton Lang (920), LTAbg. Klimt-Weithaler (921), LTAbg. Schnitzer (926), LTAbg. Anton Kogler (927)

Beschlussfassung: (928)

13. Einl.Zahl 336/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Sozialtherapeutische Wohnplätze für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche*

Wortmeldungen: LTAbg. Tschernko MSc (929), LTAbg. Klimt-Weithaler (930), LTAbg. Moitzi (932), LTAbg. Zenz (933), LTAbg. Riener (934)

Beschlussfassung: (935)

14. Einl.Zahl 348/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft

Betreff: *I. EU-Programmplanungsperiode 2014-2020; Österreichisches Programm für ländliche Entwicklung, Prioritäten 1-6; II. Europäischer Meeres- und Fischereifonds 2014-2020*

Beschlussfassung: (936)

Präsidentin Dr. Vollath: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich begrüße alle ganz herzlich zur siebenten Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle ganz herzlich, ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher hier im Saal aber auch jene, die der heutigen Sitzung per Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie die Damen und Herren des Bundesrates. Herzlich Willkommen!

Entschuldigt sind für die heutige Sitzung: LHStv. Mag. Michael Schickhofer, LTAbg. Sandra Krautwaschl.

Geschätzte Abgeordnete, die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das ist nicht der Fall. Schön, jetzt haben alle gemerkt, dass die Sitzung bereits begonnen hat.

Bevor ich in die Tagesordnung einsteige, sehr geehrte Damen und Herren, wollen wir der Opfer der schrecklichen Terroranschläge in Frankreich gedenken und ich bitte Sie, sich dazu von Ihren Sitzen zu erheben.

Am 13. November kamen bei einer Reihe von terroristischen Attentaten in Paris und Umgebung 132 Menschen ums Leben. Unzählige wurden schwer verletzt.

Diese skrupellosen Anschläge richteten sich – wie schon jene im Jänner gegen die Satirezeitschrift Charlie Hebdo – nicht ausschließlich gegen Frankreich. Es sind Angriffe, die sich gegen unsere westlichen europäischen Werte richten und darauf abzielen, unsere freien demokratischen Gesellschaften in ihrer Gesamtheit, in ihren Grundfesten zu erschüttern. Umso wichtiger ist es, einen internationalen Schulterschluss zu finden und gemeinsam mit allen demokratischen rechtsstaatlichen Kräften unsere Grundwerte und Menschenrechte zu schützen. Eine starke und zusammenhaltende Gesellschaft sowie eine verantwortungsbewusste Politik sind wichtiger denn je, um geschlossen und entschlossen Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

Mögen wir bei dieser Verteidigung das richtige Maß finden, wie ich anhand eines Zitates von Benjamin Franklin skizzieren möchte: „Der Mensch, der bereit ist, seine Freiheit aufzugeben, um mehr Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren.“

Gedenken wir nun der Opfer dieser Anschläge von Paris, die so sinnlos aus dieser Welt gerissen wurden. Ihnen und ihren Familien gelten unser tiefstes Mitgefühl sowie unsere aufrichtige Anteilnahme.

Ich danke für die Kundgebung des Gedenkens.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass zwei Anfragen an Mitglieder der Landesregierung gemäß § 69 GeoLT vorliegen.

Am Dienstag, dem 17. November 2015 wurde von Frau LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth namens des Landtagsklubs der GRÜNEN eine Anfrage, Einl.Zahl 412/1, an Herrn Landesrat Mag. Jörg Leichtfried betreffend „Jeden Tag gesunde Luft für die Steirerinnen und Steirer!“ eingebracht.

Außerdem wurde am Freitag, dem 20. November 2015 von Herrn LTAbg. Hannes Amesbauer namens des Landtagsklubs der FPÖ eine Anfrage, Einl.Zahl 435/1, an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus betreffend „Steigende Armut in der Steiermark!“ eingebracht.

Gemäß § 69 unserer Geschäftsordnung hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt. Nach Beantwortung der Frage kann die Fragestellerin, respektive der Fragesteller, eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Gemäß § 69 unserer Geschäftsordnung dürfen diese Zusatzfragen nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und müssen mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Über die Beantwortung der Anfrage findet keine Wechselrede statt.

Wir kommen zur Behandlung der Befragung, Einl.Zahl 412/1:

Ich ersuche die Fragestellerin, LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth, die Frage mündlich am Redepult zu wiederholen.

LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne (10.10 Uhr): Danke Frau Präsidentin!

Zuerst einmal einen wunderschönen guten Morgen an alle Anwesenden hier im Raum und sehr geehrter Herr Landesrat, lieber Jörg, ich habe eine Frage an dich im Zusammenhang mit der schlechten Luft in der Steiermark. Das Problem beschäftigt uns schon lange. Wir haben zwar Verbesserungen zustande gebracht, aber dennoch ist es so, dass das Vertragsverletzungsverfahren, das die Europäische Union gegen die Steiermark angestrebt hatte, mittlerweile eingestellt wurde, weil in den letzten Jahren die meteorologische Situation dahingehend mitgeholfen hat, dass wir unter die einzuhaltenden Feinstaubüberschreitungstage gekommen sind. Wie wohl das aber auch nur deshalb der Fall war, weil durch das Herausrechnen von verschiedenen Faktoren überhaupt dieser Wert erreicht werden konnte, d.h. das sind schon auch Rechentricks, die angewendet wurden. Dein Vorgänger, Landesrat Kurzmann, der ja nun auch hier sitzt, war immer äußerst uneinsichtig, was das angeht, nämlich, dass es hier um Rechentricks geht und dass es auch bestimmte auslösende Faktoren gibt bei der Feinstaubzeugung oder den VerursacherInnen, die immer ein bisschen außen vor gelassen wurden, wenn es darum ging, Maßnahmen zu ergreifen und dort anzusetzen, wo noch wenig passiert ist. Deshalb stelle ich jetzt an dich die Frage: „Welche weiteren emissionsmindernden Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Grenzwerte auch in meteorologisch ungünstigen Jahren einzuhalten, damit die Gesundheit der steirischen Bevölkerung ausreichend geschützt wird. Ich ersuche um Beantwortung. (10.11 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landesrat Mag. Jörg Leichtfried, ich ersuche dich, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Mag. Leichtfried - SPÖ (10.12 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete.

Ich möchte mich zuerst einmal bei dir, Kollegin Jungwirth, für diese Anfrage bedanken. Wir mögen unter Umständen bei gewissen Dingen inhaltlich nicht einer Meinung sein, aber es freut mich, dass wir jetzt in dieser Landtagssitzung einmal Dinge diskutieren, für die dieser Landtag auch zuständig ist und nicht irgendwelche Scheindiskussionen führen, die bundespolitische Ereignisse vielleicht kommentieren sollten. Das muss man auch einmal sagen, denke ich. Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich anmerken, ich glaube nicht, dass das Wetter ständig schlechter wird, jetzt im Hinblick auf Feinstaub daher besser wird.

Das Wetter unterliegt schon Schwankungen, es kann also nicht das Wetter allein sein, das die Dinge so beeinflusst. Man muss schon eines klar stellen: Wir stehen jetzt im Vergleich vor zehn Jahren nicht vor einer Alarmsituation, wie es damals der Fall war, wo es extrem hohe Feinstaubbelastungen gab, wo auch gewisse Akutmaßnahmen zu treffen waren. In den letzten zehn Jahren hat sich schon eines deutlich herausgestellt, nämlich, dass mittelfristig und langfristig geplante, genau durchdachte Maßnahmen Wirkung zeigen. Aus diesem Grund wurde das Luftreinhalteprogramm Steiermark konsequent umgesetzt und weiterentwickelt. Denn der Ausbau der Fernwärme in Graz beispielsweise mit 1.000 Neuanschlüssen, das hat schon sehr massive Auswirkungen gehabt. Dies wurde auch von Landesseite mit 14 Millionen Euro gefördert. Im Verkehrsbereich waren es besonders Geschwindigkeitsbeschränkungen durch Verkehrsbeeinflussungsanlagen aber auch Fahrverbote für ältere Lastwagen und Förderung von Neuanschaffungen, die vorgenommen wurden. Genauso Förderung von Hybrid- und Erdgasautos sowie Maßnahmen zur Aktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel, des Öffi-Netzes, und Bewusstseinsbildung, die schon nachhaltig zur Reduktion der Feinstaubbelastung beigetragen haben und ich denke auch, dass die Arbeit meines Vorgängers, des Kollegen Kurzmann, da genauso beigetragen hat. Es wurden insgesamt in den letzten Jahren 37 Millionen Euro gezielt in die Verbesserung der Luftgüte investiert. Dabei sind die Mittel, die über energietechnische Maßnahmen natürlich die Luftgüte ebenso beeinflussen, noch gar nicht mitgezählt. Wie gesagt, mittel bzw. langfristig geplante und genau durchdachte Maßnahmen zeigen am besten Wirkung gegen Feinstaub. Man muss wissen, dass es vor zehn Jahren an einzelnen Messstellen über 100 Überschreitungen jährlich gegeben hat und die Überschreitungshöhe bis zu 400 % ausgemacht hat. Das ist mit der jetzigen Situation natürlich nicht vergleichbar. Seitdem geht die Feinstaubbelastung durch die konsequente Einhaltung des Luftreinhalteprogrammes stetig zurück. 2014 wurden die EU-Grenzwerte erstmals flächendeckend eingehalten und ein laufendes EU-Vertragsverletzungsverfahren eingestellt. Im heurigen Jahr schaut es so aus, als ob auf Grund der nicht sehr günstigen meteorologischen Verhältnisse mit hoher Wahrscheinlichkeit die erlaubten Überschreitungstage nicht eingehalten werden können, was allerdings mit der Situation vor zehn Jahren mit eben über 100 Überschreitungen und bis zu 400 % der Grenzwerte nicht vergleichbar war.

Ich muss aber schon sagen, und da stimme ich mit dir auf jeden Fall überein, dass man als Umweltlandesrat und dass man insgesamt, denke ich, als Mitglied dieses Gremiums mit der Situation trotzdem noch nicht zufrieden sein kann. Zufrieden kann man erst dann sein, wenn man diese Grenzwerte unabhängig von meteorologischen Zufälligkeiten immer einhalten kann. Wir werden deshalb die Umsetzung des Luftreinhalteprogrammes weiterhin forcieren und die Maßnahmen laufend auf ihre Wirksamkeit hin prüfen. Sollten alle gesetzten Maßnahmen am Ende entgegen unseren Erwartungen nicht ausreichen, bereiten wir uns selbstverständlich auch darauf vor, wirksame Handlungsoptionen zu entwickeln, die umweltgerecht auf der einen Seite sind, aber – und das wird doch zu oft unterschätzt – vor allem auch sozial ausgewogen sein sollen. Es wird kein soziales Ungleichgewicht geben, wenn es um die Frage geht, ob sich jemand seine Mobilität leisten kann. Es soll keine soziale Frage sein, sondern es ist eine Frage von Gleichheit und Gerechtigkeit, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich habe diesbezüglich den Auftrag erteilt, alle Maßnahmen hinsichtlich dieser wichtigen Faktoren zu prüfen und es steht dabei für mich, der ich auch für das Verkehrsressort Verantwortung trage, eines fest: Der öffentliche Verkehr muss die entscheidende Rolle in der Feinstaubbekämpfung weiter übernehmen und noch stärker übernehmen. Auf der anderen Seite darf aber individuelle Mobilität kein Luxus und kein Privileg einiger weniger sein. Es ist die schwierige Balance, die wir hier sozusagen zu durchschreiten haben, aber ich glaube schon, dass das gelingen wird. Ich darf abschließend darauf hinweisen, dass die Expertinnen und Experten der Umwelt- und der Verkehrsabteilung des Landes gerade dabei sind, die aktuellen Maßnahmenprogramme für den Winter 2015/2016 fertigzustellen. Die Winteroffensive im Bereich Umwelt und öffentlicher Verkehr soll am kommenden Donnerstag in der Regierung beschlossen und anschließend präsentiert werden. Ich ersuche Sie daher um Verständnis, geschätzte Damen und Herren, dass die Details, die noch in Ausarbeitung sind und von der Regierung beschlossen werden, dann am Donnerstag bekannt werden. Selbstverständlich werde ich dann auch den zuständigen Ausschuss und den Landtag über die Details informieren. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.18 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Wie ich sehe, gibt es eine Zusatzfrage. Bitte Frau Abgeordnete.

LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne (10.19 Uhr): Danke, das war an sich sehr erfreulich. Ich erkenne, dass da ein großes Bemühen da ist und das muss man auch anerkennen. Ich brauche trotzdem noch eine Präzisierung, denn wir wissen alle, Grenzwerte sind eine politische Entscheidung. Die Weltgesundheitsorganisation ist ja an und für sich der Meinung, dass die jetzt festgelegten Grenzwerte immer noch deutlich zu hoch sind, um für die Menschen tatsächlich eine gesunde Umgebung und eine gesunde Luft garantieren zu können. Ich bin mir nicht ganz sicher, wie du es jetzt gemeint hast. Geht es bei den Grenzwerten, von denen du gesprochen hast, die du einhalten möchtest, um die Anzahl der Überschreitungstage oder geht es darum, jeden Tag die Grenzwerte, die maximale Partikelanzahl, einzuhalten? Das ist meine Frage und ich bitte dich um eine Präzisierung. (10.19 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landesrat bitte.

Landesrat Mag. Leichtfried - SPÖ (10.19 Uhr): Vielen Dank für die Anfrage. Ich kann das jetzt nur in ungewohnter Kürzer beantworten. Der Jahresmittelwert wird ja eingehalten. Aber es geht natürlich bei diesen Dingen am Ende darum, das Einhalten beider Parameter zu erreichen, nämlich die Anzahl und die Höhe. Daran arbeiten wir, das versuchen wir zu erreichen, das versuchen wir vor allem wetterunabhängig in Zukunft zu erreichen und dafür versuchen wir die nötigen Maßnahmen, jede, auch unter Berücksichtigung sozialer Kriterien, zu setzen. Ich hoffe, es wird gelingen. Wir tun auf jeden Fall alles dafür. Dankeschön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.20 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Bevor wir jetzt nun zur Behandlung der zweiten Befragung kommen, habe ich zwei gesonderte Begrüßungen vorzunehmen. Freue mich darüber.

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Vorau unter der Leitung des Obmannes Herrn Alois Müller. Herzlich willkommen im Landtag. (Allgemeiner Beifall).

Ich freue mich auch, dass die Studierenden der Karl-Franzens-Universität des Studienlehrganges „Steirische Landespolitik hautnah“ unter der Leitung von Herrn Ass.-Prof. Mag. Dr. Klaus Poier und Herrn MMag. Dr. Jürgen Dumpelnik anwesend sind. Herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall)

Damit kommen wir zur Behandlung der zweiten Befragung, Einl.Zahl 435/1:

Ich ersuche den Fragesteller, LTAbg. Hannes Amesbauer die Frage mündlich am Redepult zu wiederholen.

LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ (10.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herrn der Landesregierung, insbesondere Frau Landesrat Kampus, geschätzte Damen und Herren!

Im Jahr 2014 gab es österreichweit über 1,6 Millionen Menschen oder rund 19 % der Bevölkerung, die als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet galten. 414 davon fielen unter den Begriff der erheblichen materiellen Deprivation. D.h., sie konnten sich gewisse Dinge des alltäglichen Lebens nicht mehr leisten, bzw. unerwartete Ausgaben überhaupt nicht mehr tätigen. In der Steiermark sind rund 160.000 Personen armutsgefährdet, das bedeutet, jeder siebente Steirer ist davon betroffen. Sehr geehrte Frau Landesrat, deshalb stelle ich folgende Anfrage an Sie: Sind Sie bereit, dem Landtag Steiermark ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der ständig steigenden Armut in der Steiermark vorzulegen? *(Beifall bei der FPÖ – 10.23 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath:

Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus, ich bitte dich um Beantwortung.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (10.23 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich bedanke mich für die Frage, Herr Amesbauer und bin erstaunt und überrascht, dass die FPÖ die Sozialpolitik entdeckt hat. *(LTAbg. Kunasek: „Soziale Heimatpartei.“)* Ihr Bemühen, da etwas beizutragen, ist durchaus als Positives zu werten. Ich darf nur in Erinnerung rufen, dass das in der Vergangenheit ein bisschen anders war. Wer hat denn gegen die bedarfsorientierte Mindestsicherung gestimmt? *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Könnten Sie meine Frage beantworten?“)* Das war die FPÖ. Wer hat gegen die Erhöhung des Pflegegeldes gestimmt auf Bundesebene?

Das war die FPÖ. Aber es ist schön, dass Sie jetzt diese Frage stellen und wir gehen davon aus, dass die FPÖ nun auf Seiten jener ist, die tatsächlich auch die Unterstützung brauchen. Ich komme jetzt nun sehr gerne zur Beantwortung Ihrer Frage und darf die selbstverständlich und sehr gerne mit Ja beantworten. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ /ÖVP – 10.24 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Gibt es eine Zusatzfrage Herr Abgeordneter? Nein. *(LTAbg. Lercher: „Bravo, super!“)*

Vor der heutigen Landtagssitzung hat um 08.00 Uhr der Ausschuss für Verfassung getagt und zwar über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 341/1, betreffend Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 2010 geändert wird. Zu dieser Regierungsvorlage ist der im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 341/4 enthaltene Ausschussantrag gefasst worden.

Ebenfalls hat heute um 08.10 Uhr der Ausschuss für Soziales über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 332/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Behindertengesetz geändert wird, beraten und zu dieser Regierungsvorlage den im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 332/4 enthaltenen Ausschussantrag gefasst.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die genannten Tagesordnungspunkte an folgenden Stellen zu behandeln:

Tagesordnungspunkt N1 (Einl.Zahl 341/4) nach TOP 8

Tagesordnungspunkt N2 (Einl.Zahl 332/4) nach TOP 11

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung abstimmen und ersuche im Falle der Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand.

Ich sehe die einstimmige Annahme der Ergänzung der Tagesordnung. Danke.

Es wurde heute auch eine Dringliche Anfrage eingebracht. Am Mittwoch, dem 18. November 2015 wurde um 13 Uhr 12 von Abgeordneten der GRÜNEN eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Mag. Jörg Leichtfried, betreffend „Maßnahmen der Steiermark für den Klimaschutz“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, allerdings spätestens um 16.00 Uhr beginnen, sollte die Tagesordnung länger andauern. Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 unserer Geschäftsordnung die Wechselrede statt.

Ich darf noch Anfragen bekannt geben:

Es wurden insgesamt vier Anfragen und zwar mit der Einl.Zahl 402/1, Einl.Zahl 410/1, Einl.Zahl 416/1 sowie Einl.Zahl 437/1 eingebracht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 unserer Geschäftsordnung über. Ich ersuche bitte um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten hier bei mir.

Bei den Tagesordnungspunkten eins und zwei ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher auch im Einvernehmen mit der heutigen Präsidialkonferenz vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, aber natürlich getrennt über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt abzustimmen.

Wenn Sie hier zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Und sehe auch hier die einstimmige Annahme. Dankeschön.

Damit kommen wir zum ersten Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Bildung über den Antrag, Einl.Zahl 351/1, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Sandra Krautwaschl und Lambert Schönleitner betreffend Pflichtschulbesuch minderjähriger Flüchtlinge.

Sowie Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Bildung über den Antrag, Einl.Zahl 365/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Wolfgang Dolesch, Lukas Schnitzer, Claudia Klimt-Weithaler und Ing. Sabine Jungwirth betreffend Bildungsangebote für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Sabine Jungwirth.

LTAbg. Ing. Jungwirth – Grüne (10.28 Uhr): Danke Frau Präsidentin!

Bildungsangebote für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche, egal ob jetzt Flüchtlinge oder hier geborene junge Menschen sollten uns wohl allen ein besonderes Anliegen sein. Insofern bin ich sehr froh, dass wir hier zwei Stücke vorliegen haben, die sich mit beiden Bereichen beschäftigten und wo es im Endeffekt darum geht, auf der einen Seite langfristig etwas zu erreichen, um Angebote zu haben, auf der anderen Seite aber auf die Schnelle eine Lösung zu finden für eine Thematik, die uns jetzt eine Zeitlang schon beschäftigt. Aber im Detail bedeutet es folgendes: Wir haben hier auf der einen Seite einen Mehrparteiantrag, wo es darum geht, den SchulabbrecherInnen in Zukunft nicht nur punktuelle Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, um Schulabschlüsse nachzuholen oder sogar den Wiedereinstieg in das Bildungssystem zu schaffen, sondern wo es darum geht, tatsächlich in der Struktur Möglichkeiten zu schaffen, dass in Zukunft die vielen jungen Menschen, denen auf die Art und Weise sehr viele Möglichkeiten genommen werden, dadurch, dass sie momentan eben nicht wiedereinsteigen können, in Zukunft bessere Chancen am Arbeitsmarkt geschaffen werden, bessere Chancen auch in Bezug auf Gesundheit. Es ist erwiesen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen schlechter Bildung, und vor allem bei diesen Menschen, die von frühen Abbrüchen betroffenen sind, eben Erkrankungen oder auch früher Mutterschaft, das ist auch so ein Thema, das damit im Zusammenhang steht, und vor allem auch das Einkommen, das spätere Einkommen, dahingehend zu verbessern, dass eine Selbsterhaltungsfähigkeit gegeben ist bei möglichst vielen Personen in unserem Land und das muss uns einfach als Politikerinnen und Politiker ein besonders wichtiges Anliegen sein. Das heißt also, der eine Antrag richtet sich insgesamt an alle jungen Menschen, um ein Bildungsmodell zu schaffen, dass hier eben entsprechend Wiedereinstieg oder Abschlüsse möglich gemacht werden. Der andere Antrag, der von mir eingebracht wurde, ist dadurch entstanden, dass vor ca. einem Monat, also das war knapp oder rund um die Landtagssitzung im Oktober, die Nachricht gekommen ist, dass die Bildungsministerin beschlossen hat, den jungen Flüchtlingen, die bei uns hier in der Steiermark sind, das sind 150 Personen gewesen, die Pflichtschule als außerordentliche Schülerinnen und Schüler besucht haben, dies in Zukunft nicht mehr ermöglichen wollte und vorläufig es auch nicht tut.

(Präsidentin Dr. Vollath: „Entschuldige Frau Abgeordnete, ganz kurz. Ich bitte den Wechsel im Zuschauerraum mit Respekt für die Sitzung zu vollziehen. Danke.“) Dankeschön – wo es eben darum geht, dass der Zugang zur Bildung gerade für diese jungen Menschen etwas besonders Wichtiges ist, denn es geht um mehr als nur um Schulbildung, es geht auch um Integrationsmöglichkeiten. Das Zusammenlernen mit den jungen Menschen hier bei uns ist etwas ganz, ganz wichtiges. Wir führen derzeit auch Diskussionen, wie wir Werte vermitteln können, unsere Werte hier, unsere europäischen Werte und da spielt der Besuch der Schule eine besonders wichtige Rolle. Gerade bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist es ja so, dass sie keine Eltern haben, wo Gespräche stattfinden und damit keine Bezugspersonen vorhanden sind in der Form, wie es unsere Jugendlichen haben. Insofern ist die Schule besonders wichtig für diese jungen Leute. Auch das Zusammensein mit den Gleichaltrigen ist besonders wichtig. Denn auch die Flüchtlinge lernen natürlich von den Peer`s, das ist ja ganz klar und hier sehe ich große Chancen über den Schulbesuch auch in Bezug Integration und Wertevermittlung große Hebel anzusetzen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir das in Zukunft auch ermöglichen. Ich denke, diese jungen Leute könnten dann tatsächlich die IntegrationsbotschafterInnen der Zukunft sein. Das muss uns ein Anliegen sein und deswegen habe ich diese Initiative gesetzt, wo es darum geht, dass der Landtag auf der einen Seite ein Bekenntnis ablegt, nämlich ein Bekenntnis dazu, dass uns der Schulbesuch der minderjährigen Flüchtlinge wichtig ist und ein Anliegen ist für diesen Landtag und gleichzeitig aber auch an die Bundesregierung herantritt mit der Forderung, dass es eine Änderung in der Gesetzeslage gibt, dass in Zukunft der Schulbesuch wieder möglich ist und die jungen Leute nicht, so wie es jetzt der Fall ist, halt getrennt unterrichtet werden müssen, denn wie gesagt, gemeinsam lernen ist mit Sicherheit der beste Weg für die jungen Menschen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(10.33 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Amesbauer. Bitteschön. *(Landesrat Mag. Drexler: „Kein grüner Applaus.“)*

LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ *(10.33 Uhr):* Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Die Rede der Kollegin Jungwirth hat auch die Grünen zu tosendem Applaus veranlasst. Sehr geehrte Damen und Herrn, zum Stück:

Das, was Sie da jetzt vorhaben im Bildungsbereich, ist einerseits eine Husch-Pfusch-Regelung zu Gunsten der illegalen Massenzuwanderung, andererseits wieder ein bildungspolitischer Kniefall von SPÖ und ÖVP mit gewohnter Schützenhilfe der Grünen natürlich vor dem Asylchaos (*LTabg. Schwarz: „Maria, das war ein Satz.“*). Insgesamt – geh Herr Kollege Schwarz, seien Sie nicht in aller Früh so mühsam, (*LTabg. Schwarz: „Das sagen Sie.“*) bitte (*Beifall bei der FPÖ*). Insgesamt (*LTabg. Schwarz: „Der war gut.“*) – es ist ein ernstes Thema meine Damen und Herren. Insgesamt wurden im Jahr 2015 in der Steiermark 73 vermeintliche Flüchtlinge im Alter zwischen 15 und 18 Jahren auf mehrere Schulstandorte aufgeteilt. SPÖ und ÖVP wollen das Pflichtschulgesetz auf Grund des noch immer anhaltenden Asylstromes ändern. Damit soll nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen ermöglicht werden, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltstitel, das heimische Bildungssystem in Anspruch zu nehmen. Vor Einsetzen der gegenwärtigen Völkerwanderung haben SPÖ und ÖVP keine Notwendigkeit für eine Gesetzesänderung in diesem Bereich gesehen. Das ist also eine spannende Geschichte. Durch eine Neuregelung werden sie natürlich einmal mehr dem Asylwahnsinn in der Steiermark Vorschub leisten. Das wollen wir nicht, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*). Derzeit besuchen rund 700 schulpflichtige Flüchtlingskinder steirische Schulen als außerordentliche Schüler. Bei jenen, die zwar noch minderjährig, jedoch nicht mehr schulpflichtig sind, besteht das Problem derzeit, dass sie gemäß geltendem Recht nicht am Regelunterricht an Pflichtschulen teilnehmen dürfen. Das, was wir insbesondere kritisieren, sehr geehrte Damen und Herren von SPÖ, ÖVP und Grün: Bisher für heimische Schüler sahen Sie keinen Anlass, dieses Gesetz zu regeln um auch heimischen Schülern, die nicht mehr schulpflichtig sind, diese Form der Teilnahme am Regelunterricht angedeihen zu lassen. Wie bereits im Bau- und Raumordnungsgesetz ist das auch ein auf die vermeintlichen Flüchtlinge zugeschnittenes Gesetz, das lehnen wir ab, das nehmen wir so sicher nicht hin. (*Beifall bei der FPÖ*) Eines muss man auch dazu sagen, auch die FPÖ hat natürlich immer gefordert und steht zu der Forderung, dass Deutsch und das Lernen der deutschen Sprache der Schlüssel zu jeglicher Integration ist und auch, um dem Unterricht zu folgen. Das Problem ist aber nur, wenn man nicht mehr schulpflichtige Personen hat, über 15 Jahre, die neunte Schulstufe ist wohl kaum der richtige Schultyp, vor allem das Polytechnikum, das ja auf viele dann zutreffen wird, um die Sprache überhaupt zu lernen.

Das kann man nicht in der neunten Schulstufe machen. Da blockiert man einerseits jene, die dort dem Unterricht folgen sollen, die heimischen Schüler, andererseits werden die Zuwanderer auch nicht besonders viel davon haben. Das Bildungssystem, sehr geehrte Damen und Herren, wurde bereits durch die unkontrollierte Massenzuwanderung der letzten Jahre massiv belastet. Das wissen wir, das ist bekannt. Es ist zu befürchten, dass künftig sowohl das Lehrpersonal als auch die Qualität des Ausbildungsstandortes Steiermark weiter unter der fatalen Zuwandererpolitik von SPÖ und ÖVP leidet. Wenn Sie Maßnahmen gegen die Auswirkung dieser Massenintegration nach Österreich leisten wollen, sorgen Sie dafür, dass die Grenzen dicht gemacht werden, aber pfuschen Sie nicht im heimischen Schulbereich herum. *(Beifall bei der FPÖ – 10.37 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet hat sich die zuständige Landesrätin, ich übergebe dir das Wort.

Landesrätin Mag. Lackner – SPÖ (10.38 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin!

Zu diesen beiden Anträgen von mir eine Klarstellung und ich glaube, ich habe die wichtige Positionierung des Landes. Wir können es uns nicht leisten und ich will es auch nicht, wir können es uns volkswirtschaftlich nicht leisten, einen Teil unserer Jugend zurückzulassen. Weder die steirischen Jugendlichen, die als NEET's bezeichnet werden. Also das sind jene, die nicht in Ausbildung, nicht in Arbeit und nicht in einem Training sind, noch die Jugendlichen aus Drittstaaten aus der Familienzusammenführung, die jugendlichen EU-BürgerInnen mit unzureichender Bildung oder die jugendlichen Flüchtlinge. Wir werden alle diese brauchen, damit wir uns an der wirtschaftlichen Spitze in Europa halten, damit die Pensionen von den Steirerinnen und Steirern sowie unser Sozialsystem insgesamt gesichert bleiben. Deswegen, und damit sich die Jugendlichen als Erwachsene selbst erhalten können, uns nichts kosten im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Mindestsicherung oder andere Sozialleistungen, sondern eben zur Volkswirtschaft beitragen, werden wir in Bildung investieren müssen. Bei den sogenannten NEET's handelt es sich um junge Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die nicht in beruflicher Ausbildung oder in Schulausbildung sind oder keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

Die Gruppe der NEET's ist sehr unterschiedlich. Am schwersten haben es bestimmt jene, die noch keinen Pflichtschulabschluss geschafft haben und genau für diese müssen wir auch ein Angebot, das möglichst niederschwellig angesetzt wird, im Schulsystem verankern. Darüber hinaus braucht es aber auch ein Monitoring, damit uns diese Jugendlichen im System nicht weiter verloren gehen, weil nur so kann ihnen auch ein zielgerichtetes Angebot gestellt und an sie adressiert werden. Was die Anträge betrifft und zu Ihrer Wortmeldung, Herr Abgeordneter Amesbauer, und zu dieser Überflutung des Schulsystems, des heimischen Pflichtschulsystems, dazu sage ich, dass wir zurzeit 651 Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren in der Steiermark haben und etwa 900 Schulpflichtige, also Kinder, zwischen 6 und 15 Jahren, bei etwa 73.000 schulpflichtigen Schülerinnen und Schülern in der Steiermark. Ich sage jetzt aber auch dazu, es braucht mehr. Es braucht ein flächendeckendes niederschwelliges strukturiertes Bildungsangebot, das alle nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen umfasst, die keine Ausbildung vorweisen oder noch nicht in Ausbildung sind, wie das dieser Begriff der NEET's beschreibt, unabhängig davon, ob es sich um steirische Jugendliche oder Jugendliche mit Migrationshintergrund, oder Bund mit Fluchthintergrund handelt. Denn diese rund 10.000 Jugendlichen, von denen ich jetzt spreche, das sind eben Heimische wie Flüchtlinge, diese sind Teil unseres Systems, diese können sich zurzeit nicht ausreichend einbringen, weil ihnen ein gewisses Stück von Ausbildung fehlt, weil sie keine Lehrstelle finden oder ihnen aus verschiedensten Gründen ein Andocken am Arbeitsmarkt derzeit nicht möglich ist. Das können wir uns auf Dauer nicht leisten. Ich will, und das ist ein Bekenntnis, das ich bestimmt nicht alleine abgebe, dass Österreich seine gute Position wirtschaftlich hält. Wir zählen zu den reichsten Ländern der EU und müssen alles daran setzen, diesen Spitzenplatz zu halten. Wir können uns überlegen, diesen Spitzenplatz sozusagen in Frage zu stellen, indem wir nur darüber nachdenken, was die Kosten für die Versorgung dieser Jugendlichen betrifft, sowohl die steirischen Jugendlichen als auch die Flüchtlinge, oder ob sie doch lieber integriert sein sollten und wir sie dazu befähigen, eine Arbeit anzunehmen, ihr auch nachgehen zu können, damit sie ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten können. Für mich, und ich weiß, dass ich nicht allein bin mit dieser Meinung, ist die Antwort darauf sehr klar. Wenn sie die Möglichkeit bekommen, ein eigenständiges Leben zu führen mit Beruf, Wohnung und Familie und sich selbst erhalten können, dann können sie auch ihren Beitrag für die Gesamtheit einbringen.

Deswegen gibt es diesen Antrag, den weiterführenden, aber auch den Antrag der Grünen. Ich ersuche Sie, diesen Anträgen und auch dem Entschließungsantrag zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.44 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung liegt von Bundesrat Gerd Krusche hinsichtlich Tagesordnungspunkts zwei vor.

Bundesrat Dr. Krusche – FPÖ (10.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Damen und Herren der Landesregierung, meine Damen und Herren!

In Befolgung der Geschäftsordnung werde ich mich auf den zweiten Tagesordnungspunkt konzentrieren. Diese Forderung an die Bundesregierung scheint unter dem Motto zu stehen, man nehme einige Schlagwort, mixe sie zu einem Monsterschachtelsatz und formuliere in Form einer kryptischen Forderung an die Bundesregierung und fertig ist das Rot/Schwarz/Grüne-Placebo bildungspolitischer und integrationspolitischer Natur. Was soll denn eigentlich mit dieser Forderung erreicht werden? Wenn man sich den Antrag anschaut, wird man nicht richtig schlau daraus. Heißt das Schulpflicht, bis jeder eine Arbeit hat? Zumindest lässt sich die Formulierung, Jugendliche in Ausbildung zu halten, bis sie einen Einstieg in den Arbeitsmarkt erreichen, so deuten. Die Begründung wurde ja bereits gebracht, Schulabbrecher und die NEET's zu verhindern. Das ist ja ein durchaus hehres Ziel, nur in solchen Ansätzen wird man es nicht erreichen und wird das Problem nicht lösen können mit einer Art Schulpflicht ad Infinitum. Gott sei Dank muss man erfreulicherweise trotz aller bedrohlichen Zahlen trotzdem feststellen, dass die Zahl der Schulabbrecher in den letzten zehn Jahren, also von 2004 – 2014, von 11 % auf 7 % zurückgegangen ist. Allerdings bei den Kindern mit Migrationshintergrund haben wir auch 2014 in der ersten Generation noch 16 % und in der zweiten Generation 14,7 %. Und alle Studien beweisen, dass die Probleme des Schulabbruches sehr individuell und sehr differenziert zu betrachten sind. Da gibt es verschiedene Ursachen, familiärer Hintergrund, Mobbing, etc., etc. In einem EU-Papier heißt es „Bildung ist geteilte Verantwortung zwischen Eltern und Schule“. Das steht in den Keynotes eines Berichtes zu diesen Schulabbrechern. In der Begründung wurde überhaupt nicht erwähnt, dass es ja eigentlich seit 2012 das sogenannte PPG, das sogenannte Pflichtschulprüfungsgesetz gibt und die Initiative Erwachsenenbildung, wo ja auch die Steiermark dabei ist und sich die Kosten zwischen Bund und Ländern zu 50 % aufteilen.

Das heißt, jeder hat die Chance, kostenlos einen Schulabschluss, auch wenn er älter ist, wieder nachzuholen. Auch dieses System unterliegt einem Monitoring. Ich verstehe also nicht, warum das überhaupt nicht hier erwähnt wird und man nicht einmal schaut, was hat dieses neue System gebracht und das evaluiert, bevor man hier wiederum irgendeine generelle, allgemeine, unausgegorene Forderung an die Bundesregierung stellt. *(Beifall bei der FPÖ)* Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ – 10.49 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Wolfgang Dolesch seitens der SPÖ.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (10.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucherinnen und Besucher!

Das österreichische Pflichtschulsystem sieht grundsätzlich, wie wir alle wissen, eine Pflichtschulphase von neun Jahren vor, wobei es die Möglichkeit gibt, auf freiwilliger Basis, unter bestimmten Voraussetzungen, das zehnte und elfte Schuljahr an Hauptschulen, Neuen Mittelschulen oder auch Polytechnischen Schulen entsprechend nachzuholen oder abzuschließen, um auf diese Art und Weise einen anerkannten Schulabschluss zu erreichen, um auf diese Art und Weise auch die Basis für eine spätere Aus- und Weiterbildung zu legen, wie beispielsweise eine Lehre, eine berufsbildende mittlerer oder höhere Schule etc. Für Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher wie wir ebenso wissen, die ja nur einen unzureichenden oder auch gar keinen Schulabschluss vorfinden, gibt es im Wesentlichen nur punktuelle Maßnahmen, oft über das AMS finanzierte Kurse wie eben beispielsweise das Jobcoaching und auch andere. Über die Zahl jener Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die jährlich auf der Strecke bleiben, weil sie eben hier genau in diese Zielgruppe hineinfallen wo es keine entsprechende Aus- und Weiterbildung gibt, die nicht in einem aufrechten Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht in einer beruflichen Aus- und Fortbildung stehen gibt es nur Schätzungen. Man spricht hier mittlerweile von 78.000 sogenannten NEET's, wie es die Frau Landesrätin schon erwähnt hat, also not in education, Employment or Training“, und in der Steiermark beträgt diese geschätzte Zahl etwa 9.400 junge Menschen.

Das sind genau 9.400 zu viel. Zusätzlich gibt es noch eine wachsende Anzahl, egal wie man dazu steht, das ist die Realität, eine wachsende Anzahl von nicht mehr schulpflichtigen begleiteten und unbegleiteten Jugendlichen aus Krisengebieten, welche sich auf der Flucht vor Tod, Folter, Hunger, Not, Elend und anderen Dingen befinden. Das heißt, wenn diese, und da bin ich bei dem Teil, den auch die Grünen ansprechen, wenn sich diese jungen Menschen endlich in Österreich in Sicherheit befinden, dann ist es auch unsere Pflicht, ich betone es, unsere Pflicht, diese Jugendlichen aufzufangen und ihnen auch Halt zu geben. Der Schlüssel für ein späteres eigenständiges und eigenständig geführtes Leben mit Arbeit, mit Einkommen, mit Familie, und das ist ja das, was wir uns alle für uns selbst auch wünschen, ist damit eindeutig der Zugang zur Bildung. Die Bildung als Schlüssel zum Erfolg. Mit anderen Worten, eine Integration dieser Jugendlichen in das Regelschulwesen wäre zwar aus bildungspolitischer und integrationspolitischer Sicht die beste Lösung, die derzeitige gesetzliche Lage des Bundes ermöglicht es nur nicht in dieser Form. Das ist das Bedauerliche. Ich verstehe daher auch in diesem Zusammenhang die Enttäuschung all jener engagierten Bürgerinnen und Bürger, die sich hier um das Wohlergehen dieser jungen Menschen in Summe in ihrer Gesamtheit bemühen, wenngleich im Fall eines Unglückes, wenn also irgendetwas Unvorhergesehenes passieren würde, es keine Absicherung für diese engagierten Personen und Persönlichkeiten gibt. Diese gibt es ja erst, wenn eine gesetzeskonforme Situation hergestellt wird, hier auch ein entsprechender Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz inkludierend gewährleistet. So weit sind wir noch nicht, aber ich hoffe, wir sind bald dort. Um diesen Jugendlichen, und das möchte ich hier wirklich betonen, um diesen Jugendlichen wenigstens eine Perspektive zu bieten, wurden von Bildungslandesrätin Mag. Ursula Lackner hier schulähnliche oder schulähnlich strukturierte außerschulische Bildungsmaßnahmen initiiert, welche eine Basisbildung, eine entsprechende Alphabetisierung und auch eine Sprachförderung beinhalten. Etwas ganz, ganz Wesentliches für später, denn damit bekommen diese jungen Menschen die Chance, an das reguläre Schulwesen endlich anzudocken, von dem sie sonst wirklich auf Dauer ausgeschlossen werden. Vielleicht sogar eine Lehre zu beginnen, vielleicht sogar je nach Begabung in eine weiterführende Schule zu gehen. Neben diesem massiven Ausbau der Sprachförderung ist die Sprache als Kulturtechnik eine der wesentlichsten Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft.

Neben diesem massiven Ausbau der Sprachförderung gib es zumindest in Graz, in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Graz, auch eine Willkommensphase für diese Flüchtlingskinder als Pilotprojekt und das sollte günstig erweise über eine hoffentlich nur kurze Zeit auch auf die restliche Steiermark ausgedehnt werden. Es gibt darüber hinaus, wie wir wissen, das mobile Unterstützungsteam, abgekürzt MUT, nomen est omen, und die Schulsozialarbeit, die diese Bemühungen hier entsprechend abrunden. Wenngleich auch bei all diesen Maßnahmen hier natürlich, wie man so schön sagt, Luft nach oben besteht. Was haben wir daher daraus zu folgern, meine sehr geehrten Damen und Herren? Nun, es gilt unabhängig von Geburtsort und vom Schicksal der Betroffenen, auch die volkswirtschaftlichen, sozialen und demokratiepolitischen Folgen zu berücksichtigen. Studien zufolge betragen die Einkommensverluste, und damit auch die damit verbundenen individuellen Transferzahlungen für Österreich, pro NEET-Jugendlichen bis zu 15.800 Euro. Dazu kommt noch ein geringeres soziales und politisches Engagement, etwas, was wir uns in Zeiten wie diesen nicht mehr leisten können. Das konnten wir zwar in der Vergangenheit auch nicht, aber jetzt ist die Lage ja noch zugespitzter als früher. Ich möchte außerdem auch auf eine Studie verweisen von Bacher und anderen aus dem Jahr 2010 und diese Zahlen sind immer noch aktuell, welche sagt, dass eine Reduktion von zumindest ein Prozent von Fröhschulabgängerinnen und –schulabgängern eine Steigerung des Bruttoinlandswachstums von 0,2 % ermöglichen würde. Im achten Krisenjahr in Folge, wenn wir das Jahr 2008 als Maßstab heranziehen, ist das kein unwesentlicher Faktor. Daneben kommt auch die Johannes-Kepler Universität Linz zum Schluss, dass ein früher Schulabgang und den daraus folgenden NEET's ein signifikanter Zusammenhang besteht mit Erkrankungen, mit Arbeitslosigkeit, früher Mutterschaft und ähnlichem, sodass darüber hinaus diese Problematik in den Ballungsräumen noch viel ausgeprägter ist als am Land. Es gilt somit aus bildungspolitischer und volkswirtschaftlicher, aber auch aus sozialer und demokratiepolitischer Sicht, Bildungschancen für alle, und das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, der entscheidende Punkt für alle Jugendlichen zu ermöglichen, egal wo sie her sind. Für diese 15 – 18 Jährigen und nicht nur für eine bestimmte Gruppe, unabhängig, wie gesagt, von Herkunft und Aufenthaltsstatus zu sichern, Basisbildung, Anerkennung von erworbenen Bildungsabschlüssen, das Nachholen von Pflichtschulabschlüssen etc. Um diesen NEET's einen entsprechenden Wiedereinstieg in das Regelbildungs- und Ausbildungssystem zu ermöglichen und Bildungsabbrüche möglichst hintanzuhalten, im Idealfall sogar zu verhindern.

Damit sind wir noch bei einem weiteren Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich denke, es gilt an dieser Stelle hier klar und deutlich auch zu betonen, und da können Sie sich, Herr Abgeordneter Amesbauer, noch so bemühen, immer auf dieses leidige Dauerthema, das ist schon so was von abgelutscht, das möchte ich Ihnen hier wirklich auch einmal sagen, zu verweisen, indem Sie einfach glauben, Sie können das immer über alles drüberstülpen, damit Sie sich hier wieder einmal wunderbar in den Vordergrund stellen können, da sind Sie hier auf dem Holzweg. Mit Ihren Argumenten, die wirklich nicht nachvollziehbar sind, sorgen Sie dafür, wenn wir Ihre Geisteshaltung anwenden würden, dass Parallelgesellschaften entstehen und das ist jener Punkt, den wir überhaupt nicht brauchen in Österreich und damit auch nicht in der Steiermark. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Sie sind Verursacher des Problems und lösen es nicht. Sie fordern die Integration und gleichzeitig versuchen Sie, diese zu verunmöglichen. Das ist etwas, was wir zumindest von Seiten der Sozialdemokratie nicht wollen. Akzeptieren Sie, dass die Welt von morgen bunter wird und Ihre Welt ist von vorgestern. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* An den Herrn Bundesrat möchte ich die Botschaft schicken, wahrscheinlich ist es Ihnen entgangen, dass auf Bundesebene eigentlich seit längerer Zeit schon diskutiert wird über die Schulpflicht bis 18, Ausbildungspflicht bis 18. Hier gibt es die entsprechenden Möglichkeiten oder wollen Sie vielleicht, dass sieben Prozent der Jugendlichen, die wir im Durchschnitt haben, hier auf der Strecke bleiben, gerade Sie, als Vertreter der sogenannten sozialen Heimatpartei? Ich persönlich möchte das nicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme langsam zum Schluss. Die vorhandenen Potentiale aller Jugendlichen, diese sollten bestmöglich gefördert, bestmöglich ausgeschöpft werden, hier gilt es, entsprechende Bildungsabschlüsse zu erreichen, die hoffentlich auf lange Sicht, beruflich wie sozial, im Umfeld, in diesem sozialen Umfeld der jungen Menschen wirken. Es muss daher die Aufgabe des Bundes sein, ausdrücklich ein strukturiertes Bildungsangebot für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche zu entwickeln, welches es ihnen ermöglicht, wieder in das entsprechende Regelbildungssystem einzusteigen, wirklich erfolgreich anzudocken und nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch wirklich für einheimische Jugendliche ohne Schulabschluss, denn mittel- bis langfristig gesehen, muss hier der Bund seiner Aufgabe nachkommen, das kann nicht nur alleine Aufgabe der Steiermark oder der Bundesländer sein, das ist eine Bundessache. Es gilt auch, wie es die Frau Bildungslandesrätin schon zum Ausdruck gebracht hat, ein entsprechendes Monitoring zu entwickeln, ein begleitendes, beginnend bereits ab der Pflichtschule, damit hier die entsprechende Bildungslaufbahn entsprechend rechtzeitig erfasst werden kann, dass dann

sichergestellt wird oder zumindest mit Hilfe, dass Bildungsabbrüche vermieden werden, dass mit geeigneten Maßnahmen entsprechend gegengesteuert wird, um die Jugendlichen wieder in Ausbildung zu bringen bzw. dort zu halten, bis sie einen Einstieg in den Arbeitsmarkt erhalten. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.01 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Lukas Schnitzer, bitteschön.

LTabg. Schnitzer – ÖVP (11.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, Herr Landesrat!

Eines möchte ich am Beginn schon festhalten: Es ist durchaus ein innerer Widerspruch, wenn die Freiheitliche Partei auf der einen Seite immer von Integration spricht, dann gibt es diesbezügliche Anträge, dann ist man wieder dagegen. Das ist, sehr geehrte Damen und Herren, durchaus ein massiver Widerspruch *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*. Sehr geehrte Damen und Herren, ja beide Anträge, die heute zur Debatte stehen, sind wichtige. Warum? Weil sie sich letztlich um die Zukunft von jungen Menschen kümmern und um die jungen Menschen deren Zukunft auch zum Inhalt haben. Ich möchte eines vielleicht allgemein am Beginn durchaus festhalten. Ja, geschätzte Damen und Herren, die Integration von Flüchtlingen stellt uns als österreichische Gesellschaft klarerweise vor eine wachsende Herausforderung, der wir entgegengehen müssen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt aber auch den sozialen Frieden hier in Österreich gewährleisten zu können. Wenn wir alleine die Anzahl der steigenden Asylanträge in Österreich uns vor Augen halten stellen wir fest, dass es klar sein wird, dass in Zukunft mehr Menschen hier Asylberechtigt sein werden und mehr Menschen hier in Österreich leben dürfen, leben können und, geschätzte Damen und Herren, auch leben wollen. Daher, geschätzte Damen und Herren, muss es unser ureigenstes Interesse sein, auch bereits bei jungen Menschen anzusetzen, sie möglichst rasch in die österreichische Gesellschaft zu integrieren, damit uns eines, geschätzte Damen und Herren, gelingt, und das sollte, egal von welcher Partei, unser gemeinsames auch sein, dass es in Österreich kein offenes Gegeneinander, sondern ein gelebtes Miteinander hier in unserem wunderschönen Bundesland, der Steiermark, gibt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Geschätzte Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, wenn wir eines aus der Geschichte unserer Integrationsbemühungen gelernt haben, so ist es, dass Integration letztlich nicht von selbst funktioniert, nicht von alleine funktioniert. Insofern sind alle Maßnahmen, die vor allem

schon in der Schule ansetzen, zu begrüßen und die Frage auch zu beantworten, wohinein sollen sich Menschen, die nach Österreich kommen, Flüchtlinge, die nach Österreich kommen, integrieren? Hier gilt es darum auch Rangvoraussetzungen zu schaffen. In der Steiermark gibt es diese Charta des Zusammenlebens. Auf Bundesebene hat unser Außenminister und Integrationsminister Gott sei Dank einen Maßnahmenkatalog mit 50 Punkten auch vorgestellt, der ganz klar zum Ziel hat, Integration in Österreich zu ermöglichen und Integration auch zu unterstützen, weil, geschätzte Damen und Herren, Integration kein Zufallsprodukt ist, sondern auch eine Aufgabe, die wir als Staat unterstützen müssen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Geschätzte Damen und Herren, ja, wir haben im Integrationsbereich zwei große Herausforderungen. Das ist auf der einen Seite der Bereich Sprache und Bildung und auf der anderen Seite Rechtsstaat und Werte. Insofern ist der Grüne Antrag logischerweise zu unterstützen, weil er da ansetzt, dass man vor Ort möglichst rasch, möglichst früh, das Erlernen der deutschen Sprache sichert, weil die Sprache, geschätzte Damen und Herren, und Herr Amesbauer, Sie haben einen richtigen Satz gesagt, nämlich, Sprache ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration und umso früher wir beginnen, damit Menschen die deutsche Sprache können, umso ein größeres Interesse sollten wir eigentlich daran haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Der zweite Punkt zum Thema Bildung: Ich glaube, es ist auch eine unterstützenswerte Maßnahme, dass im Maßnahmenpaket auch vorgesehen ist, dass wieder endlich dieses Fach Politische Bildung eingerichtet wird, weil ich glaube, dass das ganz zentral ist, egal ob es ein Flüchtlingskind ist oder ein österreichisches junges Kind ist, politische Bildung sollte wirklich ein Herzensanliegen von uns allen sein. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Der zweite Punkt, den ich schon noch ganz kurz ansprechen möchte, weil er auch im Antrag formuliert worden ist und auch unterstützenswert ist, ist natürlich der Rechtsstaat und Werte, der zweite große Themenbereich. Ja, es muss uns auch ein Anliegen sein, möglichst rasch Menschen, die zu uns kommen, unsere österreichische Werteordnung auch zu vermitteln und unsere Grundwerte, wie die Freiheit der Rede, die Freiheit der Meinung oder letztendlich auch die Gleichstellung von Mann und Frau oder die Achtung von Demokratie *(Beifall bei der ÖVP)* und Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Ja, geschätzte Damen und Herren, umso früher wir diese Grundwerte jungen Menschen vermitteln, umso früher wird es uns auch gelingen, eine gute Integration zu erleben und letztlich, dass diese Grundwerte auf Dauer nicht verhandelbar sind, egal, woher jemand kommt, egal, wie er dazu steht, unsere österreichischen und europäischen Grundwerte dürfen für niemanden verhandelbar sein.

(Beifall bei der ÖVP und SPÖ) Abschließend, da hat der Herr Kollege Dolesch schon sehr ausführlich informiert, zum Bereich des zweiten Antrages, hier ja, geschätzte Damen und Herren es sollte uns auch ein massives Anliegen sein, dass möglichst wenig junge Menschen weder in Ausbildung noch in Arbeitssituationen oder in einer Aus- und Fortbildung stehen, wenn 9.400 junge Menschen in der Steiermark und 79.000 junge Menschen österreichweit hier weder in Ausbildung stehen noch einen Arbeitsplatz haben, so ist das jeder einzelne zu viel. Insofern ist auch dieser Antrag, geschätzte Damen und Herren, maßgeblich mit zu unterstützen, weil er eines sichert, dass junge Menschen eine positive Zukunft in unserer Heimat haben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.07 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, oder? Ja, eine weitere Wortmeldung liegt mir vor. Abgeordnete Cornelia Schweiner seitens der Grünen (Allgemeine Heiterkeit) – seitens der SPÖ. Ich war schon bei der nächsten Wortmeldung vom nächsten Tagesordnungspunkt.

LTAbg. Schweiner – SPÖ (11.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Regierungsmitglieder!

Auf den angesprochenen Bereich der Sprache, Herr Amesbauer, ich sage Ihnen, mäßigen Sie Ihre Sprache. Sprache schafft Realität und mit den von Ihnen gewählten Worten schaffen Sie immer wieder einen Spalt in dieser Gesellschaft, der immer weiter aufgeht. Wenn Sie vom Versagen des Bildungssystems sprechen oder von den großen Problemen, dann muss ich, wenn ich Ihren Worten, wenn ich Ihnen zuhöre, mich wirklich fragen, wo das Bildungssystem bei Ihnen war. *(Beifall bei der SPÖ – 11.08 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 351/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ und gegen die Stimmen von FPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 365/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ gegen die Stimmen von FPÖ angenommen.

Wir kommen damit zu den Tagesordnungspunkten drei und vier. Hier ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch natürlich über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 357/1, betreffend Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in den Kindergartenjahren 2015/16, 2016/17 und 2017/18.

Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 169/2, über den Prüfbericht zu Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen.

Als erste zu Wort gemeldet hat sich, und hier ist sie jetzt wirklich, Sabine Jungwirth von den Grünen.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne (11.11 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Noch ein Antrag, der sich mit Bildung im weitesten Sinn beschäftigt, nämlich Bildung von den kleinen Kindern, Kindergartenbetreuung. Hier haben wir in der Steiermark immer noch ein Problem mit der Anzahl der Plätze, die angeboten werden und der Auswahl der Kinderbetreuungsplätze. Hier in unserem Land ist es immer noch ein wichtiges politisches

Anliegen, wo noch viel zu tun ist, denn die Statistik Austria sagt uns, dass die Steiermark österreichweit Schlusslicht ist bei den Betreuungsplätzen der unter Dreijährigen, aber auch bei den drei- bis sechsjährigen Kindern. Der Landesrechnungshof kritisiert in dem vorliegenden Prüfbericht, dass die Steiermark die Barcelona-Ziele im Jahr 2014 für die unter Dreijährigen nur zur Hälfte erfüllt und in den Jahren 2008 bis 2014 wurde für die Null- bis Sechsjährigen insgesamt 4.145 zusätzliche Plätze in der Steiermark geschaffen. Das ist aber deutlich zu wenig. Außerdem bemängelt der Rechnungshof einen unzureichenden Ressourcenaufwand auf Landesebene, und dass Bundesgelder in der Höhe von 575.000 Euro nicht abgeholt werden konnten. Wir haben darüber schon im Ausschuss diskutiert und Frau Landesrätin Lackner hat uns erklärt, dass die Richtlinien, denen hier gefolgt werden muss von Seiten des Bundes, so eng gefasst sind, dass es ein enormer Aufwand ist, um dieses Geld abholen zu können. Trotzdem ist es wichtig, dass man auch solche Möglichkeiten nutzt, wenn es in irgendeiner Form bewerkstelligbar ist. Das ist wohl klar, denn wir müssen ja auch auf unser Budget schauen. Wie wohl ich wohl dafür bekannt bin, dass ich die Steuermittel immer gesamtösterreichisch betrachten möchte, denn in Wahrheit ist es eigentlich egal, ob sie in der einen oder anderen Schatulle sind, es ist immer das gemeinsame Geld. Also manchmal würde ich mir auch wünschen, dass alle hier ein bisschen mehr Weitblick entwickeln und nicht nur immer so kleinräumig gedacht wird. Aber das war jetzt nur ein Sidestep.

Wir bringen einen Entschließungsantrag ein zu dieser Thematik, der da lautet:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. so schnell wie möglich Kinderbetreuungsplätze in der Steiermark so weit auszubauen, bis die Barcelona-Ziele der EU erfüllt sind und dem Landtag regelmäßig über den aktuellen Stand zu berichten, und
2. in Verhandlungen mit der Bundesregierung dafür einzutreten, dass die Empfehlungen des Landesrechnungshofes in Bezug auf einen effizienten Mitteleinsatz in Zukunft umgesetzt werden können.

Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei den Grünen - 11.13 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Bevor ich die nächste Wortmeldung aufrufe, darf ich die Schülerinnen und Schüler des Schülerparlamentes der Neuen Mittelschule Lassnitzhöhe unter der Leitung von Frau Mag. Andrea Kern herzlich im Landtag begrüßen. *(Allgemeiner Beifall)*
Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Bernhard Ederer.

LTabg. Ederer - ÖVP (11.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die Tagesordnungspunkt 3 und 4 befassen sich mit unserer Zukunft, unseren Kindern. Und das sagt sich so gerne und es sagt sich so leicht und es stimmt. Sie sind unsere Zukunft. Deshalb gilt es, diese Themen sehr ernst zu nehmen und mit großer Sorgfalt die Themen und Aufgaben zu lösen. Zum Tagesordnungspunkt 3, der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die halbtägig kostenlose und verpflichtende frühe Förderung in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre Beginn ab 2015 bis 2017/18. Zur Vorgeschichte: 2009 wurde zwischen Bund und Ländern die Vereinbarung über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen abgeschlossen. Diese ist mit 1. September 2009 in Kraft getreten. Demnach ist der Kindergartenbesuch für Fünfjährige seit dem Kindergartenjahr 2009/10 kostenlos und seit dem Kindergartenjahr 2010/11 verpflichtend. Zur Finanzierung dieser Maßnahme leistete der Bund Zweckzuschüsse in der Höhe von 70 Millionen Euro pro Kindergartenjahr. Die Mitfinanzierung des Bundes ist derzeit bis zum Ende des Kindergartenjahres 2014/15 befristet und soll bis zum Ende des Kindergartenjahres 2017/18 verlängert werden. Weiters ist ab dem Kindergartenjahr 2016/17 ein zweites kostenloses Kindergartenjahr oder Kindergartenbesuch zu ermäßigten oder sozial gestaffelten Tarifen zur verstärkten Einbindung von Vierjährigen in den letzten beiden Jahren vor der Schulpflicht anzubieten. Die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt und anderer öffentlicher Haushalte: Der Bund leistet von 2015 bis 2018 einen Zweckzuschuss in der Gesamthöhe von maximal 210 Millionen Euro. Die Anteile am Gesamtzweckzuschuss pro Land orientieren sich nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel. Dieser wurde auf Basis der Bevölkerungsstatistik 2014, vom letzten Jahr, berechnet. Gemäß diesem Schlüssel beträgt der Anteil des Landes Steiermark am Gesamtzweckzuschuss für das Jahr 2015/16 13,2 %, für 2016/17 12,95 % sowie für das Jahr 2017/18 13 %.

Zum Tagesordnungspunkt 4: Prüfbericht zum Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen, möchte ich die Kurzfassung teilweise zitieren: „Der Landesrechnungshof überprüfte den Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen im Zeitraum von 2011 bis 2014. Der Baufonds wurde im Jahr 2000 durch das steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz als Sondervermögen des Landes eingerichtet, bisher jedoch budgetär nicht im vollen Umfang umgesetzt. Der Baufonds geht übrigens bereits auf das Kindergartenförderungsgesetz 1974 zurück. Bis zum Jahr 2007 wurden Baumaßnahmen aus dem Baufonds ausschließlich durch

Landesmittel gefördert; ab 2008 trat der Bund in die Finanzierung des Ausbaus des institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungsangebotes ein. Ziel ist die Erreichung der Barcelona-Vorgaben der Europäischen Union. Diese sehen, wie allseits bekannt, vor, dass für 33 % der Kinder unter drei Jahren bzw. 90 % der Drei- bis Sechsjährigen Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen. Zur Erreichung dieser Vorgaben schloss der Bund 2008, 2011 und 2014 Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG mit den Ländern ab. Diese Ausbauevereinbarungen sehen die Bereitstellung von Zweckzuschüssen des Bundes vor, die seitens der Länder kofinanziert werden müssen. Entsprechend dieser Barcelona-Zielsetzungen empfiehlt der Landesrechnungshof in den Wirkungszielen die Differenzierung nach Altersgruppen zu berücksichtigen. Und obwohl in der Steiermark von 2008 bis 2014 insgesamt 2066 zusätzliche Plätze für die unter Dreijährigen geschaffen wurden, wird das Barcelona-Ziel für diese Altersgruppe nur zur Hälfte erfüllt. Der Eintritt des Bundes in die Finanzierung des Geschäftsbereiches des Landes und die Auflagen des Bundes zum Nachweis der Inanspruchnahme der Bundesmittel haben neue Gegebenheiten im Förderungsprozess geschaffen. Insbesondere der Zeitpunkt der Förderungszusage und damit die Inanspruchnahme der bereitstehenden Mittel mussten mit dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme im selben Finanzjahr erfolgen. Die Steiermark konnte, wie bereits von der Vorrednerin angesprochen, innerhalb der Ausbauevereinbarung 2008 rund 580.000 Euro Zweckzuschüsse des Bundes deshalb nicht in Anspruch nehmen. Der Landesrechnungshof sieht in der derzeitigen Förderungsabwicklung einen unzweckmäßigen Ressourcenaufwand und empfiehlt, in Verhandlungen mit dem Bund dafür einzutreten, den Abwicklungsmodus zu verbessern bzw. zu vereinfachen. Das Prinzip der Zusammenführung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung wird durch Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG nur eingeschränkt erreicht. In Vereinbarungen werden Zweckzuschüsse des Bundes bereitgestellt, die über die Förderung von baulichen Maßnahmen hinausgehen. Zunehmend werden auch im Personalbereich Förderungsmittel bereitgestellt. Aufgrund der landesgesetzlichen Bestimmungen können diese nicht über den Baufonds abgewickelt werden. Das Land steht somit vor der Aufgabe, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu evaluieren und in der Folge anzupassen. Auch wenn aus diesem Prüfbericht hervorgeht, dass manche Ziele noch nicht erreicht wurden, möchte ich unterstreichen, dass in der Steiermark sehr viel passiert ist. Ich bin seit 2007/08 dabei, beobachte die Situation, bin im Kindergartenausschuss und auch nebenberuflich in diesem Bereich tätig. Nur einige Zahlen: Wir haben aktuell - alles gerundet - in Österreich 1.500 Krippen, 4.700 Kindergärten und es werden 334.000 Kinder betreut. Das

ist ein Plus gegenüber 2007, und das ist noch nicht so lange her, von 46.000 Kindern. Das Gleiche gilt für die Steiermark. Ich kann mich schon noch an Zeiten erinnern, wo tatsächlich ein großer Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen gegeben war und wo viele Eltern verzweifelt waren, weil die Kinderbetreuung noch nicht an die neue Arbeits- und Wirtschaftswelt angepasst war. Es ist hinterher gehinkt, das muss man sagen, aber mittlerweile, und das möchte ich wiederholen, hat sich die Situation wesentlich verbessert. Damals hat man sich noch einstellen müssen. Teilzeitarbeit ist immer häufiger vorgekommen, war aber nicht nur auf den Vormittag beschränkt, sondern hat irgendwann stattgefunden. Immer mehr Frauen in Berufstätigkeit, die Kleinfamilie, keine Großfamilien mehr, und in vielen, auch ländlichen Orten, gab es dann nicht mehr so umfangreich diese sozialen Netzwerke, sodass auch ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen verstärkt gebraucht wurden. Wobei ich jetzt aber in einer ländlichen Region war, wo die Kinderkrippe am Vormittag geöffnet hat, weil alle Kinder, die dort betreut werden, dort Mittag abgeholt werden können, weil dort einfach noch die familiären Rahmenbedingungen noch so sind, dass immer wer da ist, der die Kinder abholen kann. Zu den Grünen, zum Entschließungsantrag: Sie oder ihr schreibt da: „Denn einen Betreuungsplatz zu finden, ist noch immer ein Hürdenlauf“. Das sehe ich eigentlich nicht so. Aus meiner Sicht muss man auseinander halten, zu welchem Zeitpunkt Eltern Plätze suchen oder dieses Empfinden haben. Natürlich ist der Run gerade in der Anmeldephase, und die steht ja bald wieder bevor, sehr groß zu bestimmten Wunschrichtungen, wo sie gerne und unbedingt einen Platz haben möchten. Dieser Zustrom wird aber schwächer, je später wir uns im Kinderbetreuungsjahr befinden. Und außerdem gibt es mittlerweile unter den Trägern schon eine recht gute Vernetzung. Wir erleben jetzt die Situation, dass manchmal, wenn während dem Kindergartenjahr jemand abgemeldet wird, der Platz gar nicht mehr nachbesetzt wird. Oft ist es auch so, wenn hier diese Wunschvorstellungen für bestimmte Kinderbetreuungseinrichtungen gegeben sind, weil man vielleicht auch nicht weiter oder länger als zehn Minuten fahren möchte. Somit kann ich das mit dem Hürdenlauf nicht ganz nachvollziehen. Was die Qualität betrifft: Ja, auch hier hat sich viel getan, aber man kann natürlich immer noch nachbessern. Ich habe letzte Woche eine Gemeindebedienstete in den Ruhestand verabschieden dürfen, sie ist 60, hat 40 Jahre als Kindergartenpädagogin gearbeitet und ich habe sie gefragt: „Wie war das 1975, in deiner Anfangszeit?“ Damals war sie alleine mit 28 Kindern in einer Gruppe, unglaublich. Das können wir uns heute natürlich nicht mehr vorstellen. Aber auch die Herausforderungen sind heute andere. Die Kinder haben heute andere Betreuungsbedürfnisse - Kleinfamilie, Elektronikzeitalter, beide Eltern berufstätig. Mit

all diesen Herausforderungen sind wir heute konfrontiert. Es wurde von der Bundesregierung eine neue Bildungsinitiative gestartet, die auch den Kindergarten umfasst. Ein harmonischer Übergang vom Kindergarten in die Volksschule. In Zukunft wird für jedes Kind im Kindergarten ein Bildungskompass mit allen förderrelevanten Informationen angelegt und nach dem Kindergarten an die Volksschule übergeben. So kann die Volksschule die Kinder von Anfang an weiter fördern. Die Grundkompetenzen in Lesen und Schreiben sind ganz, ganz wichtig. Die Aufwertung der Kindergärten: Früher investieren, statt später reparieren! Denn der Kindergarten ist die erste und wichtigste Bildungseinrichtung. Hier wird der Grundstein für einen erfolgreichen Bildungsweg unserer Kinder, wie anfangs erwähnt, unserer Zukunft gelegt. Dafür braucht es natürlich die besten Rahmenbedingungen und eine frühzeitige Sprachtalente- und Begabtenförderung ist hier mit bestausgebildetem Kindergartenpersonal notwendig. Zum zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr: Um möglichst gleiche Startvoraussetzungen zu schaffen, kommt das zweite verpflichtende Kindergartenjahr für alle Kinder. Was ich hier kritisieren möchte ist, diese Opt-Out-Möglichkeit. Wenn man nach drei Monaten feststellt, dass kein zusätzlicher Förderbedarf, kein zusätzlicher Sprachförderbedarf besteht, kann man das Kind auch wieder abmelden. Diese Regelung ist nicht praxistauglich. Egal, ob jetzt Gemeinden oder private Betreiber den Kindergarten führen, wenn die Kinder angemeldet sind und nach drei Monaten - stellt man sich vor - würde ein Drittel in der Gruppe vielleicht wieder abgemeldet werden, das ist nicht praxistauglich. Das müsste im Vorfeld, vor Eintritt in den Kindergarten, festgestellt werden. Wie wichtig es aber ist im Bereich der Sprache, wir haben ja heute auch schon ein Thema gehabt - Flüchtlinge, Asyl, Ausländer - das beschäftigte uns, so sehr sind es auch die Zahlen. Bei den fünf OECD-Staaten mit der höchsten Zuwanderungsrate - noch nicht vom heurigen Jahr, noch Daten des letzten Jahres - ist Österreich mit 1,6 % an dritter Stelle und von den fünf OECD-Staaten, in denen im Jahr 2014 die meisten Asylanträge gestellt wurden - ist Österreich auch an dritter Stelle mit über 28.000. Und der Anteil der in Österreich lebenden Kinder und Jugendlichen, von denen zumindest ein Elternteil nicht in Österreich geboren ist, ist bei den Null- bis Zweijährigen bei 40 %, bei den Drei- bis Fünfjährigen bei 38 %. Deshalb macht es natürlich hier absoluten Sinn bzw. ist es eine absolute Notwendigkeit, den Schwerpunkt in Sprache, danach Lesen und Schreiben, zu machen. Wir sind auf einem guten Weg. Ich möchte auch danke sagen allen Pädagoginnen und Pädagogen, Betreuerinnen und Betreuern, die tagtäglich mit unseren Kindern arbeiten und eine hervorragende Arbeit leisten. Aber trotzdem können wir natürlich auch, was uns hier im Land beschäftigt, in einigen

Punkten nachbessern. Zum Beispiel in der Flexibilität, vor allem in der Früh und am Abend, erweiterter Ganztag. Vielleicht sollten wir hier noch flexibler werden. Es gibt hier vielleicht jetzt nicht den extrem großen Bedarf, aber jene, die es brauchen, umso mehr, und hier sollten wir noch einmal nachdenken, wie wir hier noch flexibler werden können. Was mir wichtig ist: Immer mehr Kinder sind durch die neue Arbeits- und Wirtschaftswelt in ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen. Deshalb ist es wichtig, dass das Mittagessen eine Tischkultur in allen Punkten berücksichtigt. Und beim Mittagessen der Kindergartenkinder ist es so, - laut derzeitiger Regelung, ist es so, dass z. B. auch in der Nachmittagsbetreuung Kindergartenkinder und Volksschulkinder nicht gemeinsam essen dürfen - dass Kindergartenkinder auch nur in der Einrichtung essen dürfen. Aber man sollte hier vielleicht auch schauen, wo können wir auch hier flexibler werden. Ich habe in meiner Gemeinde momentan die Situation, dass die Kindergartenkinder am Spielplatz sind, an der Fachschule vorbeigehen, wo das Essen zubereitet wird, hundert Meter weiter in den Kindergarten und dass die beiden Gruppen - Volksschulkinder und Kindergartenkinder - in getrennten Räumen essen, und auch Kinder einer Familie. Wenn sie nicht in der Nachmittagsbetreuung sind, sondern Zuhause essen, essen sie gemeinsam und hier am Standort Kindergarten und Schule müssen sie getrennt essen. Das sollten wir uns vielleicht auch noch anschauen, dass man hier, wenn solche Rahmenbedingungen direkt vor Ort sind, flexibler wird und hier auch die Möglichkeit schafft, das zu verbinden. Vor allem haben mich auch einige Bürgermeister kontaktiert, wo eine ähnliche Situation ist.

Ich möchte zum Schluss kommen: Nicht vergessen, neben den institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen möchte ich auch die Tagesmütter ansprechen. Ist vor allem für Betriebe teilweise eine gute Lösung, hier ein gutes Miteinander von der Einrichtung mit den Tagesmüttern, ein Zusammenspiel, eine Ergänzung zu haben. Neben den städtischen und urbanen Räumen ist es ganz, ganz wichtig, um Regionen zu stärken, Kinderbetreuungseinrichtungen flächendeckend, flexibel zu haben, weil nur dann können wir tatsächlich die Regionen erhalten, die Regionen stärken. Auch hier bedarf es vielleicht teilweise eines Ausgleiches mit Tagesmüttern, dass dann die Leute auch vor Ort bleiben können und dass alle die gleichen Chancen haben und nicht benachteiligt werden. Damit müssen wir alles tun, um dieses flexible Angebot mit höchster Qualität zu optimieren und deshalb werden wir von der Fraktion der Steirischen Volkspartei auch dem Entschließungsantrag der Grünen zustimmen. Als zusätzliche weitere Maßnahme möchte ich aber abschließend noch einmal sagen, dass seit 2007/08 so eine enorme zusätzliche Betreuung

erreicht wurde und wir auf dem besten Weg sind und wir sehr stolz sein können, dass wir in der Steiermark so viel geschaffen haben. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 11.34 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Andrea Michaela Schartel von der FPÖ.

LTabg. Schartel - FPÖ (11.34 Uhr): Danke, Frau Präsident, sehr geehrte Frau Landesrat, meine Damen und Herren!

Die Mitglieder des Landtages werden heute natürlich im Nachhinein die Unterzeichnung vom Herrn Landeshauptmann zu dieser Paragraph-15a-Vereinbarung genehmigen und es ist natürlich sehr, sehr wichtig, dass sich das Land Steiermark zur Schaffung von neuen, mehr und hochqualifizierten Kinderbetreuungsplätzen auf alle Fälle ausspricht. Es ist auch sehr positiv, dass man jetzt in dieser neuen Vereinbarung z. B. im Art. 8 erkennt, dass hier diesbezüglich Maßnahmen angeführt werden, wie diese Qualitätssicherung vonstattengehen soll und da ist ein wesentlicher Punkt auch vor allem, dass angedacht ist, die Gruppengrößen niedriger anzusetzen. Wobei man schon bemerken sollte, dass es interessant ist, dass so eine Qualitätssicherungsmaßnahme eigentlich nicht gleich bei der ersten § 15a-Vereinbarung verankert wurde, sondern eigentlich erst jetzt im Nachhinein, obwohl diese Vereinbarung ja ursprünglich schon drei Jahre in Kraft ist. Aber es ist gut so, dass sie drinnen ist. Das einzige, wo man aber aufpassen muss, dass natürlich solch eine Vereinbarung nicht zur Einbahnstraße in der Wahlfreiheit dahingehend wird, dass nur mehr Fremdbetreuung möglich ist und die häusliche Betreuung, sprich auch die Betreuung durch die Eltern selber, nicht mehr in irgendeiner Art und Weise unterstützt und gefördert wird. Das ist eine ganz, ganz wichtige Sache. Wie es der Kollege schon angesprochen hat, Tagesmütter und Tagesväter sind eine ganz wichtige und wertvolle Hilfe in der Kinderbetreuung, weil es wirklich viele, viele Kinder gibt, die einfach dieses kleine, familiäre, brauchen, um sich entwickeln, entfalten zu können, die eher z. B. in Fremdeinrichtungen dadurch nicht so gut aufgehoben sind. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wenn man sich diese Vereinbarung genau durchliest, dann ist sie natürlich sehr ambitioniert und setzt natürlich voraus, dass die notwendigen Kinderbetreuungsplätze auch zur Verfügung stehen. Frau Landesrat, ich hätte vielleicht eine kurze Frage an Sie, wie das jetzt angedacht ist, wenn es z. B. aus budgetären Mitteln, als auch aus baulichen Maßnahmen, nicht möglich ist, diese notwendigen Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung zu

stellen, ob wir dann unter Umständen in Konsequenz leider damit rechnen müssen, dass die Gruppengrößen erhöht werden? *(Beifall bei der FPÖ - 11.37 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Helga Kügerl auch seitens der FPÖ.

LTabg. Kügerl – FPÖ (11.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kollegen und Besucher!

Der Europäische Rat forderte schon im März 2002 in Barcelona zwei Ziele, die sogenannten Barcelona-Ziele. Mit den sogenannten Barcelona-Zielen sollen Mitgliedsstaaten Hemmnisse beseitigen, die Frauen an einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten und sie sollten bestrebt sein, nach Maßgabe und Marktfrage, nach Kinderbetreuungseinrichtungen und im Einklang mit den einzelnen staatlichen Vorgaben, für das Versorgungsangebot bis 2010 für mindestens 90 % der Kinder zwischen Drei und dem Schulpflichtalter sicherzustellen - für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stellen. Diese Ziele sind Bestandteile der Europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie. Außerdem sollte es die Beschäftigungsrate junger Eltern erhöhen und zur Geschlechterstellung beitragen. In einem Bericht von 2008 kritisierte die Kommission den hohen Preis der Kinderbetreuung und die fehlende Anpassung an die Bedürfnisse der Eltern. Sie betonte zugleich, die Qualität der Betreuungseinrichtungen zu erhöhen und hierzu auch eine verbesserte Ausbildung und ein besseres Entgelt für das Betreuungspersonal. Obwohl in der Steiermark von 2008 bis 2014 mehr als 2.000 zusätzliche Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen wurden, wird das Barcelona-Ziel für diese Altersgruppe nur zur Hälfte erfüllt. Wie der Landesrechnungshof im vorliegenden Bericht kritisiert, entsprechend der Barcelona-Zielsetzung – Entschuldigung – werden diese Ziele nicht erreicht. Die Steiermark ist aber nach wie vor Schlusslicht bei der Umsetzung von Betreuungseinrichtungen für noch nicht schulpflichtige Kinder. Seit Eintritt des Bundes im Jahr 2008 in den Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen, stellt dieser einen unzumutbaren Ressourcenaufwand für die Förderabwicklung auf Landesebene dar. Deshalb kritisiert auch der Landesrechnungshof, dass innerhalb der Ausbauevereinbarung rund 580.000 Euro Zweckzuschüsse des Bundes nicht in Anspruch genommen wurden, was bei der Landesbudgetsituation natürlich schon ein großer Brocken ist. *(Beifall bei der FPÖ)* Eine Evaluierung bzw. Anpassung der landesgesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf die Abwicklung des Baufonds wird ja vom Landesrechnungshof empfohlen und erscheint uns

dringend notwendig. Der Landesrechnungshof stellt auch fest, dass durch unterlassene Verrechnungen im Bereich des Haushaltes 2/2040301 die wirtschaftliche Situation des Fonds im Landesrechnungsabschluss nicht getreu wiedergegeben wird. Dies entspricht keiner transparenten Haushaltsführung. Ganz wichtig deshalb, die entsprechende Verrechnung hinsichtlich der Vereinnahmung des Zweckzuschusses des Bundes künftig derart anzuordnen, dass dem Baufonds die eingetragenen Mittel zur Verfügung stehen. *(Beifall bei der FPÖ)* Vermehrt werden jedoch leider auch Fördermittel für den Personalbereich verwendet. Doch aufgrund der landesgesetzlichen Bestimmungen können diese nicht über den Baufonds abgewickelt werden. Das Land steht somit vor der Aufgabe, wie der Landesrechnungshof feststellt, die rechtlichen Rahmenbedingungen dahingehend abzuändern und anzupassen. Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend bleibt zu sagen, dass die Landesregierung laut dem vorliegenden Landesrechnungshofbericht noch Vieles umzusetzen hat. *(Beifall bei der FPÖ – 11.43 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wolfgang Dolesch seitens der SPÖ.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (11.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Besucherinnen und Besucher!

Die 15a-Vereinbarung zwischen dem Bund und der Steiermark ist im Prinzip auf diesem Gebiet nichts Anderes als eine Verlängerung der bisher schon gültigen Regelungen bis zum Jahr 2018, also für die nächsten drei Jahre, in Bezug jetzt auf die halbtägig verpflichtende kostenlose frühe Förderung der institutionellen Kinder-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Er sieht im Wesentlichen bei den einzelnen Verbesserungen vor allem zwei Punkte vor, die mir als Wesentlich erscheinen. Zum einen das verpflichtende Elterngespräch, zu dem die Gemeinden auch entsprechend einzuladen haben. Bei diesen Elterngesprächen soll das Kind natürlich anwesend sein oder muss sogar anwesend sein, um zu schauen, wie sich die sozusagen positiven Auswirkungen auf den Kindergartenbesuch auf die kognitiven sprachlichen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten des Kindes darstellen. Insgesamt werden geschätzt wahrscheinlich so 800 bis 900 Elterngespräche in der Steiermark notwendig sein. Das zweite Wesentliche ist aus meiner Sicht die Implementierung einer Arbeitsgruppe, wo eben das Ziel verfolgt wird, dass bis zum Kindergartenjahr 2018/2019

möglichst alle 4- bis 5-Jährigen einen verpflichtenden und kostenlosen Kindergartenbesuch absolvieren. Wir liegen gerade in der Gruppe der 3- bis 6-Jährigen bei nahezu 100 %. Bei den 0- bis 3-Jährigen gibt es noch einen stärkeren Aufholbedarf, das ist richtig, um hier die Vereinbarkeit von Beruf und Familie entsprechend besser bewerkstelligen zu können. Insbesondere der Prüfbericht des Baufonds für die Kinderbetreuungseinrichtungen, der ja recht detailliert ist, enthält einige Verbesserungsvorschläge. Man kann hier wirklich festhalten, auch wenn es die Barcelona-Ziele gibt und von der Steiermark im Moment noch nicht zur Gänze erfüllt werden, dass die Steiermark insbesondere mit ihrer Ausbauoffensive bis zum Jahr 2017 auf einem guten Weg, auf einem richtigen Weg ist. Zur Verdeutlichung, um es kurz zu machen: die Steigerungen sind ja nicht so von der Hand zu weisen, wenn wir neben den institutionellen Einrichtungen auch noch die Tagesmütter und –väter oder sprechen wir allgemein gleich von Tageseltern, zusammenfassen, so ist hier eine Gesamtsteigerung in den letzten zehn Jahren von rund 6,6 % auf aktuell 16,7 % festzuhalten. Angepeilt wird zumindest für das Kindergartenjahr 2016/2017 eine Gesamtquote von rund 21 %. Auch hier sind wir, wie gesagt, noch vom Barcelona-Ziel entsprechend entfernt, aber wie schon erwähnt, auf dem richtigen Weg. Entscheidend wird es für die Zukunft werden, dass wir im Land Steiermark auch die entsprechenden Fördergelder des Bundes zur Gänze abholen, zur Gänze ausschöpfen können. Generell aber ist es doch schon so, weil das vorhin angesprochen wurde, es wurde nicht zur Gänze abgeholt. Ja, da stimmt, das hat aber auch Gründe, das ist ja nicht spaßhalber passiert, dass man hier quasi Geld liegen lässt, sondern bekannt ist, dass ja zuerst immer einmal alles vorgeprüft und vorfinanziert durch den Bauträger, durch die Gemeinde oder auch durch einen sonstigen Träger werden muss, dass überprüft werden muss, ob die Umsetzung auch wirklich erfolgt ist, ob die Mittel zweckmäßig verwendet wurden und erst danach kann logischerweise das entsprechende Fördergeld nach dieser Prüfung ausbezahlt werden. Insgesamt ist es mit dem Bund auch nicht immer gleich so leicht, es ist alles so unkompliziert, das hat schon Altbundeskanzler Dr. Fred Sinowatz gesagt, also ist es auch mit dem Bund nicht gleich so leicht, hier die entsprechenden Rahmenbedingungen einzuhalten und das Fördergeld abzuholen. Unter Anderem ist dafür auch die Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria mit allen ihren Tücken verantwortlich. Beispielsweise heißt das übersetzt oder erklärend, wenn wir Plätze in Abwanderungsregionen sozusagen verlieren und gleichzeitig in Nachfrageregionen Plätze geschaffen werden, vielleicht nicht in diesem Ausmaß, wie sie in den Abwanderungsregionen verloren gehen, dann sind hier einfach statistisch gesehen Minuszahlen, die sich zu Buche schlagen. Darüber

hinaus wissen wir auch, wie in Summe so 15a-Vereinbarungen auch auf diesem Gebiet funktionieren. Es gibt kaum oder wenig Gestaltungsspielraum für die Bundesländer dem Bund entsprechend gegenüber, und der Förderprozess ist hier entsprechend den Richtlinien so angepasst worden, dass den Empfehlungen des Landesrechnungshofes ja entspricht. Mit anderen Worten, durch diese Verbesserung des Abrechnungsmodus sollte es sich hier auch in Zukunft soweit ausgehen, dass die Fördermittel zur Gänze ausgeschöpft werden können. Mit dieser vereinfachten Abrechnungsmodalität mit dem Bund bin ich zuversichtlich, dass wir in absehbarer Zeit, in den nächsten Jahren jedenfalls, diese Barcelona-Ziele erfüllen werden. Wir sind bereit, diese Verantwortung zu übernehmen und wir werden diese Ziele auch erreichen, da bin ich mir ganz sicher. Danke herzlichst. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.50 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ein weiteres Mal zu Wort gemeldet hat sich Sabine Jungwirth, bitte.

LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne (11.50 Uhr): Ja, ganz kurz nur noch ein paar Ergänzungen. Bernhard Ederer, du hast es angesprochen, dass in unserem Entschließungsantrag vom Hürdenlauf die Rede ist und hast gemeint, dass es so nicht stimmt. Ich kenne sehr viele Eltern, die sehr wohl bei der Suche nach einem Kinderbetreuungsplatz einen Hürdenlauf erleben. Im ländlichen Raum ist es nach wie vor massiv der Fall, aber auch in der Stadt herinnen ist es nicht ganz einfach, einen Platz zu finden und auch wenn man sagt, nein, später im Jahr ist es dann einfacher, wenn ich halt wieder in den Beruf zurückgehen will, beispielsweise, kann ich es mir halt oft nicht aussuchen, ob ich das im September mache oder ob ich dann im Mai einsteige, oder wie auch immer. Vor allem wichtig ist ja auch die Planbarkeit. Ich muss mich ja auch einstellen können darauf, dass ich dann die Möglichkeit habe. Insofern ist es schon relevant, dass man rechtzeitig weiß, dass man einen Platz bekommt, der in meiner Nähe ist, wo die Wege für einen bewältigbar sind, zumal wir uns ja auch wünschen würden, dass mehr Menschen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind und nicht alle mit dem Auto die Kinder in den Kindergarten oder die Kinderbetreuungseinrichtungen bringen müssen etc., etc. Du hast auch von der Qualität der Kinderbetreuungseinrichtung gesprochen, dass die Gruppengrößen deutlich besser geworden sind, ja das stimmt. Aber auch da bin ich mir nicht so sicher, ich denke, dass man das schon noch verbessern kann, weil für Kinder große Gruppen einfach auch ein Stress und anstrengend für sie sind. Gerade in einer Zeit, wo sie mit so vielen Eindrücken permanent

konfrontiert sind, beispielsweise von den Computern, du hast es angesprochen die digitale Welt, oder dem Fernseher, ist Stress für Kinder halt wirklich auch etwas Relevantes auch in der Kinderbetreuungseinrichtung. Es muss dort reduziert, soweit es irgendwie geht, werden, und finanzierbar sein. Mir ist schon klar, dass wir immer realistisch bleiben müssen bei dem, was wir schaffen können. Aber wir müssen uns Ziele setzen, das ist die Aufgabe von uns Politikerinnen und Politikern. Die Ziele dürfen gerade im Kinderbetreuungsbereich ruhig hoch angelegt sein, weil die Kinder sind unser wertvollstes Gut. Die Qualität hat aber nicht nur mit den Gruppengrößen zu tun, sondern da geht es auch um die pädagogischen Konzepte, wo es sehr viele unterschiedliche Ansätze gibt, aber wo man natürlich auch darüber nachdenken muss, was in der Zukunft unsere Kinder können müssen, und das Wesentlichste ist ja wohl wirklich, dass es ein liebevolles, unterstützendes Umfeld gibt in der Kinderbetreuungseinrichtung, wo die Neugier geweckt wird oder die Neugier erhalten wird, vor allem, weil die Kinder haben einen unglaublichen Motor zu lernen und das ist ja sehr, sehr positiv und trotzdem erlebt man immer wieder, dass ihnen das sogar im Kindergarten schon quasi ausgetrieben wird. Was das für die spätere Laufbahn dann in der Schule bedeutet, wenn Lernen von Anfang und Wissenserwerb von Anfang an als anstrengend und mühsam empfunden wird, dann ja, - das ist nicht wirklich sehr hilfreich für die Entwicklung später einmal. Qualität hat auch ganz massiv mit den Öffnungszeiten zu tun. Das ist das Wesentlichste, wo wir auch viel Nachbesserungsbedarf in den ländlichen Regionen nach wie vor haben, denn wenn beide Eltern berufstätig sind und vor allem beiden Eltern die Möglichkeit gegeben wird, tatsächlich existenzsichernd berufstätig zu sein, dann ist es sehr wohl relevant, dass es Angebote gibt, wo eine Ganztagsbetreuung möglich ist oder zumindest auch schon früh genug und bis spät hinein in den Abend, die Betreuung da ist. Es gibt ja auch viele Berufe, und gerade Frauenberufe, die halt tatsächlich auch erfordern, dass man schon relativ früh zur Arbeit geht. Frau wahrscheinlich, in dem Fall besser gesagt, früh zur Arbeit geht oder auch später erst die Kinder holen kann. Der Handel ist ein Klassiker, da hat man oft wirklich Arbeitszeiten, die mit einer klassischen Betreuung von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr halt nicht unter einen Hut zu bringen sind. Da haben wir Nachbesserungsbedarf. Noch ein Wort zur Kollegin Kügerl von der FPÖ: Mir ist nicht klar nach Ihrer Rede, ob die FPÖ jetzt den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen unterstützt oder nicht. Das ist für mich in der Rede nicht deutlich herausgekommen. Wir werden sehen, je nachdem, wie sich die FPÖ jetzt bei der Abstimmung des Entschließungsantrages verhält. Ob es hier ein Bekenntnis zu mehr

Kinderbetreuungseinrichtungsmöglichkeiten gibt oder nicht. Aber aus der Wortmeldung heraus kenne ich mich ehrlich gesagt nicht aus. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 11.55 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ein weiteres Mal zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Bernhard Ederer, bitte.

LTAbg. Ederer – ÖVP (11.55 Uhr): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zur Grünen Fraktion, ja, ich habe nur gemeint, es hört sich so übertrieben an, dass es so ein extremer Hürdenlauf ist und noch immer so viele oder zu wenige Plätze gibt, das ist übertrieben. Und zur Qualitätsoffensive in der Ausbildung des Kindergartenpersonals gibt es ja auch im neuen Bildungsprogramm der Bundesregierung Erneuerungen mit klarem Fokus auf die Kompetenzen Sprach-, Talente- und Begabtenförderung. Eine einheitliche Mindestausbildung für KindergartenhelferInnen und –betreuerInnen, nämlich bundeseinheitlich und eine zusätzliche Ausbildung, eine pädagogische Zusatzausbildung für die Kindergartenleiterinnen und –leiter. Mit den Grünen sind wir da eh, da sind wir eh beide für „nach oben“, bessere Qualität zu schaffen und wir werden natürlich auch die Diskussion noch haben wegen der Gruppengrößen. Das sind Gruppengrößen, das ist mir auch ganz klar, weil diese zusätzlichen Sprachkompetenzen, diese zusätzliche Sprachförderung, da wird man natürlich dann auch noch nachdenken müssen, ob hier die 25 Kinder nicht zu viel sind. Aber natürlich muss man auch auf das Budget hinweisen und schauen, dass wir einmal das, oder den bestehenden Bedarf ausbauen kann. Warum ich mich eigentlich noch einmal gemeldet habe, ist wegen der Freiheitlichen Fraktion, der Kollegin Schartel, weil hier etwas gesagt wurde, was ich so nicht stehen lassen möchte. Anscheinend seid ihr momentan in allen Bereichen dabei, Ängste zu schüren. Wir wissen es ja oder kennen es ja von anderen Bereichen und wenn du hier die Aussage tätigst, dass in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen das vielleicht nicht so optimal ist, dass es schlecht ist für das Kind, dann könnten wir hier natürlich eine Grundsatzdiskussion führen. Wir könnten eine Enquete veranstalten. Kind bei der Familie, bei der Mutter, Vater hoffentlich auch, ja ist wichtig, aber es findet so nicht mehr statt. Ich habe es eh angesprochen, Kleinfamilie, die Großfamilie gibt es in dieser Form nicht mehr, beide berufstätig und auch in Familien leben manche Kinder und die Eltern nebeneinander. Die Kinderbetreuungseinrichtungen sind bestens eingestellt und ausgestattet und die Frage, Familie, Eltern, Tagesmutter, Kinderbetreuungseinrichtung, die sollen miteinander arbeiten, die sollen sich ergänzen, aber

heute haben wir auch in anderen Bereichen oft gar nicht mehr so die Möglichkeit, etwas zu machen. In den städtischen Bereichen zum Thema Bewegung, so wie es früher einmal die Möglichkeiten gab, und hier gibt es Projekte, hier gibt es Ausstattungen auch mit dem Bewegungsland Steiermark, was die Landesregierung gemeinsam mit den Sportdachverbänden initiiert hat und die auch in den Kindergärten und Schulen arbeiten und zusätzlich noch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Wichtig ist, und darum möchte ich das zurückweisen, niemand soll sich schlecht fühlen als Elternteil, wenn das Kind in eine Einrichtung geht. Die Eltern sollen die Sicherheit haben – ja wenn du jetzt lächelst - (*LTabg. Schartel: „Aber wo denn her.“*) nein, sonst bleibt das so stehen, dass vielleicht schlechte Arbeit und dass das schlecht ist für das Kind (*LTabg. Schartel: „Aber das stimmt so nicht. So ein Blödsinn!“*) und das stimmt so auch nicht (*LTabg. Schartel: „Aber Blödsinn, das habe ich mit keinem Wort gesagt!“*) – ok, dann ist es eh geklärt, dann ist es geklärt. Aber sonst entstehen hier vielleicht wieder Sorgen und Ängste. Die Eltern sollen sich sicher fühlen, das Kind soll sich wohl fühlen und dass für jeden das zur Verfügung steht, was gebraucht wird. Dankeschön. (*Beifall bei der ÖVP – 11.59 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Noch einmal kurz zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Andrea Michaela Schartel von der FPÖ.

LTabg. Schartel – FPÖ (11.59 Uhr): Danke Frau Präsident, liebe Mitglieder der Landesregierung!

Bernd, ich habe das nicht gesagt, dass öffentliche Einrichtungen schlechter sind. Es gibt wirklich Kinder, und das hat auch die Kollegin Jungwirth zugegeben, die sich einfach in kleineren Einheiten wohler fühlen und besser entwickeln können und für die unter Umständen eine Großbetreuung nicht so optimal ist. Das habe ich gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass die städtischen und öffentlichen Einrichtungen oder institutionellen schlecht sind. Überhaupt nicht. (*Beifall bei der FPÖ*) Es wird immer gesagt zum Wohle des Kindes und es darf sein und es ist auch so, dass zum Wohle des Kindes Vater, Mutter, die eigene Familie genauso dazugehören, wie eine hochqualifizierte städtische oder öffentliche Einrichtung und um nichts Anderes geht es. Die Gefahr besteht nur, dass man eben das nicht mehr im Blickfeld hat, weil man davon überzeugt ist, dass nur mehr alles, was durch den Staat geregelt wird und vom Staat vorgegeben wird, das einzig Wahre und Richtige ist. Das ist es nicht. Jetzt wollte ich nur auf den Entschließungsantrag von der Frau Kollegin Jungwirth kommen. Die Frau Kügerl hat

in ihrer Rede sich in erster Linie nur auf die Feststellung des Landesrechnungshofes bezogen und es war mein Versäumnis, dass ich in meiner Wortmeldung nicht sofort auf den Entschließungsantrag eingegangen bin. Wir werden diesem Entschließer deshalb nicht zustimmen, weil, wie wir heute im Tagesordnungspunkt drei bitte beschließen, hat das Land, die Landesregierung, wir alle uns dazu verpflichtet, in dieser § 15a-Vereinbarung, die Kinderbetreuungseinrichtungen in der Anzahl zu erhöhen, die Qualitäten zu erhöhen und zu sichern. Es ist das Land Steiermark nach wie vor dafür, die Barcelona-Ziele einzuhalten, wenn es geht, sogar zu überschreiten und deswegen finden wir es als nicht notwendig, einen „No-Na-Antrag“ zu stellen, der zusätzlich noch einmal mehr Kinderbetreuungseinrichtungsplätze verlangt, als wir eh schon von uns aus bereit sind, anzubieten. *(Beifall bei der FPÖ – 12.01 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 357/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe!

Einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 169/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der GRÜNEN, Einl.Zahl 169/4 (zu TOP 4), betreffend Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in der Steiermark ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, der Grünen und der KPÖ angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 343/1, betreffend Landesstraße B73, Kirchbacher Straße, Abschnitt: „Verbindungsspanne Knoten Graz Ost-Umfahrung Hausmannstätten“, Entschädigung für die Einlöse einer Wohnliegenschaft.

Ich ersuche um Wortmeldungen.

Nachdem mir keine Wortmeldung vorliegt, komme ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 343/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe!

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Grünen und der KPÖ angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 358/1, der Abgeordneten Karl Lackner und Renate Bauer betreffend Gesetz vom, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 geändert wird (13. STLAO-Novelle).

Ich ersuche um Wortmeldungen.

Nachdem es keine Wortmeldung gibt, komme ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 358/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und der KPÖ angenommen und den Stimmen der Freiheitlichen somit einstimmig angenommen.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 344/1, betreffend Tätigkeitsbericht der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle für das Jahr 2014.

Als erstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Renate Bauer. Bitte schön.

LTabg. Bauer – SPÖ (12.04 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Tätigkeitsbericht der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle für das Jahr 2014 liegt uns vor. Die Tätigkeiten dieser Fachausbildungsstelle reichen von den Genehmigungen der Lehrverträge über die gesamte Abwicklung der Lehrstellen, Förderung, Durchführen der Lehrabschlussprüfungen bis hin zu laufenden Evaluierungen von Ausbildungsinhalten für die FacharbeiterInnen- und auch MeisterInnenausbildung. Die Lehrberufe, über die hier berichtet wird, sind eben die Landwirtschaft selbst, aber auch Gartenbau, Obst- Weinbau, Fischereiwirtschaft, Forstwirtschaft und einiges mehr. Um sich für einen dieser Facharbeiterinnen oder Facharbeiter zu qualifizieren, gibt es drei Wege, drei Möglichkeiten, diese Ausbildung abzuschließen. Erstens, die uns allzeit bekannte Lehre im herkömmlichen Sinn mit der dualen Ausbildung. Die Jugendlichen machen eine Lehre im Betrieb, besuchen die Berufsschule. Weiters besteht aber die Möglichkeit eines Besuches einer mindestens drei- bzw. vierjährigen Fachschule und drittens über den zweiten Bildungsweg. Im Berichtsjahr, sprich im Jahr 2014, wurde der FacharbeiterInnenbrief an insgesamt 1.319 Personen verliehen, wobei, schon sehr beachtlich, 70 % der Abschlüsse wurden durch den Besuch einer dreijährigen Fachschule absolviert, 26 % über den zweiten Bildungsweg und nur 4 % über eine herkömmliche Lehre. Es ist natürlich schon gut erklärbar, warum gerade die Fachschule so attraktiv ist. Den Abschluss kann man erreichen sofort nach Absolvierung einer dreijährigen Fachschule, dann erhält man auch den Facharbeiterinnen-, den Facharbeiterbrief, das ist seit der Novellierung des Ausbildungsgesetzes im Jahr 2013 möglich. Vorher war es notwendig, nach der Schule noch eine einjährige Praxis anzuhängen. Die Lehre im herkömmlichen Sinn wird am häufigsten im Bereich des Gartenbaus in Anspruch genommen. In diesem Zusammenhang mit der Lehrausbildung gibt es mehrere Möglichkeiten, auf die ich ganz kurz eingehen möchte: Und zwar auf die Möglichkeit, die es in diesem Bereich seit 2006 gibt, die Möglichkeit der integrativen Lehrausbildung. Integrative Lehrausbildung für benachteiligte Jugendliche, Jugendliche mit Lernschwächen, die vielleicht irgendwann auf der Strecke geblieben sind. Die Lehrzeit kann in dieser Lehrausbildung auf fünf Jahre ausgedehnt werden. Die Jugendlichen besuchen auch die Berufsschule und schließen mit der LAP, sprich Lehrabschlussprüfung ab. Eine weitere Möglichkeit besteht mit der sogenannten Teilqualifikationslehre. Hier werden die Inhalte der Ausbildung speziell auf die Fähigkeiten der Jugendlichen abgestimmt. Die Jugendlichen sind vom Besuch der Berufsschule befreit

und machen natürlich auch nur eine Prüfung, für diesen Teilbereich, für den sie befähigt wurden, wenn ich das so nennen darf. Zu denken gibt mir in diesen Bereichen nur, dass im Berichtsjahr von den 200 Lehrlingen 31 % in der integrativen Ausbildung waren. Ich glaube, es spielt schon eine Rolle, die Lehrberufe vor allem in diesem Bereich Gartenbau, Floristen, Forst, sind nicht unbedingt die attraktivsten, und so kommt es natürlich auch dazu, dass gerade in diesem Bereich sehr viele diese integrative Ausbildung machen. Aber, ich möchte schon betonen, dass sie sehr wichtig ist und eine große Chance für die Jugendlichen, die sonst wahrscheinlich keine Chance hätten, überhaupt eine Ausbildung, geschweige denn einen Abschluss zu machen. Wir haben heute zu Beginn der Sitzung schon gehört von den sogenannten NEET`s, die irgendwann auf der Strecke bleiben und keine Möglichkeit mehr haben, eine Ausbildung zu machen oder einen Beruf zu ergreifen. Natürlich ist die Chance, ich habe im Vorfeld auch mit Ausbildern und Experten in diesem Bereich gesprochen, die Chance dieser Jugendlichen, nach dem Abschluss einer integrativen Lehre eine Weiterbeschäftigung zu erhalten, sehr schwierig. Mir wurde gesagt, diese Lehrlinge haben halt dann den sogenannten Stempel auf der Stirn „ich bin ein integrativer Lehrling“. Aber trotzdem ist es sehr, sehr wichtig, weil die Jugendlichen mit dieser Ausbildung gleichzeitig eine Lebensschule besuchen, wenn ich das so nennen darf. Sie lernen konsequent zu sein. Sie müssen pünktlich in der Arbeit sein, müssen sich konzentrieren und ich glaube, sehr, sehr wichtig ist auch, wenn sie die Lehrabschlussprüfung bestanden haben, dass das gerade für diese Jugendlichen ein großes Stück Selbstbewusstsein für die Zukunft bedeutet. So darf ich mich abschließend bei der Lehrlings- und Fachausbildungsstelle sehr herzlich bedanken, aber vor allem auch bei allen Verantwortlichen und Mitwirkenden, die dafür sorgen, dass unsere Jugendlichen eine gute Ausbildung erhalten. Dankeschön! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.10 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hubert Lang, Bitteschön.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (12.10 Uhr): Werte Frau Präsident, lieber Herr Landesrat und liebe Frau Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Die Frau Kollegin Renate Bauer hat in ausgezeichnete Weise den Bericht, den Tätigkeitsbericht der Land- und forstwirtschaftlichen Ausbildung, schon näher gebracht. Ich will auf einige Punkte noch näher eingehen, vielleicht am Anfang etwas Grundsätzliches

feststellen: Die land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildung ist verfassungsrechtlich in der Bundesverfassung geregelt. Das bedeutet, dass es ein Bundesgrundsatzgesetz gibt, das Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, und Ausführungsgesetze der Länder mitsamt den dazugehörigen Verordnungen. Die Durchführung der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung ist aufgrund von Landesgesetzen in allen Bundesländern geregelt und es sind Lehrlings- und Fachausbildungsstellen eingerichtet worden. Das heißt, das ist nicht in der Steiermark eine Einzigartigkeit, sondern es ist tatsächlich in der Bundesverfassung und in den Landesgesetzen geregelt. Die Geschäftsführung in der Steiermark ist geregelt zur Durchführung der wesentlichen Aufgaben in der Berufsausbildung nach dem Berufsausbildungsgesetz in der Steiermark, dafür ist die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft zuständig. Es ist hier dafür eine Lehrlings- und Fachausbildungsstelle eingerichtet worden, diese Lehrlings- und Fachausbildungsstelle, kurz LFA, für die Geschäfte und hat für jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht zu erstellen und dem Landtag zur Kenntnisnahme vorzulegen. Das ist genau dieser Bericht, der jetzt vor uns liegt und den wir jetzt behandeln. Die Tätigkeiten der LFA Steiermark, die Lehrlingsausbildung, Facharbeiter- und Meisterausbildung, hat die Frau Kollegin Bauer schon ausgeführt. Die Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildung im konkreten, was kann man tatsächlich lernen. Es ist nicht nur die Landwirtschaft, ländliches Betriebs- und Haushaltsmanagement, es ist schon angeführt worden der Gartenbau, besonders die Kellerwirtschaft, Molkerei und Käsewirtschaft, die Fischereiwirtschaft, Forstwirtschaft, die landwirtschaftliche Lagerhaltung und ganz neu, mit wesentlichen Zukunftsaussichten, Zukunftsperspektiven ist die Biomasseproduktion und auch die Bioenergiegewinnung. Gerade dieser Zweig hat in der letzten Zeit sehr stark zugenommen und hat für die Entwicklung, auch für die Absicherung unserer landwirtschaftlichen Betriebe, eine große Zukunftsperspektive. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Ausbildung in der Steiermark ist äußerst positiv mit den 1.319 FacharbeiterInnenabschlüssen, im Jahr 2014 gibt es wiederum ein großes Plus mit 12 % gegenüber dem Vorjahr und wenn man die zehnjährige Bilanz anschaut, haben wir eine positive Entwicklung mit über 9 % zu verzeichnen. Auch in der Meisterausbildung gibt es Zuwächse. Wir haben im Durchschnitt 94 Abschlüsse, was Meisterausbildungen betrifft. Im Jahr 2014 waren es ganz konkret 144 Meisterinnen- und Meisterabschlüsse. Ich kann zusammenfassend sagen, die Fachausbildung ist erfolgreich und wird gerne angenommen. Die Fachausbildung in Theorie und Praxis bildet die Grundlage für einen erfolgreichen Berufsweg. Weil die Frau Kollegin Bauer das angesprochen hat, die Ausbildung ist eine

Lebensschule, dann kann ich das nur bestätigen, weil in dieser Ausbildung genau das, was wir in diesem Hause immer wieder kommunizieren, Stärkung des ländlichen Raumes, das genau in diese Richtung zielt. In Theorie und Praxis das zu lernen, was man vor Ort in den ländlichen Regionen, in den Gemeinden braucht, wenn es darum geht, nicht nur die Landschaft zu pflegen, sondern auch dementsprechend eine Lebensmittelproduktion sicherzustellen. Hier ist es gerade diese Richtung, was diese Ausbildung betrifft. Dann darf ich mich sehr herzlich bedanken beim Vorsitzenden des paritätischen Ausschusses, der wird durch einen Ausschuss gelenkt, beim Herrn Kammeramtsdirektor Werner Brugner und beim Geschäftsführer Franz Heuberger. Aber auch bei den einzelnen zuständigen Fachabteilungen, insbesondere bei der Fachabteilung 10, für Land und Forstwirtschaft zuständig, bei der Fachabteilung 6, zuständig für Bildung und Gesellschaft, aber auch bei allen Referenten, die diese Ausbildung mitbegleiten, bei den Lehrkräften und auch natürlich bei der Prüfungskommission. Meine Damen und Herren, eine gute Ausbildung ist uns allen sehr wichtig. Die Ausbildungen unter Begleitung der Landeskammer Steiermark, unsere Fachausbildungen, Lehrlingsausbildungen, Meisterausbildungen, die durchgeführt werden, sind eine hervorragende. Ich darf sehr herzlich gratulieren und mich herzlich dafür bedanken und bitte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.17 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Albert Royer. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Royer - FPÖ (12.17 Uhr): Frau Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Ich darf mich auch äußern zum Tätigkeitsbericht 2014 der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachbildungsstelle. Wie schon gesagt wurde, sind ungefähr 200 Lehrlinge pro Jahr, die ausgebildet werden. 2014 sind es 1.319 Personen, die den Facharbeiter gemacht haben. Davon sind 345 Erwachsene, die das im zweiten Bildungsweg gemacht haben. 144 Personen haben 2014 die Meisterausbildung erfolgreich abgeschlossen. Das Ziel der Meisterausbildung ist laut diesem Bericht, die unternehmerischen Fähigkeiten zu fördern. Der Bericht selber ist sehr positiv. Das Problem ist jetzt nur das: Jetzt haben wir dann sehr gut ausgebildete junge Leute, die gute unternehmerische Fähigkeiten haben, dann gehen sie heim zu ihren Betrieben und dann stoßen sie natürlich auf völlig falsche Agrarpolitik. *(Beifall bei*

der FPÖ) Die Realität ist dann die, ich weiß nicht, wer das vorige Woche zufällig gesehen hat, da war eine Dokumentation auf 3Sat, die hat geheißen „Landlust, Landfrust“. Da sind Bäuerinnen und ihre Töchter, die allenfalls den Betrieb übernehmen sollen, das aber nicht machen - sie haben auch erklärt warum - zu Wort gekommen. Da war die Obfrau der ARGE Bäuerinnen und Bergbauern. Bei dem Bericht ist dann eindeutig die Kernaussage herausgekommen: Man muss einen Zu- und Nebenerwerb ausführen, um sich die Landwirtschaft überhaupt leisten zu können. Das zeigt natürlich, dass hier völlig falsche Agrarpolitik betrieben wird, sowohl im Bund wie auch im Land. *(Beifall bei der FPÖ)* Es zielt natürlich darauf hin, dass die ganzen Ausgleichszahlungen - nicht die ganzen, aber die meisten - hektarbezogen sind und die großen Betriebe halt sehr viel mehr davon profitieren und die kleinen dann eigentlich zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig haben. Das ist aus dieser Dokumentation, wie gesagt, „Landlust, Landfrust“ - ich glaube man kann es auf 3Sat noch abrufen, würde ich jedem empfehlen. Dann muss ich sagen, zu den AMA Vorauszahlungen, es hat eine leichte Entspannung vorige Woche gegeben. Es ist die erste Tranche überwiesen worden. Das heißt, die Bauern haben jetzt etwas Geld am Konto, aber halt nur „etwas“. Also, es ist sowohl die Höhe der Auszahlungen gekürzt worden, die einzelnen Programme sind gekürzt worden. Beispiel: Handelsdüngerverzicht von 145 Euro das Hektar auf 105 Euro das Hektar, also eine Kürzung um 40 %. WF - Flächen im Umweltbereich sind stark gekürzt worden, ist noch gar nicht ausgezahlt. Das ist das nächste Thema, die Restzahlung, kommt dann irgendwann die Restberechnung. Da haben wir so ein tolles Schreiben bekommen von der AMA, Ende April, d. h., früher und in den besseren Zeiten war es so: Die Produktpreise waren höher und die AMA-Ausgleichszahlungen sind im Oktober gekommen. Die letzten Jahre dann im November, Dezember und der Rest im März und heuer sehr schleppend, obwohl die Betriebe wirklich darauf warten, kommt die Restzahlung im April. Das heißt, wir haben, noch einmal zurück, sehr gut ausgebildete junge Leute, aber die Realität auf den Höfen ist halt dann wirklich, Dank eurer falschen Agrarpolitik, wirklich keine gute derzeit. *(Beifall bei der FPÖ)* Und dann haben wir natürlich ein großes Betreuungsszenario mit TTIP, das muss man auch dazu sagen, obwohl sich in letzter Zeit der Minister Rupprechter ja sehr dagegen ins Zeug haut. Ich hoffe, er bleibt bei seiner Linie. Ich habe es bei der letzten Sitzung schon einmal gesagt: Der Rupprechter war Innenminister, der den Milchbauern hundert Millionen Ausgleich versprochen hat, nach Brüssel gefahren ist, und dann mit sieben Millionen retour gekommen ist. Der Hans Seitinger hat das verneint, dass ich das falsch ausgeführt hätte. Ich würde dem Hans Seitinger

empfehlen: Er soll beim Hans Gmeiner in „das Blick ins Land“ genau nachlesen, der Artikel ist nach meiner Rede erschienen. Mittlerweile will der Rupprechter die sieben Millionen auf 14 verdoppeln. Dann hätte er immerhin eine Erfolgsbilanz von 14 %. *(Beifall bei der FPÖ)* Vielleicht noch ein paar Worte zu den Russland-Sanktionen: Aus unserer Sicht ist das ein völliger Blödsinn, kostet nur Geld. Wie gesagt, 53 Millionen den steirischen Bäuerinnen und Bauern jährlich. Gleichzeitig macht Russland in der Terrorbekämpfung Annäherung mit Frankreich. Dann fragt man sich wirklich, warum man die Sanktionen noch braucht. Aus unserer Sicht - weg damit. Leider haben halt die Bauernvertreter, auch in diesem Haus, am 22. September gegen unseren Antrag für die Abschaffung gestimmt. Also im Umkehrschluss seid ihr für die Russland-Sanktionen. Das muss man natürlich den Bauern und Bäuerinnen daheim auch klar sagen. *(Beifall bei der FPÖ)* Zum Abschluss vielleicht noch ein paar Worte zur Landwirtschaftskammerwahl. Was wir ein bisschen befürchten ... *(LTAvg. Fartek: „Du hast das falsche Thema! - Du bist da nicht dabei!“ - Präsidentin Khom: „Herr Abgeordneter, können wir bitte zur Sache und zum Tagesordnungspunkt diskutieren. Bitte, vielen Dank!“)* Ich wollte nur noch sagen, die Einheitswertbescheide werden höchstwahrscheinlich zwei bis drei Tage nach der Kammerwahl, also am 31. Jänner ist die Landwirtschaftskammerwahl und Anfang Februar werden dann die Bescheide kommen, wo sie dann natürlich die Sozialleistungszahlungen der Bauern bei höheren Bescheid-Werten massiv erhöhen werden und wieder neue Belastungen auf unsere Bauern und Bäuerinnen dazu kommen. Und zum letzten Punkt, und das ist momentan schon das dringendste Problem, das wir haben, das ist die Übermacht des Handels. Die Handelsketten haben im bäuerlichen Bereich wirklich ... *(Präsidentin Khom: „Herr Kollege, bitte noch einmal, könnten wir zum Tagesordnungspunkt zurückkommen. Danke!“)* Da möchte ich noch sagen, es ist groß angekündigt worden, hat mittlerweile auch stattgefunden, dass der Präsident Titschenbacher mit den Handelsriesen sozusagen Kaffeetrinken war - ich weiß jetzt nicht, ob der Hans Seitingner mit war - auf jeden Fall, man dann nicht mehr sehr viel gehört hat davon. Ist aber irgendwo ganz klar. Der Herr Titschenbacher, gegen den ich persönlich überhaupt nichts habe, er kommt ja aus meiner Gegend, aus meiner Region, hat ja eine Doppelfunktion. Er hat eine hohe Raiffeisenfunktion und er ist bäuerlicher Vertreter, der oberste in der Steiermark. Ich würde ihn nur bitten, dass er jetzt noch überlegt, für die Landwirtschaftskammerwahl diese Ämter zu trennen. Er sollte sich wirklich entscheiden, ob er die Bauern vertreten will oder Raiffeisen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ - 12.24 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich möchte an dieser Stelle ganz bewusst alle Rednerinnen und Redner darauf aufmerksam machen, dass wir hier Diskussionen zu Tagesordnungspunkten führen und es im guten Ton dieses Hauses wäre, auch bei den Wortmeldungen bei den Tagesordnungen zu bleiben.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr LTAbg. Karl Lackner. Bitte schön.

LTAbg. Karl Lackner - ÖVP (12.25 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Frau Landesrätin, Hoher Landtag!

Ja, alle Achtung, eine Wahlrede, die man sich besser und schöner nicht vorstellen kann. Letztlich schon mit der Dringlichen zum Bauernsterben und so zieht sich das fort. Aber wenigstens so transparent und durchschaubar, dass man es klar erkennen kann.

Zum Tagesordnungspunkt darf ich noch einmal klar und deutlich festhalten, das ist ja unbestritten, das Ausbildungswesen im Lehrlings- und Fachausbildungsbereich, auch im Bereich der MeisterInnenausbildung, ist in der Steiermark sehr gut unterwegs. Best ausgebildete Junge, zum Teil auch Ältere, es machen auch Ältere noch Meistausbildungen, sorgen dafür, dass nicht nur im Agrarbereich sondern auch in den Gemeinden, im ländlichen Bereich, in vielen Organisationen gerade für den ländlichen Raum, exzellente Arbeit gemacht wird, auch auf Basis eines Systems, das man in den letzten Jahren, dieses Schulsystem, erfolgreich reformiert hat, klar abgezielt hat auf die dreijährige Ausbildung, nicht mehr die einjährigen Schulen, sondern die dreijährige Ausbildung, abgeschlossener Fachschulabschluss, abgeschlossene Ausbildung und auch die Möglichkeit des Einstiegs in eine höhere Ausbildung, Mittelschule, oder auch MeisterInnen. Und diese Vorbereitungsqualität dieser Schulen für diese höhere Ausbildung ist anerkannt österreichweit, nicht nur da im Lande. Da ist sehr viel Positives geschehen. Danke an alle, die mitgewirkt haben im ganzen System der Umsetzung. Landesrat Seitinger vorne weg. Damals auch noch die Frau Landesrätin Grossmann, wie ich mich erinnern kann. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Im Zusammenhang zu sagen: „Jetzt haben wir die gut ausgebildeten Leute und jetzt sollten die heimgehen und finden dort Missstände vor, Agrarpolitik ist so scheußlich, alles ist so schlecht“. Ja warum bilden wir denn die Leute aus oder bieten die Möglichkeit dieser guten, hohen qualitativen Ausbildung? Damit diese jungen Leute mit den neuen Herausforderungen, die nicht nur die Land- und Forstwirtschaft betreffen, die alle Berufsgruppen betreffen, bestens damit umgehen können, dass sie daheim auf ihren Höfen

das Beste machen können. Und was haben wir mitunter betreffend die Weiterführung der Bauernhöfe, was finden wir oft vor: Dass gerade dort keine Nachfolger gefunden werden, wo daheim am Bauernhof nur gejammt und geschimpft wird und alles schlecht geredet wird. Dort, wo die Jungen selber die Chance haben, das in die Hand zu nehmen und aktiv einwirken können, dort ist immer noch ein Hofübernehmer gefunden worden, da ist kreativ und positiv in die Zukunft gearbeitet worden. Und die, die alles schlecht machen, wenn das die höhere Aufgabe einer politischen Fraktion da ist, dann frage ich mich wirklich, wie wir gemeinsam in eine gute Zukunft marschieren können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wenn ich aber Aussendungen sehe wo darauf steht: „Geschätzte Landwirte“, ihr kennt das alle, „die FPÖ beantragte die sofortige Rücknahme der von SPÖ und ÖVP verhängten Russlandsanktionen“. Also die Macht der ÖVP und SPÖ in dem Land ist eine gewaltige - haben Russlandsanktionen verhängt. Ich weiß nicht, habt ihr jeweils nachgefragt wie das zugegangen ist mit den Russlandsanktionen. Habt ihr euch wirklich kundig gemacht, dass sich der Außenminister Kurz und der Landwirtschaftsminister bis zuletzt massiv dagegen gewehrt haben. Dass man noch versucht hat bis zuletzt, über Rumänien Exporte zu machen in Russland. Aber ÖVP und SPÖ haben die Sanktionen verhängt. Ihr lügt die Bauern an, stimmt ja nicht. Die EU hat die Sanktionen verhängt. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Bist du gegen die Sanktionen?“)* Ich bin gegen die Sanktionen, aufgehoben gehören sie - höchstens und dringend. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Warum stimmst du dann immer dagegen?“)* Wenn man so einen Blödsinn verzapft, da kann man nicht mitstimmen. Das muss man ganz klar und deutlich sagen. So etwas ist wirklich Bauernfängerei auf niedrigstem Niveau. TTIP, schaut euch einmal an, was im Zuge der ökosozialen Marktwirtschaft in einem ÖVP-Papier steht. Die ökosoziale Marktwirtschaft, inzwischen zum europaweiten Prinzip erhoben, wo ganz klar festgehalten wird, punktuell abgestimmt, was die Forderungen sind, allgemeine Bedingungen, wirtschaftliche Forderungen - auch besonders für die Landwirtschaft - Sicherung europäischer Standards und Stärkung des Konsumentenschutzes. Ich möchte es nicht verlesen, aber ganz klar positioniert, unter welchen Voraussetzungen, unter welchen Bedingungen man einem solchen Abkommen zustimmen kann. Weil es diese Handelsabkommen ja schon lange gibt, nur nicht in dieser Form. Mit Kanada z. B. gibt es sie schon lange, mit China, auf der ganzen Welt. Jeder zweite Euro, ihr wisst es, wird im Export erwirtschaftet und nicht im Inland erwirtschaftet. Und davon es abhängig zu machen, zu sagen, es ist alles des Teufels, nur weil sich ein besonderes Tagesblatt da raufhängt, ist eine spannende Interpretation einer politischen Partei dieses Landes, die ich nicht nachvollziehen kann. Das landwirtschaftliche

Ausbildungssystem ist hervorragend. Da sind wir uns einig. Tun wir nicht politisches Kleingeld daraus waschen, weil wir jetzt bald einmal Kammerwahlen haben. Das ist heute kein Thema. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 12.31 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich freue mich immer sehr, wenn in diesem Haus ehemalige Abgeordnete zu Besuch kommen, um den Kontakt zu halten. Aus diesem Grund herzlich willkommen LTAbg. a.D. Benedikt Bittmann. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich darf nun dem Herrn Landesrat Seitinger das Wort übergeben.

Landesrat Seitinger - ÖVP (12.32 Uhr): Danke, Frau geschätzte Präsidentin, liebe Frau Landesrätin, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten, lieber Benny, grüße dich sehr herzlich!

Ja, zum Thema selbst: Kein Meister ist vom Himmel gefallen, heißt es so schön. Ich möchte das gleich vorweg sehr deutlich sagen und schließe mich den Dankesworten von der lieben Frau Abgeordneten Bauer, Karl Lackner und Hubert Lang an, die sich auch bedankt haben bei der Lehrlingsausbildungsstelle, bei der Landwirtschaftskammer Steiermark und im Besonderen bei Franz Wahlberger, der auch heute hier ist, der sozusagen in der Verantwortung dieses Projekt mitträgt. Wir wissen, dass die Bildung so quasi die höchsten Zinsen für das Kapital, das eingesetzt werden kann, zurzeit bringt. Das ist zwar in der Stunde keine große Leistung, weil die Zinsen insgesamt niedrig sind. Aber wir wissen - das ist anders gemeint - mit viel Wissen kann man auf seinen eigenen Höfen das meiste erreichen. Die Politik kann hier den wesentlichsten Beitrag leisten, um die schwierigen Auseinandersetzungen und Herausforderungen, die wir haben, im globalen Umfeld der Agrarpolitik zu lösen. Wissen ist das Kapital, das wir unterstützen können. Wissen ist ein Kapital, das die Menschen bis zum letzten Tag brauchen können und das ist auch in der Landwirtschaft gültig, dass lebenslanges Lernen, lebenslanges Verändern, hier auch unumgänglich ist. Wir wissen, dass die Landwirtschaft ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft ist, ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft ist und heute wie morgen auch sehr, sehr viele Herausforderungen annehmen muss, die wir allesamt nicht steuern können. Lieber Kollege Royer, mit Verlaub schon, also ich bitte dich schon ein bisschen redlich zu sein. Wenn ich das nächste Mal den Putin treffe, werde ich ihm sagen: „Du, der Kollege Royer hat beantragt, dem Landtag ist es nicht gut genug. Das gehört endlich aufgehoben dieses Embargo“. Wir müssen die Kirche schon im Dorf lassen und wir sollten nicht mit so billigen

Blendaktionen nach außen gehen. Das tut auch deiner oder eurer Partei nicht gut, wenn man die Leute sozusagen für dumm verkauft, dass da hier der hohe amtliche Landtag sozusagen, Russland-Embargos aufheben kann, wenngleich er einen Teil von Bewusstseinsbildung von unten herauf machen kann, aber wir wissen ganz genau, wo die Sache hier verantwortet wird und steht. Also bitte schön, ein bisschen die Kirche im Dorf lassen würde uns allen durchaus gut tun. Und wenn du sagst, dass wir eine falsche Agrarpolitik machen, dann würde ich mir gerne einmal Zeit nehmen, mit dir eine Stunde einmal zusammensitzen und dann besprechen wir die Dinge konkret und du wirst mir sagen, wie die richtige Agrarpolitik ausschaut. Ich hätte nur ganz gerne, wenn du mir eine reale richtigere Agrarpolitik hier sagst, denn Dinge, die in Europa beschlossen werden, wie das Auslaufen der Milchquote und die Dinge, die du anredest, so quasi von heute auf morgen wieder aufzuheben und rückzuführen wenn es Mehrheitsbeschlüsse hier gibt von 22:6, das möchte ich dann mit dir ganz konkret besprechen. Dann würde ich auch bitten, bleiben wir im Rahmen der Wahrheit und im Rahmen des Machbaren und tun wir hier nicht irgendwelche Fantasien deuten, die niemand von uns erfüllen kann. Ein Zweites, das möchte ich hier auch sagen, weil du das auch in den Raum gestellt hast: Österreich ist das einzige Land in Europa von allen 28 EU-Staaten, das im heurigen Jahr wesentliche Teile der Direktzahlungen der zweiten Säule auszahlt. Das ist dir ganz klar bewusst. Das einzige Land, alle anderen Länder zahlen das erst im nächsten Jahr aus. Wir haben seit historischer Vergangenheit hier die Sitte, das vorzuziehen und auch mit der neuen Regelung, die Europa seit dem vorigen Jahr hier eingeschlagen hat, haben wir diese historische Vorauszahlung bei uns eingestellt. Man sollte das auch dementsprechend anerkennen. Ich möchte vielleicht eines zum Thema noch sagen und damit möchte ich eigentlich schon schließen, das, was Hubert Lang angesprochen hat, ist für mich schon sehr wichtig und bedeutend. Die Bauern quasi sind ein wesentlicher Teil auch des ländlichen Raums, sie gestalten, sie pflegen den ländlichen Raum, sind ein enormer Wirtschaftsfaktor dort und der Bauer ist ja längst nicht mehr nur Lebensmittelproduzent, er ist mittlerweile Energiedienstleister, er ist Kommunaldienstleister, er ist Touristiker geworden und ist zunehmend mehr auch Sozialdienstleister. Und all diese Aufgaben, die er hier annimmt und auch braucht, denn die Zukunft der Landwirtschaft steht auf mehreren Beinen, das ist überhaupt keine Frage. Das gilt für alle Betriebe, ausnahmslos für alle Betriebe, weil wir uns nur mit mehreren Beinen, mit einer hohen Qualität und mit einer Differenzierung zur Massenproduktion nur so, so quasi, unsere Zukunft gestalten können und absichern können und das geht nur auf mehreren Standbeinen und daher ist auch die Bildung eine so wichtig

wertvolle. Karl Lackner hat das angesprochen, wir haben ja Gott sei Dank auch im Rahmen unserer landwirtschaftlichen Fachschulen die Möglichkeit, bis zur Universität hinauf, sozusagen das Bildungsangebot erweitern zu können. Es wird auch angenommen, Gott sei Dank vielfach angenommen, und das ist auch sehr, sehr gut so. Abschließend vielleicht noch ein Wort zur Abgeordneten Bauer. Sie hat das völlig richtig angesprochen, es gibt sehr, sehr viele Menschen, die sich nicht leicht tun im Integrieren in einen Arbeitsprozess und auch für viele solche haben wir gerade im Bereich des Gartenbaus und auch der Landwirtschaft in Zukunft hier eine Chance, sich aktiv ins Berufsleben, ins Leben einzubringen, hier ein Geld zu verdienen und eine sinnvolle Tätigkeit anzugehen. Ich glaube, dass das auch wirklich herausgelöst werden soll von der gesamten Ausbildungsszene, dass wir auch diesen wichtigen integrativen Anteil hier leben und nicht nur hardcore sozusagen die bäuerlichen Betriebsübernehmer ausbilden und das sollte auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen werden. Wir wollen die landwirtschaftliche Ausbildung von unseren wertvollen Landwirtschaftsschulen bis hin zur Beratung und Weiterbildung über das LFI einem sehr, sehr breiten Angebot hier weiterunterlegen und ich hoffe auch, dass die finanziellen Mittel auch für die Zukunft von Bund und Land hier aufgestellt werden können. Ich jedenfalls werde mich sehr, sehr darum bemühen, dass das auch in Zukunft möglich ist. Vielen herzlichen Dank noch einmal an all jene, die in dieses großartige Ausbildungsprogramm eingebunden sind und waren. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 12.39 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor und ich komme daher zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 344/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Rechnungshofbericht, Einl.Zahl 329/1, betreffend Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich Fließgewässer, Follow-up-Überprüfung; Flüchtlingsbetreuung im Land Steiermark, Follow-up-Überprüfung.

Ich habe als erste Wortmeldung die Frau Abgeordnete Sabine Jungwirth gemeldet und darf Sie nun bitten.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne (12.40 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Mir geht es bei meiner Wortmeldung um den Teil der Wasserrahmenrichtlinie oder die Überprüfung der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Die Wasserrahmenrichtlinie regelt, wie Sie hoffentlich wissen, dass alle natürlichen Gewässer in Europa und in Österreich natürlich dann auch bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand gebracht werden sollen. Das ist gar nicht so einfach, denn derzeit ist es so, dass das Lebensministerium sagt, dass in Österreich mehr als die Hälfte der natürlichen Gewässer so belastet ist durch Bauanlagen, die beispielsweise in den Gewässern sind, aber auch viele andere Einflüsse, dass das Ziel, das wir uns gesetzt haben für die Planungsperiode 2015 bis 2021 mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erreicht werden kann. Also, das sagt uns schon, dass sehr, sehr viele Gewässer hier in Österreich massiv belastet sind. Für diejenigen, die sich bei der Materie nicht so gut auskennen empfehle ich, diese Broschüre, die es vom Lebensministerium und von der Europäischen Union gibt, die sehr gut Auskunft gibt über die Situation der Gewässer in Österreich, auch die Problematik der Wasserkraftwerke sehr genau beleuchtet, die Vor- und die Nachteile auf eine sehr sachliche Weise darlegt. Vielleicht kann auch die eine oder andere Person dann hier im Raum nachvollziehen, warum wir uns in dem einen oder anderen Fall dann sehr stark engagieren, wenn es darum geht, Gewässer, die die letzten Rückzugsräume für verschiedene Tier- und Pflanzenarten oder aus anderen Gründen ökologisch einfach sehr, sehr wertvoll sind, so vehement zu verteidigen. Ich merke ja, es ist nicht immer nachvollziehbar für Sie, aber wie gesagt, es ist einfach so, dass wir auf der einen Seite Vorgaben haben, die wir erreichen müssen, nämlich um unsere Lebensgrundlagen zu sichern und zu erhalten und außerdem eben bestimmte Bereiche hier noch besonders hoch sensibel sind. Soviel vorweg, die Prüfung des Rechnungshofes war eine Follow-up Prüfung und hat ergeben, dass das Land Steiermark den Empfehlungen nur teilweise nachgekommen ist und es wird vor allem kritisiert, dass es keine genauen Kostenschätzungen gibt für die Sanierung der Fließgewässer und für die notwendigen Maßnahmen, die dazu getroffen werden sollen und müssen. Insgesamt stellt der Rechnungshof auch fest, dass die termingerechte Erreichung der Sanierungsziele infrage zu stellen ist. Er empfiehlt daher eine neuerliche Überprüfung mit der Bearbeitung von Wasserbenutzungsanlagen mit befristetem Konsens möglichst früh zu beginnen. Das hat in mehrerer Hinsicht Sinn. Da geht es nicht nur darum die Gewässerqualität

sicherzustellen und zu verbessern, sondern gleichzeitig ist es ja auch möglich hier einzugreifen und zu schauen wo Anlagen sind, die auch in der energetischen Nutzung und in den Möglichkeiten, die da bestehen, deutliche Verbesserungen erfahren können und sollen und hier sind ja wirklich noch immense Potenziale in der Steiermark vorhanden, die Energieerzeugung zu verbessern und dabei aber gleichzeitig nicht neue Gewässerabschnitte mit Kraftwerksanlagen zu belasten. Also, das hat in mehrerlei Hinsicht Sinn das zu tun. Der Rechnungshof gibt auch den Hinweis, dass Sanierungsmaßnahmen so schnell wie möglich begonnen werden sollen, aus mehreren Gründen, das steht eh in meinem Entschließungsantrag, brauche ich Ihnen nicht im Detail zu erläutern. Wer es genau wissen will, bitte dort nachschauen. Wie gesagt, die Kostenschätzung, die wäre was ganz, ganz wichtiges, weil es ja auch für die Budgetplanungen relevant ist. Ich meine, nichts Blöderes gibt es, als dass man dann irgendwann draufkommt, man hat Budgets gemacht und beschlossen möglicherweise, die dann aber für diese Sanierungsmaßnahmen, die uns ja wirklich ganz, ganz wichtig sein sollten und die uns auch in gewisser Weise auch vorgeschrieben sind, dann die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu haben.

Ich stelle daher einen Entschließungsantrag oder ich bringe ihn ein, der da lautet:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. mit der weiteren Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der hohen Zahl der noch nicht angepassten Kraftwerksanlagen über die „gebietsbezogene“ Sanierung hinaus so rasch wie möglich zu beginnen, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie erreichen zu können, und
2. im Sinne einer langfristigen Budgetplanung eine Gesamtkostenschätzung über die auf Basis der Wasserrahmenrichtlinie und des NGP notwendigen Sanierungsmaßnahmen bei Fließgewässern – auch unter Einbeziehung verschiedener Varianten – zu erstellen, um Klarheit über das Ausmaß der erforderlichen Maßnahmen und deren finanzielle Auswirkungen zu haben.

Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei den Grünen - 12.44 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Franz Fartek. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Fartek - ÖVP (12.45 Uhr): Frau Präsidentin, liebe Landesräte, Herr und Frau Landesräte, liebe Kollegen, Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zur Abgeordneten Jungwirth noch ergänzend zu diesem Bericht: Ziel dieser Überprüfung war es, wie sie gesagt hat, die Umsetzung von Empfehlungen zu beurteilen, die den Rechnungshof bei vorangegangener Gebarungsprüfung an die Steiermark abgegeben hat. Vom Land Steiermark, und da sollte man doch die Punkte ein bisschen genauer beleuchten, wurden bis zur Überprüfung im Oktober 2014 von fünf überprüften Empfehlungen des Vorberichts folgende Empfehlungen umgesetzt, teilweise umgesetzt bzw. nicht umgesetzt. Die Frau Kollegin Jungwirth hat schon erwähnt, die Punkte aber, man sollte auch sagen was umgesetzt worden ist. Umgesetzt ist folgender Punkt geworden: Die Erhebung des Potenzial zur Energiegewinnung durch Anpassung bestehender Wasserkraftwerke. Dieser Punkt wurde umgesetzt. Hier war es, dass der Rechnungshof dem Land Steiermark empfohlen hat, dass mit der Anpassung der Wasserkraftwerke an den Stand der Technik verbundene Potenzial zur Energiegewinnung zu erheben. Das Land Steiermark folgte der Empfehlung, in dem es eine generelle Studie über das Ausbaupotenzial der Wasserkraft in der Steiermark sowie Detailuntersuchungen und Planungen für bedeutende Flüsse in der Steiermark ausarbeiten ließ, die auf Grundlagen zur Revitalisierung bzw. Optimierung bestehender Wasserkraftanlagen geeignet waren, teilweise umgesetzt. Da hat sie auch schon angeführt, aber möchte doch noch einmal im Detail ansprechen: Regionalprogramme zur Zielerreichung der Wasserrahmenrichtlinie laut Bericht. Die Empfehlung des Rechnungshofs wurde da teilweise, wie gesagt, umgesetzt, in dem es wichtige Datengrundlagen erarbeitete und ein wasserwirtschaftliches Regionalprogramm gemäß Gewässerschutzverordnung im Entwurf vorlag. Der Termin für das Inkrafttreten der Gewässerschutzverordnung war zur Zeit der Überprüfung noch offen. In der Stellungnahme teilte das Land aber mit, dass am 3. Juni 2015 ein Regionalprogramm zum Schutz von Gewässerstrecken und Gewässerschutzverordnung erlassen worden ist. Ebenfalls teilweise umgesetzt. Konzepte zum Sanierungsumfang im prioritären Sanierungsraum: Hier ist ebenfalls so, dass das Land Steiermark einzelne ausgewählte Flussabschnitte Maßnahmenkonzepte mit detaillierteren Kostenschätzungen ausarbeiten ließ. Konzepte mit den zur Erreichung der Umweltziele im prioritären Sanierungsraum der ersten Planungsperiode erforderlichen Maßnahmen konnte das Land Steiermark nicht vorlegen. Sie begründeten dies mit noch nicht vorliegenden Monitoring-Ergebnissen und damit verbundener Planungsunsicherheit. Ebenfalls teilweise umgesetzt der Punkt Wasserkraftanlagen mit unbefristeten Konsens. Wegen des hohen Bestandes an

Wasserkraftanlagen mit unbefristeten Wasserbenutzungsbewilligungen hatte der Rechnungshof empfohlen mit der Bearbeitung von Wasserbenutzungsanlagen mit unbefristeten Konsens möglichst früh zu beginnen, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 erreichen zu können. Die Steiermark setzte diese Empfehlung nur teilweise um, in dem sie Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit, insbesondere die Errichtung von Fischaufstiegen oder Fischaufstiegshilfen bei Wasserkraftanlagen mit unbefristetem Konsens im prioritären und außerhalb des prioritären Sanierungsraumes initiierte. Nicht umgesetzt, und das hat die Frau Kollegin auch gesagt, die Grundlage der ständig verbesserten Kenntnisse über die notwendige Sanierungsmaßnahmen möglichst genaue Kostenschätzungen für alle Planungsperioden zu erarbeiten, war nicht umgesetzt. Natürlich ist es notwendig, wie auch die Kollegin gesagt hat, dass alle Punkte, die teilweise noch nicht umgesetzt sind, auch umgesetzt werden. Zum weiteren Bericht Flüchtlingsbetreuung in der Steiermark - Vorabprüfung, noch einige Erläuterungen bzw. Ergänzungen. Ziel der Follow-up-Überprüfung war es, die Umsetzung von Empfehlungen zu beurteilen, die der RH bei einer vorangegangenen Gebarungüberprüfung zum Thema Flüchtlingsbetreuung gegenüber dem Land Steiermark abgegeben hat. Der Rechnungshof stelle zusammenfassend fest, dass das Land Steiermark von 21 Empfehlungen des Vorberichts sechs umgesetzt, fünf teilweise und zehn nicht umgesetzt hatte. Folgende Empfehlungen wurden diesbezüglich auch noch u.a. seitens des Rechnungshofes getroffen, einige möchte ich hier in diesem Hause erwähnen: In Abstimmung mit den anderen Ländern sollten eine zeitnahe und regelmäßige landesseitige Prüfung der Bundesausgaben vorgenommen, eine Evaluierung des aktuellen Prüfungsprozesses durchgeführt sowie gemeinsame Leitlinien zu Prüfungsgrundlagen, –umfang, –schwerpunkten und –methodik ebenso wie eine einheitliche und transparente Dokumentation der Prüfungsergebnisse festgelegt werden. Eine weitere Empfehlung im Hinblick auf die deutlich kostengünstigere individuelle Unterbringung gegenüber der organisierten Unterbringung von Asylwerbern sollte dies das Wohnen in individuellen Unterkünften vermehrt ermöglicht werden. Weiters noch, es werden Vor-Ort-Kontrollen, bei den mit der Beratung und Betreuung von Asylwerbern die beauftragten NGO's durchzuführen. In diesem Zusammenhang sollte unter anderem auch die monatliche Auszahlung von Taschen- und Verpflegungsgeldern an Flüchtlinge geprüft werden. Des Weiteren noch: Die Beratungsvereinbarung zwischen dem Land Steiermark und mit der Beratung und Betreuung von Asylwerbern beauftragten NGO's wäre zu evaluieren und ein angemessenes Entgelt vorzusehen. In den organisierten Flüchtlingsunterkünften sollten verbindlich Hausordnungen

erlassen werden. Die Flüchtlinge sollten gleichmäßig auf die Bezirke der Steiermark aufgeteilt werden. Eine weitere Empfehlung in den Leistungsvereinbarungen mit der mit der Beratung und Betreuung von Flüchtlingen betrauten NGO die Möglichkeit des Landes vorzusehen werden, im Fall einer unzureichenden Aufgabenerfüllung einzelner Betreuer auf deren Abberufung und den Ersatz durch eine geeignete Person bestehen zu können. Des Weiteren zur Betreuung und Beratung von Flüchtlingen sollten keine Förderungen gewährt, sondern stattdessen Leistungsverträge abgeschlossen werden. Und eine letzte Empfehlung, die ich noch weitergeben möchte: Es wäre sicherzustellen, dass der für die Grundversorgung zuständigen Fachabteilung sämtliche Informationen über Förderungen an Institutionen und Vereine, die im Zusammenhang mit Flüchtlingsangelegenheiten gewährt werden, übermittelt werden, insbesondere auch Informationen über die Höhe der Förderungen. Soweit einige Empfehlungen aus diesem Bericht. Teilweise sind diese Empfehlungen natürlich im Gespräch und bereits in Umsetzung. Zu den beiden Berichten im Ausschuss, wurden diese Berichte einstimmig zur Kenntnisnahme angenommen.

Zum Entschließungsantrag der Grünen: Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie stelle ich aber den Antrag um punktuelle Abstimmung. Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Zukunft. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 12.52 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Stefan Hofer. Bitte sehr, Herr Kollege.

LTAbg. Mag. (FH) Hofer - SPÖ (12.52 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Frau Landesrätin, werte Herren Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich nur ganz kurz zum vorliegenden Bundesrechnungshofbericht, was die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich der Fließgewässer betrifft, zu Wort melden. Das Wesentliche wurde ja schon vom Kollegen Fartek ausgeführt. Ich bin anderer Meinung als die Kollegin Jungwirth. Ich sehe das so, dass die Steiermark ihren Verpflichtungen im Wesentlichen nachgekommen ist. So wurde eine Gewässersanierungsverordnung erlassen und es wurden auch zwei Regionalprogramme erstellt und so kann man sich, summa summarum nur bei den zuständigen Landesräten, Jörg Leichtfried und Hans Seitinger und bei den Abteilungen 13 und 14 bedanken und zum Bericht gratulieren. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.53 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Klubobfrau.

LTabg. Klimt-Weithaler - KPÖ (12.54 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ich werde nicht zur Wasserrichtlinie sprechen, sondern zu einem anderen Punkt. Auch unser Entschließungsantrag ist eine Initiative, die aus diesem Rechnungshofbericht hervorgeht. Und zwar hat die Follow-up-Überprüfung der Flüchtlingsbetreuung in der Steiermark durch den Rechnungshof ergeben, dass das Referat für Flüchtlingsangelegenheiten de facto unterbesetzt ist. So wurde, um die steigende Arbeitsbelastung abzumildern, das Referat in der Vergangenheit zeitlich begrenzt mit Trainees und Leiharbeitskräften verstärkt. Das steht in dem Bericht drinnen. Ich werde hier jetzt sicher keine Abhandlung darüber halten, was die KPÖ von Leiharbeitskräften hält, das ist Ihnen bekannt. Wir halten es auch für furchtbar, dass gerade Gemeinden, das Land, der Bund immer wieder dazu greifen und sagen: „Wir brauchen diese Leiharbeitskräfte“, wo wir doch alle wissen, dass das in Wahrheit nicht gut ist und Auswirkungen auch auf die Arbeitskräfte hat. Wie gesagt, ich werde keine Abhandlung darüber halten. Wir halten es gerade auch in diesem Bereich für nicht sinnvoll, dass man auf diese Art der Arbeitskraft zurückgreift. Jetzt gibt es mittlerweile eine Aufstockung in dem Referat und zwar, wenn ich richtig informiert bin, gibt es offenbar geringfügig zwei vollzeitäquivalente Personen, mit denen wurde das Referat personell verstärkt. Aber, nach wie vor ist es so, dass nach der Aussage der zuständigen Abteilungsleiterin es nicht möglich ist, die vorgesehenen Kontrollen und insbesondere nämlich die unangekündigten Vor-Ort-Kontrollen mit den derzeit vorhandenen Ressourcen durchzuführen. Wenn man sich anschaut oder wenn man sich vor Augen hält, dass das Referat für Flüchtlingsangelegenheiten schon bis jetzt unterbesetzt gearbeitet hat, dann muss bei einer weitaus geringeren Anzahl an Flüchtlingen, die auch zu betreuen waren, dann muss man sich schon die Frage stellen, warum man da jetzt nicht wirklich eingreift und sagt: „Wir brauchen eben in der jetzigen Situation mehr.“ In diesem Sinne stelle ich jetzt auch einen Entschließungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend den Personaleinsatz des Referats für Flüchtlingsangelegenheiten zu evaluieren und den Stellenplan dergestalt anzupassen, dass das Referat ohne Zukauf von Leiharbeitskräften seine Arbeit auch unter den gegebenen

Bedingungen ordnungsgemäß erledigen kann und insbesondere auch in der Lage ist, die notwendige Anzahl der (unangekündigten) Vor-Ort-Kontrollen durchzuführen.

Ich bitte um Annahme dieses Entschließungsantrages. *(Beifall bei der KPÖ – 12.57 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Cornelia Schweiner. Bitte schön, Frau Kollegin.

LTabg. Schweiner - SPÖ (12.57 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf auch einige Worte zum vorliegenden Follow-up-Bericht bezüglich der Flüchtlingsbetreuung im Land Steiermark hier anmerken. So wie vom Kollegen Fartek bereits erwähnt, ist meiner Ansicht nach das halbe Glas voll. Das heißt, viele der im ersten Bericht angestoßenen Maßnahmen wurden bereits auf der einen Seite umgesetzt, auf der anderen Seite sind sie in Bearbeitung und damit liegt man, aus meiner Ansicht, auf einem guten Weg. Gerade die konkrete und immer stärkere Zusammenarbeit durch die Arbeit des Flüchtlingskoordinators mit den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen hat zu einer weitaus höheren Zahl von Quartieren in den Gemeinden geführt. Auch wenn wir hier noch nicht am Ende des Weges sind und wir nach wie vor in einzelnen Gemeinden alle zusammen, um Verständnis und um Bereitschaft zur Verfügungsstellung von Quartieren werben. Auch ist mit der neuen Referatsleiterin und der Zusammenführung der Struktur, mit dem Integrationsreferat aus der Abteilung 6, ein weiterer wichtiger Schritt gelungen, um in dieser heiklen und herausfordernden Aufgabe die Ressourcen innerhalb des Landes zu bündeln. Deshalb ist es, und wenn ich jetzt an deinen Entschließungsantrag anschließen darf, liebe Claudia Klimt-Weithaler, dass mit der Einrichtung oder des Zusammenführens des Integrationsreferats es gerade dabei im Entstehen ist, dieses neue Referat, das auf der einen Seite die Abwicklung der Grundversorgung als Aufgabe hat, aber auch die Abwicklung der Integrationsmaßnahmen, die vonseiten des Landes gesetzt werden. Und dieses Referat, das sich gerade neu findet, hat durch die Zusammenführung sechs zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen und es ist hier derzeit der Status quo zu schauen, wer übernimmt was. Ganz klar braucht es ein Bekenntnis auch zu den unangemeldeten Kontrollen. Das steht überhaupt nicht zur Debatte, aber dennoch werden wir zu diesem Zeitpunkt dem Entschließungsantrag nicht zustimmen, weil wir sagen, mit diesen sechs neuen Personen muss erst eine Zusammenführung, eine Struktur gefunden werden, um danach bewerten zu können,

ob es weitere zusätzliche Personen braucht. Ich denke, das Referat ist von außen und mit allen politischen und verwaltungstechnischen Aufgaben einfach sehr, sehr gefordert. Deshalb gilt mein abschließender Dank allen Frauen und Männern, die in diesem Referat tagtäglich ihre Arbeit in der steirischen Landesverwaltung leisten und das mit sehr hohem Engagement in einer sehr angespannten Situation. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.00 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau LTAbg. Jungwirth. Bitte schön, Frau Kollegin.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne (13.00 Uhr): Danke!

Der Herr Abgeordnete Hofer hat mich dazu verleitet mich noch einmal zu Wort zu melden, denn, Sie haben ja gesagt, wir haben ja zwei Regionalprogramme in der Steiermark, aber dass das alleine halt nicht genügt, sieht man laufend. Ich möchte zwei Beispiele erzählen: Wir haben auf der einen Seite die schwarze Lafnitz, wo schon seit längerem ein wasserrechtliches Verfahren anhängig ist, wo die wasserwirtschaftliche Planung sagt, dass es in dem Gewässerabschnitt schon einige Belastungen, es gäbe durch die Möglichkeit durch die Zusammenführung von mehreren Anlagen deutliche Verbesserungen zu erzielen und eine weitere Belastung des Gewässers ist nicht möglich und nicht gewünscht, weil wir, eben wie gesagt, die Ziele der Wasserrahmenrichtlinien nicht erreichen können. Gleichzeitig geht aber die Abteilung 13, also die Abteilung, die für die Verfahren zuständig ist her, und wickelt dort eine Verhandlung ab in einer wirklich abenteuerlichen Art und Weise, muss ich Ihnen auch sagen. Ich war dort, ich war wirklich erstaunt darüber, dass beispielsweise der Verhandlungsleiter am Anfang die Projektbetreiber fragt, ob alle Zustimmungen der betroffenen GrundstückseigentümerInnen da sind. Der Projektbetreiber sagt: „Ja, das wäre der Fall“ und danach meldet sich aber der Vertreter des öffentlichen Wassergut, der nämlich in der Abteilung 14 angesiedelt ist zu Wort und sagt: „Nein, wir sind nicht einverstanden“. Das ist aber dann egal und es wird weiterverhandelt. Dort sind wir jetzt in der Phase, dass es wahrscheinlich dazu kommt, dass dann mittels eines Zwangsrechts die Republik praktisch gezwungen wird als Eigentümer des Gewässers, dieses Gewässer zur Verfügung zu stellen für den Bau einer neuen Kraftwerksanlage. Also so etwas ist ja so absurd. Das kann ja wohl nicht sein, erstens, dass sich zwei Abteilungen des Landes nicht einig sind und zweitens, dass über die Interessen der Republik Österreich darübergefahren wird, weil ein Beamter in einer

Abteilung offensichtlich der Meinung ist, dass er es besser weiß. Kann ich nicht nachvollziehen, solche Geschichten. Ein zweiter Punkt, wo sich auch deutlich zeigt, dass die Dinge schon im Argen sind, ist die Geschichte entlang der Parkautobahn. Jörg Leichtfried, ich bitte dich zuzuhören, das ist nämlich wirklich eine wichtige Geschichte. Entlang der Parkautobahn ist vor einigen Monaten aufgetaucht, dass durch die Ableitung der versalzten Entwässerung viele Brunnenanlagen stark verunreinigt sind, und zwar so stark verunreinigt, dass das Wasser dort nicht mehr genießbar ist. Also es ist nicht mehr trinkwassertauglich. Es hat dann Verhandlungen gegeben zwischen diesen betroffenen HauseigentümerInnen, BrunneneigentümerInnen aber auch Fischteichanlagen waren übrigens massiv in Mitleidenschaft gezogen und große Schäden sind entstanden, die haben alle verhandelt mit der Asfinag, die Asfinag hat mittlerweile vieles schon saniert, aber nur dahingehend, dass eben dort in diesen Brunnenanlagen dann Ersatzwasser zur Verfügung gestellt worden ist. Es gibt aber keine wirkliche Einsicht, dass bei den baulichen Maßnahmen entlang der Autobahn etwas zu tun ist und hier tobt – muss man fast schon sagen – ein Krieg zwischen einer Bürgerinitiative und den Behörden. Wie gesagt, die Asfinag ist ja in dem Fall so, dass sie sich nur darauf beruht, dass ja die Behörde alles bewilligt hat. Es gibt wirklich viele sehr, sehr rätselhafte Ableitungen, die mit Sicherheit nicht in dem Konsens sind, in dem bewilligten Konsens. Es gibt auch mittlerweile Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft gegen Beamte, die dort involviert sind. Und das Ganze ist deshalb so relevant im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie und mit der wasserwirtschaftlichen Planung, weil es einfach kein Gesamtkonzept gibt für diese Region da draußen, wo es darum geht, die Trinkwasserversorgung für die Region sicherzustellen. Es sind im übrigens auch Anlagen von Wassergenossenschaften involviert und betroffen von der ganzen Thematik, sodass da wechselseitig Wasser dazugekauft werden muss, um überhaupt die Qualität erreichen zu können, dass man die Bevölkerung versorgen kann. In einem Land, das so viel Wasser hat, dass es normalerweise kein Problem sein dürfte. Also so etwas ist schon etwas wo ich mich frage: Wie schaut es denn wirklich aus hier bei uns im Land im Durchsetzen der Interessen der Bürgerinnen und Bürger, dieses wesentliche Lebensmittel Wasser in einer Qualität auf Dauer zu erhalten, dass auch sichergestellt ist, dass man etwas gesundes zu sich nimmt. Also, wie gesagt, ganz toll ist das nicht. Die Regionalprogramme alleine, die reichen noch längst nicht aus, um das was notwendig wäre, sicherzustellen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – 13.05 Uhr)

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet, Landesrat Seitinger. Bitte sehr, Herr Landesrat.

Landesrat Seitinger - ÖVP (13.05 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin, liebe Frau Landesrätin, Herr Landesrat, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Damen und Hörer in den Zuschauerreihen!

Liebe Kollegin Sabine Jungwirth, nur ein paar Klarstellungen zum Gesagten. Zum Ersten was die Budgetplanung anbelangt und deine Kritik diesbezüglich. Ich möchte es vielleicht ganz einfach darstellen. Es ist derzeit, wie du ja weißt, eine sehr, sehr schwierige Situation am Strommarkt, insbesondere in Bezug auf die Einspeisetarife gibt es verschiedenste Diskussionen und auch Perspektiven, daher überlegen sich sehr viele Kraftwerksbauer ein Projekt, zumindest die Unbefristeten, ein Projekt entsprechend auszuweiten nach dem Stand der Technik anzupassen, weil sie nach dem derzeitigen wirtschaftlichen Rechnungen, die sie aufstellen können, das niemals in dieser Laufzeit sozusagen rechtfertigen können. Das ist momentan der tatsächliche Punkt, wo viele zu mir kommen und sagen: „Schau, es lässt sich nicht darstellen. Was soll ich jetzt machen?“ Jetzt hat man eine unbefristete Anlage oder auch zum Teil eine befristete Anlage, ich weiß, was es kostet wenn man eine Fischaufstiegshilfe bauen muss, und die entsprechenden Erweiterungen bauen muss. Derzeit kann ich nur sagen: „Nicht machen“, denn das Geld sieht man nie mehr wieder, zumindest nicht in einer überschaubaren Amortisationszeit. Das ist unser erstes Problem, das zweite ist, dass natürlich einzelne Investitionen, die sie dort machen müssen, tatsächlich im Verhältnis zum bestehenden Bauwerk sehr, sehr teuer sind. Also, das muss man auch berücksichtigen. Von der Sinnhaftigkeit einzelner Fischaufstiegshilfen will ich jetzt nicht reden, weil wenn man da schon einmal drei Aufstiegshilfen braucht – eine für schwimmschwache Fische, eine für wanderwillige Fische und eine für sonstige Fische, dann muss man sich schon überlegen, wo das hingeht. Und da würde ich auch dich einmal bitten, und die Grünen im Besonderen bitten, dass sie gerade in dem Zusammenhang mit immer wieder genannten Fakten rund um diese Ökologisierung dieser Anlagen auch bisschen sozusagen, den Weg der Vernunft gehen, um nicht hier sozusagen endlose Ausweitungen dieser Vorgaben immer wieder zu provozieren. Wir wissen, dass das sehr oft aus dieser Ecke kommt. Jetzt sage ich gar nichts zu Fischotter, Reiher und Kormorane, wenn ich mir so eine Fischaufstiegshilfe anschau, das sind ja die elitärsten Anrichten für solche hungrigen Tiere und da denke ich mir oft, für wen bauen wir die. Bauen wir die Anrichten für die Reiher, für die Fischotter oder für die Kormorane oder

bauen wir sie für die Fische, die vielleicht einen Schritt weiterkommen sollen und das mit entsprechender Millionenhöhe. Ich habe gerade ein Kraftwerk eröffnet, 20 Millionen Euro, vier Millionen Euro Investment nur für diese Umweltmaßnahmen, die hier vorgegeben worden sind. Wie gesagt, drei Fischaufstiegshilfen in der besonderen ausgeführten Technik. Das ist das Erste, das Zweite, danke dem Stefan Hofer und Franz Fartek auch für die Anerkennung der Leistungen, die passiert sind in den letzten Jahren, und das waren sehr, sehr viele. Wir haben hier sehr, sehr viel Geld investiert und wir sind auch für unsere besonderen Maßnahmen im Bereich der LIFE-Projekte, wie du ja weißt, auch hoch ausgezeichnet worden. Wir sind um einen kleinen Punkt nicht hier Weltmeister geworden mit einer Sonderanlage, in der wir auch in der Steiermark investiert haben. Da sind wir sehr stolz darauf. Und das Letzte, und das ist jetzt der entscheidende Punkt auch was die Schwarze Lafnitz angeht. Ich möchte das auch klarstellen, wir wurden hier nicht eingebunden im Vorgespräch. Die Anlagenbetreiber wollten hier den einfachsten Weg gehen, die Wasserrechtsbehörde zu fragen und damit so quasi ist alles getan. Erst als die Verhandlung stattgefunden hat wurden wir eingebunden und, ich möchte das sehr klar und deutlich sagen, natürlich, da gebe ich dir schon recht, eine Abstimmung zwischen 13er und 14er muss gerade in solchen Punkten in Zukunft besser erfolgen. Dafür werden wir beide, der Kollege Leichtfried und meine Wenigkeit, ganz sicher auch beitragen, das ist auch in unserem Sinne. Aber dort sind auch die Bürgermeister dagegen, dass dieses große Projekt umgesetzt wird. Einem kleineren Projekt, was durchaus hier möglich wäre, hätten beide zugestimmt, aber der großen Lösung, die hier vom Investor angedacht war, fand auch nicht die Zustimmung der Gemeinden und nicht nur der Bürgerbewegungen. Also, das möchte ich sage. Das hat aber jetzt keinen Zusammenhang mit den Gutachten, die die Fachbehörde hier abgibt, denn wir müssen hier nicht nach Bauch entscheiden, sondern nach fachlichen Kriterien entscheiden und so ist letztlich auch die Entscheidung derzeit so wie sie ist, du hast es ja angesprochen. Wie gesagt, ich kann nur sagen, dass Abstimmungen diesbezüglich in Zukunft sicher besser koordiniert werden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.11 Uhr)*

Präsidentin Khom: Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, komme ich nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 329/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zum Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 329/3 gab es den Antrag einer punktuellen Abstimmung.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 329/3 betreffend Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu Punkt 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Grünen und KPÖ abgelehnt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 329/3 betreffend Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu Punkt 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP, SPÖ, KPÖ und der Grünen angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 329/4, betreffend Flüchtlingsreferat mit genügend regulärem Personal ausstatten ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der KPÖ, FPÖ und Grünen keine Mehrheit.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

N1. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 341/1, betreffend Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 2010 geändert wird.

Als Erste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Mag. Barbara Eibinger-Miedl.

LTabg. MMag. Eibinger-Miedl - ÖVP (13.13 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren im Zuschauerraum und auch im Internet!

Hinter dieser Novelle des Landesverfassungsgesetzes steckt vor allem eine Novelle aus dem Finanzbereich und zwar geht es einerseits um die von uns eingeführte Schuldenbremse, die wir 2007 im Land Steiermark auf Initiative von dem damaligen Finanzlandesrat Dr. Christian Buchmann eingeführt haben, und wo die Steiermark es sich als erstes Bundesland in Österreich selbst auferlegt hat, dass wir maximal 3 % Nettoneuverschuldung eingehen möchten. Bereits damals wurden zwei Ausnahmen zu dieser möglichen Überschreitung getroffen und zwar einerseits der Bereich der Wirtschaftskrisen. Sie wissen, 2007 hatten wir mit der Finanz- und Wirtschaftskrise massiv zu kämpfen und damals war es auch notwendig und erforderlich, dass man sowohl den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, als auch den Betrieben unter den Arm greift und sozusagen diese Krise mit ihnen gemeinsam überwindet. Es gab damals viele Initiativen, gerade auch im Bereich der Kurzarbeit und daher hat man sich damals darauf verständigt, im Rahmen von Wirtschaftskrisen soll auch ein Mehr an Verschuldung möglich sein. Der zweite Punkte, auf den man sich damals verständigt hat war der Bereich der Naturkatastrophen. Auch da ist es leider so, dass die Steiermark und Österreich immer wieder und immer mehr Auswirkungen durch den Klimawandel auch zu bewältigen hat, und wo die Landesregierung bisher immer sehr gut, schnell und unbürokratisch auch unterstützt hat, wenn es darum gegangen ist z. B. bei Überschwemmungen usw. unter die Arme zu greifen. Also neben Wirtschaftskrisen auch der Bereich der Naturkatastrophen ausgenommen. Heute geht es darum, dass wir einen dritten Bereich hier ausnehmen von einer möglichen Mehrverschuldung, und zwar den Bereich einer humanitären Krise, wie wir sie derzeit im Zusammenhang eben mit den Flüchtlingen auch erleben. Für uns ist ganz klar, dass eine Ausnahme, die für die Wirtschaft und für die Natur zu gelten hat, selbstverständlich auch für die Menschen zu gelten hat und daher setzen wir uns dafür ein, diesen Bereich auch für humanitäre Krisen aufzumachen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Eine weitere Neuregelung in dieser Verfassungsnovelle betrifft die Verschiebungen von Aufgaben der Landesregierung. Auch hier hat es sich als notwendig und sinnvoll erachtet, dass, wenn jetzt Änderungen in der Geschäftsordnung sind oder wie es heuer nach der Landtagswahl der Fall war, dass man statt neun Regierungsmitgliedern nur acht Regierungsmitglieder hat, dann sind wir vor der Herausforderung gestanden, dass schon vor

Zustimmung des Landtages Auszahlungen fällig waren. Und wir beschließen heute, dass termingebundene Ausgaben, und nur termingebundene – sprich, wo wir Termine einzuhalten haben bzw. die Landesregierung – auch schon auszahlen dürfen, bevor der Landtag zugestimmt hat, allerdings mit der Einschränkung: Nur Mittel, die auch schon bereits dafür reserviert sind. Also, ich denke, auch das ist im Sinne der Steirerinnen und Steirer zu regeln, weil die weitere Konsequenz wäre ja, dass wir als Land Steiermark Vertragsverletzungen begehen, dass wir möglicherweise Verzugszinsen zu zahlen haben, und das wäre natürlich nicht wünschenswert. Das sind aus unserer Sicht die zwei Kernbereiche dieser Novelle, wo ich Sie alle um Zustimmung bitte.

Ich darf ganz kurz eingehen auch auf den Entschließungsantrag, der von der Freiheitlichen Partei im Pallastsystem schon eingebracht wurde, wo sie die Obergrenzen ansprechen auch bei Asylwerberinnen und Asylwerbern. Da möchte ich dazu sagen, das ist ein sehr, sehr sensibler Bereich, wo man eine behutsame Diskussion führen muss. Sie fordern hier die Landesregierung auf sich mit der Thematik zu befassen. Dazu darf ich verweisen, was der Landeshauptmann in den letzten Wochen auch getan hat. Gerade der Landeshauptmann hat hier sehr klare Worte immer gefunden auch in Richtung Wien, sowohl intern als auch extern in der Öffentlichkeit und das immer mit sehr sorgfältiger Wortwahl, weil gerade in diesem sensiblen Bereich geht es darum, dass wir den Zusammenhalt der Gesellschaft bewahren und eben nicht durch falsche Wortwahl gefährden. So hat er es auch zuletzt getan und darauf wird auch im Antrag Bezug genommen, als es darum geht, dass er im Namen der gesamten Landesregierung die Solidarität der anderen Bundesländer eingefordert hat, was die Notquartiere betrifft. Hier ist es so, dass die Steiermark ein Drittel der Notunterkünfte zu stemmen hat, wo wir dringend ersuchen, dass die anderen Bundesländer uns hier unter die Arme greifen, und da hat er, wie gesagt, sehr klare Worte gefunden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Im Antrag der FPÖ wird aber, wie leider so oft, sehr vieles vermischt, dazu gepackt, so dass wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Der Bezug, der auf den Landeshauptmann genommen wurde, den habe ich soeben erläutert.

Zur Landesverfassungsänderung bitte ich wie gesagt um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.18 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Anton Lang. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTabg. Anton Lang - SPÖ (13.19 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frau Klubobfrau hat diese Änderung dieser Gesetzesnovelle schon bestens erklärt, da kann man wirklich nichts hinzufügen. Ich darf mich daher darauf beschränken zu beantragen diesen Gesetzesentwurf gem. Art. 72 Abs. 3 LV-G für dringlich zu erklären und um Ihre Zustimmung zu ersuchen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.19 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, bitteschön.

LTabg. Klimt-Weithaler - KPÖ (13.19 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Zuhörende!

Ich möchte nur, wie ich es im Ausschuss auch schon gemacht habe, jetzt eine punktuelle Abstimmung beantragen und zwar deswegen, weil wir dem Punkt 4 nicht unsere Zustimmung geben werden. Das ist sozusagen jener Teil, dem wir auch im Vorfeld, wie es um die Haushaltsnovellierung gegangen ist, nicht unsere Zustimmung geben werden. Also bitte ich um eine punktuelle Abstimmung. *(13.20 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

LTabg. Kunasek - FPÖ (13.20 Uhr): Danke, Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf es auch kurz halten und einfach vorwegnehmen, dass wir der vorliegenden Novelle aus einigen Gründen nicht zustimmen werden. Die Frau Klubobfrau hat ja schon das eine oder andere erörtert, ich sage aber auch, dass es auch, wenn einiges repariert wurde, auf Grund auch der Diskussion im Unterausschuss, es zu einer Aushöhlung auch der Budgethoheit des Landtages kommt und ich sage auch, dass wir mit der Frage, wer eine humanitäre Krise definiert, noch keine passenden Antworten erhalten haben. Ich weiß, dass Gegenargument ist: Wer definiert eine Wirtschaftskrise? Auch über das kann man diskutieren, also ist es insgesamt für uns auch ein Grund dieser Vorlage in diesem Sinne nicht auch zuzustimmen. Ich sage auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es eine Anlassgesetzgebung ist. Wir alle wissen, dass Anlassgesetzgebungen oftmals eher suboptimal

sind. Und wir sagen deshalb auch, und da verwundert mich jetzt auch die Aussage von Kollegin Eibinger, dass wir eine Diskussion über eine Obergrenze im Flüchtlingsbereich sehr wohl führen sollten. *(Beifall bei der FPÖ)* Es gibt in unserem Entschließungsantrag, den ich dann noch einbringen werden, keine Zahl. Es ist nur eine Diskussion zu führen. Und selbst Frau Minister Mikl-Leitner hat heute in der Früh vor dem Ministerrat, ich zitiere, gesagt: „Eine Obergrenze ist natürlich anzudenken“. Und genau dieses Andenken haben wir auch in den letzten Sitzungen auch des Landtages immer wieder angeregt, haben auch dieses Andenken per Antrag entsprechend eingebracht, aber leider seitens der ÖVP und seitens der SPÖ wurde dieser Antrag ja immer wieder auch abgelehnt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf jetzt zunächst diesen Entschließungsantrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

1. an die Bundesregierung heranzutreten und sich für eine Festlegung einer Obergrenze an aufzunehmenden AsylwerberInnen in der Steiermark einzusetzen und
2. eine Ober- bzw. Untergrenze im Sinne des Landeshaushaltsgesetzes für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen festzulegen.

Ich darf weiters einen Antrag auf punktuelle Abstimmung hinsichtlich Art. 19a Abs. 2, Abs. 4 und Abs. 5 einbringen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 13.23 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Lambert Schönleitner. Bitte schön, Herr Kollege.

LTAbg. Schönleitner - Grüne (13.23 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte nur ganz kurz begründen, warum wir zustimmen. Kollege Kunasek, wenn du sagst, dass die Budgethoheit ausgehöhlt wird, du weißt, dass wir das repariert haben. Wir haben im Ausschuss diskutiert. Das ist eigentlich draußen, diese Passage, und eigentlich ist sie weg und aus dem Grund kann man schon sagen, Anlassgesetzgebung, aber ich glaube, verantwortungsvolle Politik muss halt auch dann handeln, wenn man sieht, dass es finanzielle Erfordernisse gibt. Und wenn wir die Flüchtlingssituation sehen vor unserer Grenze und auch die Aufgaben, was die nächsten Jahre anlangt, wo es um Integrationsmaßnahmen geht, dann ist es auch verantwortungsvoller auf einen Anlass zu reagieren zu sagen: „Wir ändern die Landesverfassung auch für diesen Teil“. Du hast selbst die Sache mit der Wirtschaftskrise

angesprochen. Auch sie kann man nicht ganz definieren. Das ist eine Verfassungsbestimmung. Verfassungen haben das an sich, man kann sich verschiedene Verfassungen anschauen, dass Begriffe nicht so genau definiert sind. Das haben Verfassungen so an sich, aber ich glaube, wir wissen alle was wir meinen. Und ich glaube, es ist eine hohe Verantwortung, und das ist bei diesem Punkt dann einmal wichtig zu sagen, nämlich nicht nur die momentanen finanziellen Belastungen zu sehen, sondern auch die Integrationsmaßnahmen, die wir im Bildungsbereich, in unterschiedlichen Bereichen in den nächsten Jahren setzen müssen. Ich glaube, es ist geradezu eine Investition in die Zukunft, denn ansonsten werden uns die Kosten in den Folgejahren in der Jugendwohlfahrt oder wo auch immer im vermehrten Ausmaß wieder zurückkommen. Aus diesem Grund gibt es natürlich für diese Änderung der Landesverfassung die Grüne Zustimmung. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ – 13.25 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt nun keine weitere Wortmeldung vor, wir kommen nun zur Abstimmung:

Gemäß Art. 27 L-VG iVm § 58 GeoLT kann ein Verfassungsgesetz nur bei Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

Ich stelle fest, dass das erforderliche Anwesenheitsquorum gegeben ist.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden von der FPÖ und von der KPÖ Anträge auf punktuelle Abstimmung hinsichtlich Art. 19a Abs. 2, Abs. 4 und Abs. 5 gestellt. Ich werde daher über diese Absätze gesondert abstimmen lassen und danach über den Rest des Gesetzes.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 341/4, enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich Art. 19a Abs. 2 - ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit von SPÖ, ÖVP, den Grünen und der KPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 341/4, enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich Art. 19a Abs. 4 - ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Grünen, gegen den Stimmen der KPÖ und der Freiheitlichen angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 341/4, enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich Art. 19a Abs. 5 - ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, den Grünen und der KPÖ, gegen die Stimmen der Freiheitlichen angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 341/4, enthaltenen Ausschussantrag – hinsichtlich der übrigen Bestimmungen - ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen,

Bei diesem Tagesordnungspunkt wurde weiters ein Antrag auf Dringlicherklärung gemäß Art 72 Abs. 3 L-VG gestellt.

Für diesen Antrag ist ebenso eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag auf Dringlicherklärung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit von ÖVP, SPÖ, Grünen gegen die Stimmen der Freiheitlichen und der KPÖ angenommen.

Damit ist auch hier das notwendige Konsensquorum gegeben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 341/5 betreffend Festlegung einer Höchstzahl an Asylwerbern ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und KPÖ abgelehnt, er hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 331/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Grenzen für die Bürgerinnen und Bürger schützen.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordneter Marco Triller.

LTAbg. Triller - FPÖ (13.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher!

Ich gratuliere vorweg der ÖVP zu Ihrem Schwenk zum Positiven, sage ich einmal, nach dem sogenannten Leitsatz „gut Ding braucht Weile“ hat auch der Herr Landeshauptmann die richtigen Worte zu dieser Situation in der Flüchtlingsfrage gefunden. Ein wenig spät, aber doch. Ich hoffe, dass auf diese Worte von Herrn Landeshauptmann dann auch Taten folgen werden. Und hoffentlich finden diese Worte auch bei der ÖVP-Innenministerin Gehör und werden auch umgesetzt. Ich möchte nur einige davon darstellen. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt: „Wer bei uns bleiben will, muss Deutsch lernen, muss arbeiten wollen, muss unsere Rechtsordnung und muss unsere Religionsfreiheit akzeptieren. Jene Asylwerber, die sich nicht an diese Punkte halten, müssen sofort zurückgeschickt werden. Da brauche ich kein langes Verfahren“, so der Herr Landeshauptmann. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Einsatzorganisationen und Helfer vor Ort leisten wirklich großartige Arbeit und ja, es hat sich einiges zum Guten geändert. Ja, es werden Flüchtlinge mittlerweile zum Teil registriert und auch organisiert verteilt. Aber noch immer nicht so weit, wie es sein sollte. Die Betreuer und Helfer vor Ort, auch die Einsatzorganisationen sind zum Teil erschöpft und überfordert und dahingehend muss man sich auch überlegen, wie werden diese abgelöst. Sie müssen und sie können nicht alleine da wirklich eine lange Zeit vor Ort bleiben, um die Flüchtlinge zu kontrollieren, aber auch zu verteilen. Und wir müssen uns ehrlicherweise eingestehen, dass die Kapazitäten wirklich erreicht sind. Frau Kollegin Schweiner hat davon gesprochen, dass das Glas halb voll ist. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, dass es keine Kapazitäten mehr gibt, das heißt, auch in der Regierungskoalition gibt es da Widersprüche und Unstimmigkeiten. Aber ich sage auch, ja, die Kapazitäten sind voll und wir können keine weiteren Flüchtlinge in der Steiermark mehr aufnehmen. *(Beifall bei der FPÖ)* Schon

während der Registrierung, welche ja an den EU-Außengrenzen stattfinden müssen, soll auch eine Registrierung durchgeführt werden, wo man feststellt, ob diese Person ein Wirtschaftsflüchtling ist oder ob es sich wirklich um einen schutzsuchenden Asylanten handelt. Auch der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes, August Hanning, rät zur Grenzsicherung und sieht in genau diesen offenen Grenzen das momentan größte Risiko für den Import für Terror. Es kommen Terroristen und Kämpfer des IS ohne Kontrolle nach Europa. Diese können sich frei bewegen, machen was sie wollen. Die Beobachtung von all diesen Personen ist nicht möglich, weil eben die verschiedensten Verfassungsdienste, Nachrichtendienste, aber auch die Ämter das nötige Personal dazu nicht haben. Und auch in diesen Bereichen muss das Personal aufgestockt werden und die Innenministerin hat ja unlängst versprochen: „2.000 Polizisten werden nachbesetzt“. Abgesehen davon, dass es jetzt auf einmal, weil es ja ein Bundesrat angesprochen hat, nur mehr 1.000, nur mehr 1.000 Polizisten sind, wäre es auch zu überlegen, dass einmal die unbesetzten Planstellen in der Polizei besetzt werden und nicht 1.000 oder 2.000 Polizisten fordern, weil im Endeffekt in den Inspektionen vor Ort gibt es ja die Polizisten nicht einmal, weil die Planstellen nicht besetzt sind. *(Beifall bei der FPÖ)* Des Weiteren ist zu bedenken, auch die illegale Einfuhr von Drogen, welche natürlich auf Grund der offenen Grenzen mehr als vereinfacht wurde. Die Balkanroute war ohnehin schon eine der Hauptrouten für den Drogenschmuggel, was dafür spricht, dass unsere Grenzen noch mehr geschützt werden müssen. Keine Lösung ist jedenfalls, Jihadisten mit Fußfesseln zu bestücken, Jihadisten unter Schützer von Terroristen, Terroristen an sich selbst bzw. Kämpfer einer Terrororganisation wie z.B. dem IS gehören sofort in U-Haft genommen und in Folge dessen strafrechtlich verurteilt und in eine geschlossene Jihadisten-Haftanstalt eingeliefert. Daher, werte Landesregierung, machen Sie bitte Druck auf die Bundesregierung, vor allem auf die Innenministerin und sorgen Sie dafür, dass die Grenzlinien geschlossen werden, um eine Kontrolle durchzuführen und die Kriminalität sowie der Terror verhindert werden kann. *(Beifall bei der FPÖ – 13.55 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

LTAbg. Kunasek – FPÖ (13.35 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, wir haben ja schon mehrmals festgehalten, dass alles, was wir im Raum Spielfeld an unseren Staatsgrenzen machen, natürlich Symptombekämpfung im weitesten Sinne ist, weil wir ja wissen, dass diese Problematik nicht, die erst in Spielfeld entsteht oder in Slowenien, natürlich an den EU-Außengrenzen auch entsprechend abzarbeiten ist. Aber wenn wir wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass eben die Europäische Union bis heute nicht in der Lage ist einen klaren politischen Willen zu erzeugen, diese Kontrollen auch endlich durchzuführen, auch endlich, so wie es auch der Landeshauptmann jetzt seit einigen Tagen fordert, eine klare Trennung zwischen Konventionsflüchtlingen durchzuführen und Wirtschaftsflüchtlingen durchzuführen, dann ist es unsere Pflicht auch, für die Sicherheit an unseren Grenzen zu sorgen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich sage deshalb auch, es ist nicht erst seit den furchtbaren Ereignissen in Frankreich, sondern schon längst an der Zeit, endlich auch in Spielfeld geeignete Maßnahmen auch zu setzen, um Personenkontrollen durchzuführen, um Gepäckkontrollen durchzuführen und um zu verhindern, dass – wir wissen ja heute eben auf Grund der Anschläge in Paris – um zu verhindern, dass Personen und Menschen unkontrolliert, bewaffnet durch Österreich durchfahren können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben deshalb auch in der letzten Woche bereits gemeinsam mit dem Brigadier in Ruhe, Josef Puntigam, ein Konzept vorgestellt, das sicherstellen würde, dass wir sichere Grenzen hätten, dass wir in geordneten Bahnen auch einen ordentlichen Ablauf sicherstellen können, aber vor allen Dingen eines sicherstellen, dass auch die Bevölkerung, die betroffene Bevölkerung wieder Vertrauen in die Einsatzorganisationen, Vertrauen in die Politik gewinnt, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich sage auch, ich bin froh, dass der Herr Landeshauptmann jetzt, und ich zitiere aus der Kronen Zeitung vom Wochenende sagt: „Wenn ich ins Zelt gehe, da sind kaum noch Kriegsflüchtlinge, sondern hauptsächlich Wirtschaftsflüchtlinge“ oder wenn er sagt: „Wir bringen keinen einzigen Flüchtling mehr unter“, und wenn er hier auf FPÖ-Linie auch in gewissen Bereichen schwenkt, dann sage ich, das sind Lippenbekenntnisse, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir sollten hier auch, und das sage ich ganz besonders in Richtung der ÖVP, jetzt endlich auch daran gehen, auch Taten zu setzen, auch umzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Und einem Konzept zuzustimmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das keine Erfindung der Freiheitlichen Partei ist, sondern schon seit neun Jahren auch vom Bundesheer, von der Exekutive gelebt werden könnte, wenn man es nur politisch wollen würde. Und ein Konzept, das uns jetzt vorliegt, das ich heute auch einbringen werde, was dafür gesorgt hat, dass wir an der Grünen Grenze im Burgenland und

in Niederösterreich in den letzten Jahrzehnten sehr gut auch in der Lage gewesen sind, die Grüne Grenze zu überwachen und das Gleiche auch bei uns hier in der Steiermark möglich wäre. Und ein Konzept heute hier zu beschließen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo wir uns nicht über die Begrifflichkeit „Zaun, nicht Zaun, Türl mit zwei Seitenteilen“ oder sonstigen unterhalten müssen, sondern eine klare Ansage auch wäre: Ja, in Österreich wird kontrolliert, registriert und für die Sicherheit der Bevölkerung gesorgt, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich darf deshalb folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, folgendes Sicherheitskonzept zur Entschärfung des „Hot-Spots“ Spielfeld umzusetzen:

1. Erweiterung des „Hot-Spots“ Spielfeld zur Erreichung einer Aufnahmekapazität von 10.000 Menschen unter Nutzung des gesamten Areals zwischen der Autobahn A9 und der Eisenbahnstrecke. Die Flanken (A9 und Bahnstrecke) sowie – überall dort, wo es notwendig und technisch sowie rechtlich möglich ist – der Verlauf der Grenze sind durch Zäune und Absperrgitter nahtlos zu sichern.
2. Erhöhung der Einsatzkräfte des Bundesheeres in Spielfeld um das Dreifache.
3. Unterteilung des „Hot-Spots“ Spielfeld in die drei Bereiche Sammelbereich, Registrier- und Kontrollbereich und Warte- und Betreuungszone.
4. Setzung nachhaltiger Dauermaßnahmen: Die Überwachung der Grünen Grenze östlich und westlich des „Hot-Spots“ Spielfeld durch Militär und Polizei ist nach dem Modell „Assistenzeinsatz Burgenland“ durchzuführen einschließlich einer Überwachung in der Tiefe. Hierzu sind Beobachtungstellen einzurichten und Eingreifkräfte bereitzuhalten, um im Zwischengelände erkannte Flüchtlingsbewegungen zu stellen, zu überprüfen und dann in die hierfür notwendigen Zwischenlager zur Registrierung und zum Abtransport zu bringen.
5. Zur effektiven Führung und Kommunikation im gesamten Grenzgebiet ist ein Koordinationsstab mit gesamtheitlichen Kommando einzurichten

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage es hier auch zum wiederholten Male, aber noch einmal hinsichtlich auch der furchtbaren Anschläge in Paris: Jeder, der sich jetzt nicht für effektive Grenzkontrollen ausspricht, der macht sich zum Gehilfen des Terrors. Und das möchte ich hier auch ganz offen im Landtag ansprechen *(Beifall bei der FPÖ – 13.40 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Anton Lang, bitteschön.

LTAbg. Anton Lang – SPÖ (13.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, es ist ja nicht das erste Mal, dass wir also hier Anträge und Ausführungen zu diesem Thema von Ihnen hören. Es hat schon viele Tagesordnungspunkte gegeben, Entschließungsanträge und sogar einen Sonderlandtag, wo wir uns über dieses Thema ausführlich unterhalten haben. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Es gibt immer wieder Punkte, die Sie anführen, wo ich der Meinung bin, dass man darüber ruhig diskutieren könnte. Aber wissen Sie, wo das Problem ist und vor allem mein Problem? Das ist nämlich die Begleitmusik, wie es so schön heißt, die Begleitumstände. Was ist sonst alles zu diesem Thema zu sagen, was man landauf, landab hört, was man über den sozialen Medien von sich gibt? Wenn Sie es mir nicht glauben, Herr Klubobmann Kunasek, dann schauen Sie sich ein bisschen die sozialen Medien an, was also hier alles verbreitet wird, z. B. über die Baumaxhalle und das Problem der dort Untergebrachten im Raum Leoben. Dann gibt es eigentlich keine andere Möglichkeit, als mit Ihnen nicht in diesen Punkten übereinzustimmen. Ich darf Sie erinnern: Wir haben eine ausführliche Diskussion geführt hier im Landtag, es wurde ein entsprechender Entschließungsantrag von ÖVP/SPÖ eingebracht, wo wir ganz klar festgehalten haben, welche Aufgaben die Bundesregierung zu erfüllen hat, aber vor allem – und das ist mir ganz besonders wichtig – auch die Europäische Union. Und an diesen Punkten hat sich bis heute nichts geändert, daher werden wir auch Ihrem Entschließungsantrag nicht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.42 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Lukas Schnitzer. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Schnitzer - ÖVP (13.42 Uhr): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, hier im Steirischen Landtag!

Eines möchte ich am Beginn schon festhalten - der Herr Kollege ist scheinbar jetzt nicht im Saal: Aber das, lieber Marco, was du wieder zum Besten gegeben hast, ist genau das, was es hier nicht braucht. Nämlich es braucht, geschätzte Damen und Herren, keine Angst- und

Panikmache, sondern es braucht eine ordentliche und ehrliche Sachpolitik. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ, LTAvg. Amesbauer, BA: „Langweilig!“)* Geschätzte Damen und Herren, ja, es ist die ureigenste Kernaufgabe eines Staates, seine Grenze für die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Wenn ein Staat dies aufgibt, verliert er seine Staatlichkeit und damit auch seine Souveränität. Und insofern, von der Chronologie her, Herr Kollege Amesbauer und Herr Kollege Kunasek, müssten Sie schon auch festhalten und auch feststellen, dass die Steirische Landesregierung bereits am 17. September an die Bundesregierung herangetreten ist, um vorübergehende Grenzkontrollen auch durchzuführen. Das zeigt, geschätzte Damen und Herren hier im Landtag, dass diese Steirische Landesregierung, Hermann Schützenhöfer und sein Stellvertreter rasch gehandelt haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* An dieser Stelle ist es mir aber auch ein besonderes Anliegen – wir haben zwar noch einen Tagesordnungspunkt dazu, aber man kann es nicht oft genug tun – einen Dank an die Einsatzorganisationen auch auszurichten, egal ob Polizei, die Angehörigen des Bundesheeres oder die vielen ehrenamtlichen Helfer vom Roten Kreuz oder anderen Einrichtungen, die tagtäglich stundenlang einen hervorragenden Beitrag leisten, egal ob in Bad Radkersburg oder in Spielfeld oder beim alten Praktiker, sie leisten hier Großartiges und das hat unseren Dank auch verdient. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren: Ja, es geht darum, eine ehrliche und auch eine ordentliche Sachpolitik zu betreiben. Vielleicht würde dieser steirische Zugang unseres Herrn Landeshauptmannes auch – so kritisch kann man durchaus sein – dieser österreichischen Bundesregierung gut tun und ein steirischer Wind schadet sicherlich auch nicht in Wien, geschätzte Damen und Herren.

Wir haben, geschätzte Damen und Herren, und der Herr Kollege Triller hat es auch angesprochen, auch eine zweifache Verantwortung. Auf der einen Seite die Verantwortung gegenüber jenen Menschen, die zu uns nach Österreich, nach Europa kommen, weil sie vor Krieg, Terror oder vor dem IS flüchten, hier in Österreich auch humanitären Schutz zu geben. Das sind junge Männer, junge Frauen, Familien, die daheim vor Krieg und Terror flüchten. Solchen Menschen müssen wir helfen. Und, geschätzte Damen und Herren, ja, es ist selbstverständlich auch unsere Aufgabe, hinkünftig Menschen, die aus anderen Überlegungen, rein wirtschaftlichen Überlegungen oder sonstigen Gründen ..., hier auch mitzuteilen, dass auf Dauer kein Platz hier in Österreich sein muss. Eines ist mir als junger Mensch schon wichtig auch zu betonen: Wir alle leben in einem Europa oder sind aufgewachsen in einem Europa und es braucht auch hier einen Systemwechsel in Europa. Ja, es braucht endlich diese

Grenzsicherungen an den EU-Außengrenzen, wo man Hotspots einrichtet, es braucht auch einen Systemwechsel, wenn es dahingehend geht, Asylanträge vor Ort bereits in den Fluchtländern zu stellen, das würde auch einen entschiedenen Kampf und eine entschiedene Maßnahme letztlich gegen die Schlepperei darstellen. Das Dritte: Es braucht auch einen entschiedenen Systemwechsel, wenn es darum geht, einen Kampf vor Ort gegen den IS, aber auch gegen die Fluchtursachen durchzuführen. Das ist, geschätzte Damen und Herren, unsere humanitäre Pflicht und wir haben das auch in unserem Antrag formuliert. Das hört die FPÖ irgendwie nicht so gerne, aber das ist die einzige Möglichkeit, diese Herausforderung langfristig zu lösen. Es kann nur die richtige Antwort in dieser Frage nicht ein Weniger, geschätzte Damen und Herren, sondern nur ein Mehr an Europa sein. Das ist die richtige Antwort. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren, nur ganz kurz zum Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei: Ich glaube, dass es sinnvoller ist, dass man die Grenzsicherung jenen Experten des BMI's, aber auch des Verteidigungsministeriums überlässt, anstatt einem ehemaligen pensionierten Brigadier. Alles Gute, danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.47 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Werner Murgg. Bitte schön.

LTAbg. Dr. Murgg - ÖVP (13.47 Uhr): Danke, liebe Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Ich kann es kurz machen, ich wollte jetzt eigentlich nicht noch einmal herausgehen, weil ich habe den essentiellen Antrag das letzte Mal schon vorgelesen, den werden wir jetzt dann gleich abstimmen. Zu diesem ist eigentlich nicht mehr zu sagen.

Ich möchte nur zum Klubobmann Kunasek etwas sagen: Ich lasse mich von Ihnen nicht in eine Richtung bringen, wenn Sie sagen: „Wer Ihrem Antrag nicht zustimmt, der ist quasi für Terror und dafür, dass es in Österreich keine Sicherheit gibt.“ Das ist ungeheuerlich. *(Beifall bei der KPÖ, SPÖ und ÖVP)* Und Sie müssen schon aufpassen und genau lesen, welche Anträge der Landtag Steiermark – ich hoffe, heute einstimmig – beschließt. Und ich lese es jetzt noch einmal vor, mehr ist nämlich zu dieser Sache nicht zu sagen. Wir werden hier heute – hoffentlich, sage ich – einstimmig beschließen, dass die Steiermärkische Landesregierung sich an die Bundesregierung mit zwei Punkten wendet, nämlich die Sicherstellung der notwendigen personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen für Polizei und Bundesheer

zur effektiven Sicherung der Staatsgrenze. Ob sie das mit Ihrem pensionierten Bundesheeroffizier macht, oder mit einem Zaun oder mit einer ... ich weiß nicht womit, ich bin kein Sicherheitsexperte und das werden auch nicht wir hier im Landtag entscheiden. Das entscheidet die Bundesregierung. Haben Sie Ihr Konzept schon an die Bundesregierung geschickt? Weil dort gehört es hin und im Nationalrat können Sie es einbringen. Aber lassen Sie uns mit Ihren Vorschlägen hier in Frieden. *(LTabg. Kunsek: „Sicher nicht!“ – Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der FPÖ)*

Und das sage ich auch zu den Grünen. Das war das letzte Mal genauso mit dieser Trichtergeschichte, das ist Unsinn, was Sie hier bringen – das ist Unsinn! Und wenn Sie noch etwas draufsetzen und dann sagen, wer nicht dafür ist, Ihren Anträgen zuzustimmen, das ist eine Frechheit. *(LTabg. Kunsek: „Sie sind so wenig im Saal! Sie sind zu wenig im Saal anscheinend!“)* Sind ja eh genug da. *(LTabg. Kunsek: „Sie!“)* Warum? Ich bin immer da. Ich passe bei Ihren Anträgen genau auf, wie ich es mir zur Gewohnheit gemacht habe, allen Abgeordneten genau zuzuhören. Da können Sie ganz beruhigt sein.

Und jetzt sage ich noch etwas zum zweiten Punkt, dem werden wir nämlich heute, nicht einstimmig, wenn es so ist, wie es im Ausschuss war, aber mit großer Mehrheit zustimmen. Da heißt es nämlich: „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung einzusetzen für den vehementen Einsatz, für eine verpflichtende Quote auf Europäischer Ebene.“ Das passt mir nicht ganz, weil ich habe schon einmal gesagt: Eigentlich bräuchten wir eine Quote, nicht nur in Europa, sondern das ist ein Weltproblem, da muss man auch andere Staaten miteinbinden, das ist eine Sache der UNO, der UNHCR etc., aber gut, wir sind einmal in Europa, deswegen haben wir die europäische Ebene. Wenn man das genau liest und durchdenkt – und mit dem Durchdenken haben Sie offenbar, weil das für Sie ein Thema ist, gewisse Schwierigkeiten, das gestehe ich Ihnen zu – wenn man das aber genau durchdenkt, dann können Sie sich auch Ihre Obergrenzen mit dem Asyl sparen, weil das steht nämlich in der Quote drinnen. Und deswegen appelliere ich in Zukunft wirklich: Lassen Sie uns in Zukunft mit solchen Anträgen in Ruhe und in Frieden! Das gilt für alle, wenn der Landtag sich einmal ganz klar für etwas ausspricht. Und das werden wir heute tun und mehr ist dazu nicht zu sagen. Jetzt habe ich mich schon wieder aufgeregt, aber das hat sein müssen. Danke. *(Beifall bei der KPÖ, SPÖ und ÖVP – 13.51 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Lambert Schönleitner. Bitte schön, Herr Klubobmann.

LTabg. Schönleitner – Grüne (13.51 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Das ist ja direkt ungesund, Herr Dr. Murgg, wenn Sie sich dauernd aufregen müssen hier am Rednerpult. Ich kann es aber verstehen, weil natürlich regt es einen manchmal auf wie die Debatten hier herinnen ablaufen, es ist halt auch eine emotionale Geschichte. Aber ich möchte schon eines sagen, Herr Dr. Murgg, auch zu Ihnen, dass man sich Gedanken macht. Wenn man in Spielfeld unten war und sich das anschaut und sieht, was auch nicht funktioniert hat, nämlich auch im Sinne des Schutzes der Menschen – der FPÖ ist ja der Schutz der Menschen nicht wichtig – dann ist schon zu sagen, dass man eine gewisse Einschätzung hat, an was es hier fehlt. Wenn Sie sich auch dauernd aufregen, dass ich von der Trichterabfertigung gesprochen habe, von dieser Situation wegzukommen, so ist das für Menschen, speziell für Ältere, für Kinder, für behinderte Menschen, die mit den Flüchtlingen mitkommen – wir wissen, es sind auch immer mehr Familien, die jetzt kommen – dann ist es wichtig: Wie lange stehen die dort? Ist es dort warm, wenn sie kommen? Werden sie an der Spitze versorgt, von der Seite? Das sind Dinge, die wichtig sind. Wie ich unten war, war es so: Auf der slowenischen Seite am Abend hat man Feuer angezündet mit allem Möglichen, damit es irgendwie warm gewesen ist, dann sind die Leute lange in der Reihe gestanden - das war so um den 30. glaube ich, irgendwie, 30. Oktober herum – und es hat halt vieles nicht funktioniert. Weil, wenn dort Kinder kollabieren müssen, oder Menschen halt nicht so lange stehen können, dann muss man sich Gedanken machen: Was ändert man in der Situation in Spielfeld, damit es besser wird? Und wenn Sie jetzt dann noch einmal gesagt haben: „Es ist egal, wie man eine Grenze schützt“, das ist eben genau nicht egal. (LTabg. Dr. Murgg: „*Ich weiß es nicht, habe ich gesagt!*“) Ja, Sie wissen es nicht. (LTabg. Dr. Murgg: „*Ja, ich weiß nicht, wissen Sie es?*“) Nein, aber Sie haben unlängst in unsere Richtung quasi hineingerufen in den Landtag, dass das quasi lächerlich ist, eine Grenze nicht zu schützen und man kann eine Grenze ohne Zaun ... Sie haben gesagt: „Ein Staat ohne Zaun ist ein Eunuchenstaat“, so war Ihre ... (LTabg. Dr. Murgg: „*Das habe ich nicht gesagt. Sie dürfen Ihre eigene Aussendung nicht ernst nehmen!*“) ... also Herr Dr. Murgg, die Medien haben es so berichtet, das Protokoll gibt den Begriff „Eunuchenstaat“ auch wieder, also wird es wohl gestimmt haben. Aber was ich damit sagen will: Es ist mir einfach zu wenig, dass Sie sagen: „Da bin ich kein Experte, das geht mich alles nichts an.“ Ich meine, in der Politik muss man sich schon noch etwas einfordern getrauen, oder was definieren wollen, was man eigentlich will. Und Sie wollen sich halt ersparen quasi, offenbar gewissen Menschen mitzuteilen aus KPÖ-Sicht, dass es ohne Zaun auch gehen würde. Sie distanzieren sich nicht vom Zaun, dazu kann

man ja auch stehen. Das hat die KPÖ so gemacht, wir haben es gemacht aus guten Gründen, Herr Dr. Murgg. Und ich möchte es hier noch einmal sagen – das geht natürlich schon auch in Richtung der Regierungsparteien hier im Landtag, weil wir der festen Überzeugung sind, dass ein Zaunbau nicht nur von den Menschen unten vielfach abgelehnt wird, das wissen wir, wir sind in Kontakt mit jenen, nicht nur mit den Grundbesitzern, sondern dass viele sagen: „Der Zaun ist keine Antwort auf dieses Problem.“ Man muss auch vor Augen führen, dass in der Geschichte der Steiermark, in der Geschichte Österreichs dort unten nie – nicht einmal im Kalten Krieg, Herr Dr. Murgg, Sie wissen, da waren Tafeln – ein Zaun gestanden ist. Und dass natürlich der Zaunbau, der ja mehr oder weniger, wie er jetzt vorbereitet ist, völlig in den Sternen steht: Wie wird er ausschauen? Wenn er aber kommt, ist aber eines klar – und darum ist es uns wichtig, uns gegen den Zaun auszusprechen – dann stoppt er Menschen. Dann stoppt er Menschen, das ist klar, dann wird er wahrscheinlich dazu führen, wie es in anderen Ländern vermutlich in Europa bedauerlicherweise auch sein wird, dass er früher oder später halt auch dazu führt, dass wer zu Schaden kommt von den Menschen. Und das kann man wollen oder kann man nicht wollen. Wir sind der Meinung: Der Idealfall wäre selbstverständlich, das sage ich auch ganz klar, muss man Menschen, die in den Europäischen Schengenraum hereinkommen, registrieren, das haben wir Grüne immer so gesagt. Es ist auch klar, wenn die Schengen-Grenzkontrolle außen nicht funktioniert, dann sollen wir an unseren Grenzen kontrollieren, das ist für uns Grüne auch klar. Aber es ist doch die Frage: Wie ist der Zugang? Wenn die erste Antwort ist: „Ich errichte einen Zaun, wie es die Ungarn gemacht haben oder andere“, dann ist das aus unserer Sicht nicht richtig. Es ist unseriös, es gaukelt der Bevölkerung Sicherheit vor, aber wir werden eines nicht schaffen und das muss uns schon auch immer wieder klar sei, nämlich jene Menschen, die schon über das Mittelmeer geflüchtet sind, die sich wirklich höchster Gefahr ausgesetzt haben, die wirklich hier in vielerlei Zahl, Herr Dr. Murgg, zu Tode gekommen sind, wie es an vielen Zäunen auch seinerzeit in anderen europäischen Bereichen war, dass das im Grunde genommen etwas ist, was wir nicht wollen. Da muss man sich halt zu etwas bekennen. Ich glaube, man muss in Spielfeld schauen, dass die Situation verbessert wird. Ich höre, Frau Landesrätin, vielleicht können Sie das noch bestätigen, dass in den nächsten Tagen endgültig – das haben uns wir ja gewünscht – die Essensversorgung sichergestellt sein wird von öffentlicher Seite, das haben jetzt private Menschen gemacht. Das muss man sehr anerkennen, dass es funktioniert hat, dass es warmes Essen gibt, das soll jetzt dann öffentlich passieren. Auch die medizinische Versorgung – das war unser Wunsch, das war ja auch der Beschluss der letzten Sonderlandtagssitzung – soll

verbessert werden. Das sind Dinge, die wichtig sind. Man kann sie verbessern, es ist letztendlich einfach zu wenig, zu sagen, dass ein Zaun dieses Problem lösen würde. Ein bisschen wundere ich mich natürlich hier herinnen schon auch im Landtag, dass einzelne Vertreterinnen der SPÖ – Kollegin Grubesa, Kollegin Cornelia Schweiner – dass hier nicht ein klares Auftreten gegen dieses Zaunprojekt vorhanden ist. Ihr kennt die Situation vor Ort – Conny, du warst vielfach unten, du bist drinnen – und man weiß schon auch, dass viele Menschen, die vor Ort helfen, die unten sind, sich einen solchen Zaun nicht wünschen. Ich hätte mir einfach gewünscht und das ist ein Wunsch: Anerkennung für die Arbeit und für alles, aber es wäre halt schon ein Wunsch, wenn der Steirische Landtag – es wäre schön gewesen – sich in diesem Fall vom Zaunbau distanziert hätte. Ich war ein bisschen irritiert, weil die Steirische SPÖ, speziell der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, auch hier sehr schnell in Richtung Zaun unterwegs gewesen ist. Ich glaube, das muss man sich anschauen. Der Landeshauptmann der Steiermark hat sich in den letzten Wochen mehrmals zur momentanen Situation geäußert. Ich muss schon auch sagen, dass ich nicht immer glücklich war über die Äußerungen, ich hätte mir in manchen Punkten mehr Zurückhaltung erwartet. Es war immer spontan dann wieder: „Ja das ist ja arg und die Wirtschaftsflüchtlinge ...!“ Wir wissen aber halt auch, dass es nicht so einfach ist, Wirtschaftsflüchtlinge von anderen Flüchtlingen zu trennen. Das ist ganz, ganz schwierig, wenn jemand aus Gründen, weil er nichts mehr zu essen hat, weil letztendlich nichts mehr da ist, aus einem anderen Flüchtlingslager im Umfeld von Syrien flüchtet, dann ist er vielleicht ein Wirtschaftsflüchtling. Aber dennoch ist es aus meiner Sicht, wenn man sieht, wie die Leute in Spielfeld ankommen, völlig gerechtfertigt, dass man ihnen hilft. Es wird in den nächsten Jahren ganz sicher eine große Herausforderung sein im Integrationsbereich. (*LTabg. MMag. Eibinger-Miedl: „Dazu gibt es Asylverfahren!“*) Ja, Barbara, das ist schon richtig, was du sagst, dass es dazu Asylverfahren gibt, aber die Asylverfahren, du weißt, wie lange sie in Österreich brauchen, ich bin auch dafür, dass die schneller werden, in höherer Qualität. Ich bin auch dafür, dass man den Menschen unten, wenn sie an die Grenze kommen und österreichisches Staatsgebiet betreten, relativ schnell Unterstützung beim Antragstellen auf Asyl anbietet, wenn sie das in Österreich wollen. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig. Das funktioniert derzeit in keiner Weise ausreichend, da müssen wir mehr hinein investieren. Speziell auch in Zukunft wird die Frage sein: Wird es herinnen im Landtag Konsens geben? Wird es auch auf Bundesebene Konsens geben, um die Flüchtlingsfrage ganz massiv, um ihr offensiv zu begegnen? Im finanziellen Bereich wird es Mittel brauchen, es wäre völlig

unehrlich zu sagen: „Es kostet nichts!“ Weil man da gesagt hat, dass es uns viel kosten wird. Ja, selbstverständlich wird es uns im ersten Moment etwas kosten. Aber wenn wir es richtig machen, wenn wir die Investitionen jetzt setzen, dann wird es in den nächsten Jahren ganz, ganz sicher aus dieser Flüchtlingskrise heraus auch etwas geben, was Österreich vielleicht gut tut, was der Steiermark gut tut. Was nicht passieren darf, ist, Probleme wegzudiskutieren und zu glauben, indem man sagt: „Mittel kürzen, kein Geld für Flüchtlinge, für die Integration“, dass hier irgendetwas geht. Es ist von der KPÖ ja schon der Antrag gestellt worden in Bezug auf die Aufstockung des Flüchtlingsreferates, Frau Landesrätin, jetzt haben wir gehört, dass sich da etwas tut, da wird es mehr Personen geben. Aber das ist schon auch noch ganz wichtig, auch in der letzten Woche waren es die Rückmeldungen an uns, dass es Enttäuschungen gibt, weil private Quartiere immer noch nicht raschest genug quasi in Umsetzung gebracht werden. Gott sei Dank gibt es ganz viele Menschen in der Steiermark, die im privaten Bereich auch Quartiere zur Verfügung stellen wollen. Ein Punkt, den die Sabine Jungwirth ja oft auch angesprochen hat, ist diese Vergebührung der Mietverträge. Ich glaube, wir müssen in diesem Bereich unbürokratischer agieren, wir müssen schauen, was wir noch tun können, um die Bevölkerung dabei zu unterstützen, wenn sie helfen will. Das ist ganz, ganz wichtig, denn wenn uns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister berichten, dass in ihren Bezirken einige etwas anbieten würden und wir schaffen es dann nicht, die Betreuung aufzustellen – und Betreuung ist auch ein Stichwort – dann ist es wichtig, dass wir am Ende bei den Zahlen auch sehen, dass die Quartieranzahl nach oben geht und dass wir, wenn wir es erreichen, ja vielleicht auch potentialmäßig über die Quote hinauskommen. Weil wenn wir immer die Quote im Blickfeld haben, wird es unter Umständen sehr schnell zu wenig sein. Ja, ich glaube, es ist ein wichtiges Thema, dass die FPÖ das wahrscheinlich noch sehr oft bringen wird, da mache ich mir keine Illusionen, dass das irgendwann vorbei sein wird. Es ist klar, ihr werdet dieses Thema, Kollege Amesbauer, wahrscheinlich bis zum Schluss und so lange es irgendwie geht, nutzen und ihr werdet auch dann nicht zurückschrecken, wenn Menschen zu Schaden kommen durch eine solche Politik, wie ihr sie vorschlagt. Das sind schon Dinge, die, glaube ich, wenig weitsichtig sind, wenn es keinen Lösungsansatz gibt. Ihr müsst ja auch einmal sagen, wie ihr euch die ganze Sache vorstellt: Wie kann denn das aussehen? Wie schaut euer Bild von Europa aus? Sind das wirklich die Nationalstaaten, wo sich jeder wieder eingrenzt, wo jegliche wirtschaftliche Realität beiseite geredet wird? Weil wir sind ja längst wo anders. Es ist richtig, dass Europa in diesem Punkt ganz, ganz schlecht funktioniert, dass wir es nicht schaffen, die europäische Politik im Integrationsbereich auf den Stand der Zeit zu

bringen. Das, was Europa eigentlich tun sollte, tut es derzeit nicht. Aber ich glaube, das ist das Einzige, was wir tun können und was möglich ist, die europäische Integration voranzutreiben, mit dem Thema anders umzugehen und wirklich Lösungen auf den Tisch zu legen. Ihr sagt ja nie, wie es aussieht, das ist die Schwäche eurer Politik ganz im Wesentlichen, nicht nur, dass sie menschenrechtlich bedenklich ist, sondern es fehlt euch auch jeglicher Lösungsansatz, um diesem Thema zu begegnen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 14.02 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Kollegin Khom, bitte.

Präsidentin LTAbg. Khom – ÖVP (14.03 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Das Thema ist natürlich eines, das mit Emotionen behaftet ist, das man sogar dann sieht, wenn der Herr Kollege Murgg plötzlich sehr viel an Emotionen zeigt. Für mich hat es bei diesem Tagesordnungspunkt heute eine Geschichte gegeben, die für mich sehr bedenklich ist. Der Herr Abgeordnete Schnitzer hat gesagt: „Es braucht eine sachliche, ehrliche Landespolitik.“ Der Zwischenruf der FPÖ war: „Langweilig!“ Es geht bei Politik nicht um Show, es geht um Verantwortungsbewusstsein, um Sachlichkeit und um Ehrlichkeit, auch wenn es langweilig ist. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.03 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Kerschler, bitte.

LTAbg. Mag. Kerschler – SPÖ (14.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde jetzt auch keine Show liefern, weil eigentlich wollte ich mich gar nicht zu Wort melden. Was hat mich dazu bewogen? Die Bevölkerung, die vielgepriesene, geprügelte Bevölkerung aus dem Bezirk wurde immer wieder angesprochen. Ich bin ein Teil dieser Bevölkerung: Geboren im Bezirk Leibnitz, aufgewachsen im Bezirk Leibnitz und ich wohne noch immer dort. Wie geht es uns mit der Situation? Eigentlich gar nicht so schlecht. Die einen sagen: „Uns geht es ganz schlecht. Sie müssen uns verteidigen, Sie müssen uns schützen!“ Die anderen sagen: „Wir wollen keinen Grenzzaun!“ Ich glaube, es gibt solche, es gibt solche – wie überall. Aber was wir nicht wollen: Wir wollen sicher nicht vereinnahmt

werden. Ich habe die ganze Situation von Anfang an beobachtet, war von Anfang an – von Anfang an, da meine ich nicht, wie es in den Medien war, wie es die zwei Ausbrüche gegeben hat, sondern von Anfang an, da meine ich Spielfeld eins, die kleinen Zelte, wie man gewusst hat, dass es losgehen wird. Ich war von Anfang an mit einigen sehr wenigen Kollegen – ich schaue den Peter Tschernko an – vor Ort, also wie es noch keine großen Medienaufläufe und inszenierten Veranstaltungen gegeben hat. Mittlerweile hat sich die Situation in Spielfeld – wir reden jetzt von Spielfeld 3 – stabilisiert, kann ich sagen, aus meiner Sicht, als Teil der Bevölkerung. Wie ist es dazu gekommen? Mit Rückmeldungen, mit ständigen Rückmeldungen an die Zuständigen. Die Zuständigen sind unserer Meinung nach die Bundesregierung und das Bundesministerium für Inneres und das Bundesministerium für Landesverteidigung, das sind die Zuständigen. Ständige Rückmeldungen, ständige Rückkoppelung und das ist uns wichtig. Wir hier sind einfach nicht befugt und nicht zuständig. Das heißt nicht, dass wir keine Meinung haben können, aber die Rückmeldungen müssen an die gehen, die die Entscheidungen treffen können. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Als Abgeordnete aus der Region und als Bewohnerin des Bezirkes möchte ich mich auch bei allen Einsatzorganisationen bedanken – hier möchte ich aber auch die Feuerwehren erwähnen, es wird immer das Bundesheer, die Polizei erwähnt, aber auch die Feuerwehren, besonders aus dem Bereichsfeuerwehrverband Leibnitz, leisten Großartiges, sie wechseln sich täglich ab und natürlich bei allen Freiwilligen. Ich durfte ja auch selbst schon mithelfen. Was ich besonders erwähnen möchte, ist, dass es Fortschritte gibt, es gibt ständige Fortschritte. Wir gehen davon aus, dass die Versorgung mit Essen diese Woche noch übernommen wird und dass es auch im medizinischen Bereich ständige Fortschritte gibt. Hier aber auch wieder dadurch, dass es ständige Rückmeldungen gibt an die, die wirklich etwas ändern können. Und so möchten wir auch in Zukunft weiterarbeiten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.07 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 331/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Damit ist dieser Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, der Grünen und der KPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 331/4, betreffend Umsetzung eines umfassenden Grenzschutzkonzeptes in der Südsteiermark zur Entschärfung des unkontrollierten und illegalen Massenübertritts und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!
Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, GRÜNEN und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 337/1, betreffend Förderungsbericht des Landes Steiermark 2014.

Es liegen mir zwei Wortmeldungen vor, die erste Herr Abgeordneter Triller.

LTAbg. Triller, BA – FPÖ (14.09 Uhr): Danke, Herr Präsident! Wertes Regierungsmittglied, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Der Förderbericht 2013 wurde dem Landtag von der Landesregierung am 22. Mai 2014 vorgelegt. Der diesjährige Bericht wurde erst am 30. Oktober 2015 veröffentlicht, zufälligerweise wenige Stunden nachdem wir einen Antrag auf Offenlegung desselben gestellt haben. Betrug die Förderungen im Jahr 2013 in Summe 956 Mio. Euro, so stiegen diese Förderungen im Jahr 2014 wieder auf über eine Milliarde an. Angesichts der Tatsache, dass dies rund 20 % des Landesbudgets sind, ist die verspätete Berichts freigabe umso bedenklicher. Bei den genehmigten Förderungen handelt es sich teilweise um vernünftige und dringend notwendige Projekte, wie etwa im Verkehrsbereich und Infrastrukturbereich. Es gibt aber auch zahlreiche Projektförderungen, die kaum einen Mehrwert haben und deren Streichung ohne Probleme vollzogen werden könnte. So stellt sich etwa die Frage, ob man das geplante Megaphon-Kochbuchprojekt wirklich mit 2.500 Euro, oder das „feel free, Steirisches Lesben- und Schwulenzentrum“ mit 4.000 Euro fördern muss. Das vom Land Steiermark

finanziell getragene Vereinswesen im Integrationsbereich verschlingt Millionen. Oft werden dabei Projekte gefördert, deren Sinnhaftigkeit stark anzuzweifeln ist. So erhielten alleine im Jahr 2014 das Afro-Asiatische Institut, die ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus, der Integrationsverein ISOP und der Asylwerberverein ZEBRA rd. 2,5 Mio. Euro an Landesförderungen. Da frage ich mich schon ..., gehen Sie einmal raus zu einer Mindestpensionistin und erklären Sie ihr, wofür diese Förderungen notwendig sind. Das Land leistet sich außerdem ein Ausländervereinswesen, das einem sozialindustriellen Komplex gleichkommt, damit werden Hunderte von Vereinen und Organisationen in ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis der selbsternannten Reformpartner gedrängt. Eines kann ich schon dazu sagen: Integration ist eine Bringschuld jener Menschen, die zu uns kommen und nicht eine endlose Zahlungsverpflichtung des steirischen Steuerzahlers. *(Beifall bei der FPÖ)* Angesichts dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage fordert die FPÖ die sofortige Durchforstung des Förderungsdschungels auf Basis einer ABC-Analyse. Und zwar a) notwenige und sinnvolle Förderungen, deren Beibehaltung zwingend erforderlich ist, b) Förderungen, die nicht unbedingt notwendig sind und daher gekürzt oder temporär ausgesetzt werden können, und c) Förderungen, die absolut sinnlos und sofort zu streichen sind. Insgesamt liegt dieses Einsparungspotential im Bereich jenseits von 100 Mio. Euro. Im Rahmen der Budgetvorstellung kündigte die SPÖ und der Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer medienwirksam eine Durchforstung des Förderungsdschungels an. Es bleibt diesbezüglich zu hoffen, dass die SPÖ ihren Worten endlich Taten folgen lässt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 14.13 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Pichler-Jessenko.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (14.13 Uhr): Lieber Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich habe zu diesem Förderungsbericht 2014 bereits kurz im Ausschuss gesprochen. Es ist eigentlich viel, viel mehr als ein Förderungsbericht, daher auch die Höhe dieser Ausgaben mit über einer Milliarde. Es ist letztendlich der gesammelte Bericht aller Maßnahmen, die wir hier im Land Steiermark in unterschiedlichsten Bereichen von der Infrastruktur, zur Förderung der Regionen, Sportförderung, Kulturförderung, Pflichtausgaben sind drinnen, die wir setzen. Also das Wort „Förderbericht“ - vielleicht sollten wir uns gemeinsam überlegen, diesen

Bericht anders zu benennen, ich glaube, so beginnt es einmal. Herr Triller, tun Sie nicht mutmaßen. Ich weiß nicht, man kann natürlich alles immer an den Haaren herbeiziehen: Die Geschichte mit dem Termin, das ist wiederum so Stimmung machen, die völlig daneben ist. Der Bericht hat einen Erscheinungstermin, der dann ist, wenn er abgeschlossen ist und geprüft – ganz einfach. Aber das gleich wieder so einzuleiten, ist fast ein bisschen billig. Durchforsten ja, das passiert. Ich weiß nicht, wie Sie auf die Idee kommen, dass wir diesen Bericht nicht durchforsten. Es wird sehr wohl geschaut, was hier an Doppelförderungen passiert, inwieweit diese Förderungen auch die Ziele erreichen, die damit angestrebt werden. Also auch hier kann ich nur zurückgeben: Ich weiß nicht, was diese wiederum Anschuldigungen sollen. Und eines bitte auch: Die Sinnhaftigkeit von Förderungen, dafür stellt nicht die FPÖ die Richtlinien auf. Also was hier sinnvoll ist in diesem Land und was nicht sinnvoll ist, das liegt nicht bei Ihnen, Herr Triller – Gott sei Dank – Gott sei Dank!
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)

Ich war heute recht zurückhaltend, der Herr Murgg nicht. Leider konnte ich den Herrn Murgg noch nie so aufregen, wie er sich heute aufgeregt hat, aber vielleicht schaffe ich es noch einmal, Herr Murgg, wir sind ja noch ein paar Jahre zusammen, gehen noch gemeinsame Wege. *(LTabg Dr. Murgg: „Dazu sind Sie zu intelligent!“)* Das war jetzt aber sehr charmant. Ich glaube, wir sollten uns ... irgendwann ist es soweit, auf einen Kaffee zumindest. Was kommt dann zu guter Letzt? Weil wir haben es ja heute noch nicht diskutiert: Die ISOP, ZEBRA, Afro-Asiatisches Institut. Ist Ihnen vielleicht bekannt – ich glaube, es war heute einstimmig auch bei der FPÖ die Zustimmung da - dass Menschen, die zu uns kommen, die wir auch haben wollen, so in Ihrem Jargon gesprochen, auch Deutsch lernen sollen? Vielleicht ist es an Ihnen vorbeigegangen. Man sollte ein bisschen näher hinschauen. In dem Bericht steht nämlich konkret: Wer kriegt die Förderung, wofür kriegt er die Förderung und wie hoch ist die Förderung? Die ISOP bildet alleine in Graz 700 Menschen in Deutschkursen aus. Das sind Menschen, die hier um Asyl ansuchen, das sind Menschen, die bereits asylberechtigt sind und ich glaube, wir waren uns heute sogar einmal alle einig – zumindest will ich das jetzt auch Ihnen nicht absprechen – dass Deutsch die Grundlage ist, dass wir hier erstens gemeinsam leben können und wollen und zweitens, dass Deutsch auch der Zugang ist zur Arbeit, der Zugang zu einer Gesellschaft, wo man eben nicht zwei Parallelgesellschaften wollen. Jetzt gehen Sie wieder her und sagen: „Die ISOP ist des Teufels und die soll kein Geld mehr bekommen!“ Also das sind aber genau die, die das tun, was wir eigentlich alle wollen. Ich kann Sie nur aufrufen: Deutsch, bitte melden Sie sich als Freiwilliger und arbeiten

Sie mit Menschen und lernen Sie Deutsch am Nachmittag in Ihrer Freizeit, statt immer nur hier zu stehen und anzukreiden, was wir nicht alles falsch machen in der Integration. Nochmals zu dem Bericht: Er wird durchforstet, die Sinnhaftigkeit liegt bei uns allen, es gibt unterschiedliche Dinge. Wir haben auch letztens beim Kulturbericht gehört – ich möchte das jetzt noch einmal betonen – die Steiermark hat Tiefe und sie hat Weite. Und Gott sei Dank leben wir noch in so einem Land. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.18 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Petinger.

LTabg. Petinger – SPÖ (14.18 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte, werte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf jetzt zu diesem Förderbericht bekräftigen, was meine Kollegin vorher gesagt hat. Der Förderbericht wird natürlich immer durchforstet und angeschaut, ob es hier sinnvolle Förderungen gibt. Es mag die eine oder andere Förderung zu hinterfragen sein, aber vielleicht kann uns die FPÖ irgendwann einmal sagen, welche Förderungen sie streichen möchte, damit wir dann beurteilen können, welches Urteilsvermögen die FPÖ in Wirklichkeit hat. Einige Beispiele haben wir heute gehört, aber wir haben ja auch umgehend vernommen, für was diese Förderungen eigentlich verwendet werden. Wir haben wieder den bekannten Widerspruch in vielen Dingen, die auf der einen Seite gefordert werden und auf der anderen Seite abgeschafft werden sollen. Es wird ja auch noch einen Entschließungsantrag geben von der KPÖ und darf ganz kurz zu diesem Entschließungsantrag sagen, dass wir dem nicht zustimmen werden bezüglich der Bedarfszuweisungsmittel. Bedarfszuweisungsmittel sind natürlich nicht, oder unterliegen nicht der Geheimhaltung. Jede Gemeinde – das wissen Sie aber auch, das wisst ihr aber auch – ist ja verpflichtet, wenn sie Bedarfszuweisungsmittel bekommt, dass sie die im Budget bzw. auch im Rechnungsabschluss genau ausweist, beide Werke liegen auch der öffentlichen Einsicht auf. Also es ist sicherlich nicht so, dass hier versucht wird, etwas geheim zu halten, zumal es – und dazu noch folgende Information – eine schriftliche Anfrage gegeben hat aus dem Jahr 2010 und hier eine dementsprechende Beantwortung. Die Grüne Fraktion hat damals ebenfalls diese Offenlegung der Bedarfszuweisungen verlangt. Wir wissen alle, dass Bedarfszuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz Vorwegabzüge des Landes sind und eigentlich zustehende Gemeindemittel – grundsätzlich werden diese Mittel ja über den Finanzausgleich, oder sollten

aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes in der vertikalen Verteilung der Finanzen an die Gemeinden direkt verteilt werden, werden aber in der Steiermark zum Teil einbehalten. Hier ist ganz eindeutig festgehalten worden, dass es sich um Gemeindemittel handelt, die jeder einzelnen Gemeinde individuell zur Verfügung gestellt werden und nach Ansicht der Fachabteilung, der Abteilung 7a, es nicht erlaubt ist, eine gesammelte Veröffentlichung dieser Mittel durchzuführen. Wie gesagt: Liegt in jedem Gemeindeamt auf, bei den Rechenwerken, eine gesammelte Veröffentlichung ist nach Ansicht der Fachabteilung gar nicht in diesem Ausmaß erlaubt. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.21 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler.

LTAbg. Klimt-Weithaler *(14.22 Uhr)*: Danke, Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Ich bringe jetzt den vom Kollegen Petinger angesprochenen Entschließungsantrag ein und möchte vorweg noch ein paar Dinge allgemein sagen. Also erstens einmal zum Herrn Kollegen Triller: Sie werden es nicht glauben, aber es gab auch ein Leben im Landtag, bevor die FPÖ 2010 wieder eingezogen ist, nach ihrem Rausflug fünf Jahre davor und seit damals, nämlich seit dem Jahr 2006, legt die Steirische Landesregierung die Verwendung sämtlicher Fördergelder in einem Bericht offen. Da muss ich der Frau Kollegin Pichler-Jessenko Recht geben: Wenn der fertig ist, wird er dargelegt. Also das hat einmal wirklich nichts mit Ihnen zu tun. Die Initiative übrigens, dass es diesen Förderbericht gibt, der ging damals von meiner Fraktion aus, und ich bin auch sehr froh darüber, dass das damals beschlossen wurde und wir seither jedes Jahr diesen Förderbericht haben. Meiner Meinung nach ist er auch sehr transparent. Das Einzige, was wir daran kritisieren, ist eben jene Geschichte mit den Bedarfszuweisungen, die eben schon angesprochen wurden. Es stimmt natürlich, lieber Karl. Natürlich kann ich jetzt hergehen und sagen: Ich frage jetzt bei jeder einzelnen Gemeinde in der Steiermark nach und schau mir das an. Aber um das geht es ja gar nicht. Wir finden eben, die Position des Landtages müsste sein: Es gibt ja nichts zum Verbergen, es gibt ja nichts zum Geheimhalten – warum legt man das nicht generell im Rahmen dieses Förderberichtes offen? Da tut man sich leichter, da kann man nachschauen und da sieht man auch, welche Projekte eben gefördert wurden. Also ich gehe jetzt nicht davon aus, dass das jeweilige Landesregierungsmitglied eine Bedarfszuweisung für etwas gibt, was nicht in Ordnung ist,

also davon gehe ich wirklich nicht aus. Aber es macht natürlich Sinn zu sehen, wohin die Gelder dann letztendlich für welche Projekte fließen, denn im Jahr 2014 wurden immerhin 147 Millionen Euro an steirische Gemeinden ausgezahlt und das ist ja nicht wenig Geld. Ich glaube schon, dass die Bevölkerung da ein Recht darauf hat, das zu erfahren. Wie gesagt, mit dem umgekehrten Weg, jetzt über einzelne Gemeinden nachzufragen, das finde ich ehrlich gesagt nicht notwendig, denn wenn es nichts zum Geheimhalten gibt, dann kann man das auch in den Förderbericht reinnehmen. Also ich sehe nicht ein, warum es da so große Differenzen geben soll.

In diesem Sinne stelle ich eben diesen Entschließungsantrag und zwar: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft in den jeweiligen Förderberichten aufzuschlüsseln, welche namentlich zu nennenden Gemeinden für welche Projekte bzw. Zwecke welche konkreten Summen aus Bedarfszuweisungsmitteln erhalten haben.

Ich bitte trotzdem um Annahme, auch wenn ich davon ausgehen kann, dass ich hier die Zustimmung von SPÖ und ÖVP sicher nicht bekommen werde.

Jetzt noch ganz kurz zu Ihrer Kritik zum Förderbericht generell, Herr Kollege Triller. Sie nehmen so einzelne Förderposten heraus und kritisieren die. Das ist Ihr gutes Recht. Ich bin auch nicht mit jedem einzelnen Posten dieses Förderberichtes zu 100 % d'accord und sage: Super. Man hat eben sozusagen aufgrund der eigenen Geschichte oder der eigenen Vorstellung, wie man die Steiermark gestalten möchte, unterschiedliche Vorstellungen, auch, wohin das Geld fließen kann. Aber es ist schon interessant – und auf das ist die Kollegin Pichler-Jessenko ja auch eingegangen –, dass Sie immer genau jene Projekte kritisieren, wo Sie ja eigentlich zutiefst dankbar sein müssten, dass es diese Projekte gibt. Eigentlich müsste die FPÖ ja fordern, dass viel, viel mehr Geld in solche Einrichtungen, wie z. B. ZEBRA oder ISOP fließt. Warum denn? Weil Sie keine Gelegenheit auslassen, immer wieder zu sagen: „Die Menschen, die zu uns kommen, müssen sich integrieren!“ Ja wie denn? Mit diesen Institutionen und Einrichtungen ist die Möglichkeit gegeben, dass sie das tun. Also ich verstehe es wirklich nicht und ich glaube, Sie auch nicht. Also irgendwer wird Ihnen das schon gesagt haben, dass Sie das immer sagen müssen und das tun Sie brav. Und was mich auch wundert, ist, dass Sie jetzt auch dieses Projekt „feel free“ genannt haben, wie Sie richtig erwähnt haben, ein Projekt, wo es auch darum geht, die Lebensweisen von Lesben und Schwulen in der Steiermark zu fördern. Wovor fürchten Sie sich eigentlich? Wovor fürchten Sie sich? In diesem Land, das Sie ja immer gerne als Ihre Heimat bezeichnen, leben

Menschen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen. Und auch wenn Ihnen das so gar nicht in Ihr persönlich-privates Konzept passt wahrscheinlich, es leben da auch Menschen, die sich durchaus zu einer gleichgeschlechtlichen Sexualität bekennen. Ja was tut denn Ihnen da weh? Ich verstehe es wirklich nicht. (*LTabg. Triller, BA: „Warum sollen wir die fördern?“*) Und warum dürfen wir das nicht fördern? Ja, glauben Sie, dass, wenn man keine Förderungen an solche Projekte auszahlt, alle absolut und auf der Stelle heterosexuell werden? Nein, ich verstehe es nicht! (*Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der FPÖ*) Ich verstehe es wirklich nicht. Das sind Menschen, die tun Ihnen nicht weh. Das sind Menschen, die haben überhaupt keinen Einfluss auf irgendetwas anderes, sondern das ist deren Privatsache. Jetzt sind wir bei der Grundsatzdiskussion: Das Private ist nicht politisch, oder was? Da könnte ich Ihnen auch einiges erzählen. Aber noch einmal: Ich verstehe es nicht, Sie können ablehnen, was Sie wollen, aber herzugehen und das generell immer in ein Eck zu stellen und zu sagen: „Das ist pfui-gagal“, das ist lächerlich. Das ist lächerlich! Und Sie machen sich damit bestimmt nicht unbedingt Freunde und Freundinnen, aber ich glaube, es geht Ihnen darum, dass Sie immer davon überzeugt sind, dass solche Leute Sie ohnehin nicht wählen – vermutlich. Aber denken Sie einmal darüber nach, was Sie eigentlich den Menschen vorschreiben wollen. Gerade Sie, die auf der anderen Seite dann immer hergehen und sagen: „Das muss alles so liberal geregelt werden und man darf ja nicht irgendwo irgendjemanden hineinzwingen.“ Aber was die Leute in Ihrem Schlafzimmer machen, das möchten Sie gerne bestimmen. Ja, ganz sicher! Also denken Sie darüber nach, es würde Ihnen nicht schlecht tun. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ, SPÖ und ÖVP – 14.28 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schönleitner. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTabg. Schönleitner – Grüne (14.29 Uhr): Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung!

Lieber Karl Petinger, ich habe mich wegen dir noch einmal gemeldet, weil du wieder mit dem es hat ja früher noch weniger Transparenz gegeben. Ich war eigentlich der Meinung, dass die Bedarfszuweisungen – aber ich muss das jetzt noch einmal nachprüfen – die letzten Jahre schon im Förderbericht aufgeschlüsselt waren, das war meine Einschätzung von ...; ich habe einmal einen sehr umfassenden Teil gesehen, jetzt ist es offenbar nicht der Fall. Aber warum ich mich gemeldet habe, ist, weil du hier wieder mit dem alten Märchen, das wir ja in

den letzten Jahren oft von euch gehört haben, herausgekommen bist, dass du gesagt hast, es wäre ja verfassungsmäßig nicht möglich, das transparent offen zu legen. Das ist ein völliger Unsinn. Du kannst dich erinnern: Wir haben seinerzeit eine Stellungnahme, wenn ich mich jetzt recht erinnere, des Bundeskanzleramtes, Verfassungsdienst, gehabt, die gesagt hat: „Nein, generell sind das natürlich schon Mittel, die auch öffentlich einsehbar sein müssen.“ Du hast ja selbst in der Begründung gesagt: „Man kann es in jeder Gemeinde sehen“, also verstehe ich jetzt nicht ganz, warum ihr jetzt wieder mit dem Argument daherkommt, dass man das verheimlichen müsste. Also wenn es eh in jeder Gemeinde einsehbar ist, dann muss ich dich wirklich fragen, warum es uns nicht möglich ist – nämlich der auszählenden Stelle und der beschlussfassenden, weil sie kommen ja rein und gehen dort wieder raus – diese Dinge in den Förderbericht, oder sei es in einem eigenen Bericht, aufzunehmen. Das ist völlig unverständlich und ich würde euch wirklich ersuchen im Sinne der Transparenz, speziell wenn man weiß, wie es auch in manchen Gemeinden finanziell aussieht – das Problem war ja, dass viele Bedarfszuweisungsmittel, das darf man ja nicht verheimlichen, speziell für die vielen SPÖ-Pleitegemeinden verwendet wurden –, dass man natürlich Transparenz braucht, wohin die Gelder gegangen sind. Und es ist unzeitgemäß, und darum bin ich ein bisschen erstaunt gewesen jetzt zu deinen Ausführungen, dass du wieder damit argumentierst: Man würde es nicht dürfen, öffentliche Gelder in einem Bericht aufzuschlüsseln. Das ist aus meiner Sicht unrichtig, ist eine falsche Darstellung und ich würde mich freuen, wenn wir ab nächstes Jahre diese Gelder, so wie es im Antrag ja gefordert wird, im Förderbericht oder wo auch immer aufgeschlüsselt vorfinden würden. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 14.31 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 337/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 337/3, betreffend Offenlegung der Bedarfszuweisungen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von FPÖ, GRÜNEN und KPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und ÖVP nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.)

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Antrag, Einl.Zahl 321/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend Direktwahl des Bürgermeisters.

Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hafner.

LTAbg. Hafner – FPÖ (14.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte, liebe Kollegen im Steiermärkischen Landtag, liebe Zuhörer im Zuschauerraum und Zuseher via Livestream!

Wir haben auch natürlich wichtige Gemeindethemen und so ein selbständiger Antrag wurde auch im Ausschuss von uns beantragt, nämlich die Direktwahl des Bürgermeisters bei einer Gemeinderatswahl. Die Direktwahl der Bürgermeister, kommunales Wahlverhalten zwischen Parteien und Persönlichkeitsorientierung, siehe sechs andere Länder in Österreich, es ist nur Wien, Niederösterreich und die Steiermark, die nicht das Direktwahlrecht des Bürgermeisters besitzen – noch nicht. Durch die Wahl des Bürgermeisters wird die politische und tatsächliche Position des Gemeindeoberhauptes gestärkt. Nicht nur gegenüber seiner eigenen politischen Fraktion, sondern auch gegenüber dem Gemeinderat, sowohl bei klaren, als auch bei eher wechselnden Mehrheiten. Wie gesagt, in den Bundesländern Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Oberösterreich, Kärnten und dem Burgenland gehört die Bürgermeisterdirektwahl zur politischen Selbstverständlichkeit und brachte positive Impulse für die Gemeindepolitik mit sich. Bürger haben oft mehr Vertrauen in die einzelnen Personen, als in die politischen Parteien: Gerade angesichts einer stetig sinkenden Wahlbeteiligung ist die Enthüllung der Bürgermeisterdirektwahl eine notwendige und sinnvolle Maßnahme. Die Vorteile bei der Direktwahl liegen in der demokratiepolitischen Belebung der kommunalen Wahlvorgänge.

Durch die Personifizierung und in der Stärkung des Interesses von angeblich demokratiemüden Bürgern und somit könnte man auch die Beteiligung bei den Gemeinderatswahlen mit Sicherheit anheben. *(Beifall bei der FPÖ)* Durch die Abhaltung einer Bürgermeisterdirektwahl und Gemeinderatswahl ergibt sich für die Wähler die Möglichkeit eines Stimmensplittings, das ist die Chance, das Ortskaisertum abzuschaffen, auch wenn man den Bürgermeister nicht abwählen will. *(LTAbg. Petinger: „Ein schwerer Trugschluss!“)* Durch diese Möglichkeit ergibt sich ein verstärkter Wettbewerb in der Bürgermeisterdirektwahl. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ)*

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag Steiermark eine Gesetzesnovelle vorzulegen, mit der die Direktwahl des Bürgermeisters in der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 verankert wird.

Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 14.36 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Bitte, Herr Präsident.

LTAbg. Dirnberger – ÖVP (14.36 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Direktwahl des Bürgermeisters – ein Thema, mit dem wir uns sicher schon sehr oft beschäftigt haben, ich persönlich, aber auch in der Fraktion, und immer wieder Vor- und Nachteile abgewogen haben. Zu guter Letzt sind wir nach wie vor der Meinung, dass wir dem nicht zustimmen, weil eines ist natürlich notwendig, wenn die Bürgermeisterdirektwahl kommt, dass man die Gemeindeordnung umfassend anpasst, weil, dass der Bürgermeister dann nur ein Spielball des Gemeinderates ist und keine Handlungsfähigkeiten hat, aber direkt gewählt ist, das funktioniert so nicht. Das ist in den meisten Bundesländern ja auch so geregelt. So, das ist das eine. Dass die Opposition genau den Bürgermeister stärken möchte, das verwundert mich eigentlich. Eigentlich sollte es ja von uns kommen, aber in Summe, glaube ich, haben wir eine sehr gute Aufteilung: Gemeinderat, Vorstand, Bürgermeister und das wird im Gesamten gewählt. Wenn von deiner Seite, Kollege Hafner, kommt, dass die Wahlbeteiligung gering ist, dann ist sie bei Gemeinderatswahlen noch immer mit Abstand am höchsten und um die 80 %, also ein durchaus respektables Ergebnis – in Großstädten weniger, in Graz natürlich weniger, aber in Summe um die 80 %. Und wenn du sagst, dass das

Ortskaisertum damit abgeschwächt wird – sofern es das überhaupt gibt, ich stelle das in Abrede, dass es das gibt, das gibt es vielleicht vereinzelt – aber gerade mit einer Direktwahl stärkst du natürlich den Bürgermeister und dann könnte das ja eher herauskommen, das Ortskaisertum, wie jetzt, mit der jetzigen Lösung. Also den Zusammenhang verstehe ich einfach nicht, wie du daraus schließen kannst, dass durch die Bürgermeisterdirektwahl das Ortskaisertum geschwächt wird, wie gesagt, sofern es das überhaupt gibt. In Summe muss ich sagen: Wir haben jetzt ganz andere Sorgen wie Bürgermeisterdirektwahl. Wir stehen vor Budgetentscheidungen in den Gemeinden und die sind herausfordernd, weil wir wissen, dass die Wirtschaftslage nicht unbedingt so rosig ist, wie wir uns das wünschen. Die Sozialhilfeausgaben steigen durchschnittlich um 10, 12 % in allen Gemeinden und das ist spannend genug. Also eine Direktwahl ist momentan bei uns kein Thema und ich glaube, dass wir sehr gut aufgestellt sind mit unserer Gemeindeordnung, daher lehnen wir diesen Antrag ab. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.39 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Petinger. Bitte.

LTAbg. Petinger – SPÖ (14.39 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte, werte Kolleginnen, werte Kollegen!

Wie gesagt, der Antrag, über den haben wir schon x-mal gesprochen, man kann hier geteilter Meinung sein, ob eine Bürgermeisterdirektwahl ein Vorteil oder ein Nachteil ist. In jedem Fall, Kollege Hafner, ist es kein Argument dazu, dass das Ortskaisertum dadurch abgeschafft wird – im Gegenteil, es wird gestärkt. Was Sie richtig gesagt haben, dass wir zurzeit in sechs Bundesländern die Bürgermeisterdirektwahl haben und in den anderen Bundesländern das Verhältniswahlrecht, so wie wir es auch hier in der Steiermark kennen. Vielleicht auch noch zur Information: Die Bürgermeisterdirektwahl ist seit 1994 in Österreich durch eine Änderung des Verfassungsgesetzes möglich und dann kann jedes Land selbst entscheiden. Klar ist auch, und das muss man auch bedenken: Eine Bürgermeisterdirektwahl zu fordern ohne massive Veränderung der Gemeindeordnung herbeizuführen, ist nicht möglich. Da gibt es schon wesentliche Dinge, die wir in der Gemeindeordnung ändern müssten, weil dort wissen wir, dass die Kompetenzverteilung des Bürgermeisters, der anderen Organe, der Zuständigkeiten und das alles sehr genau geregelt ist und nicht nur in der Gemeindeordnung, auch andere gesetzliche Bestimmungen müsste man hier durchaus ganz klar verändern. Da stellt sich

wirklich die Frage – und es mag eine Geschmacksache sein – ob man die Bürgermeisterdirektwahl will oder nicht, auf jeden Fall wollen wir die als SPÖ-Fraktion nicht. Und ich kann Ihnen auch einige Nachteile dazu sagen, die eigentlich zu der Überlegung führen müssten: Ist es wirklich von so großem Vorteil? Es ist ganz klar, dass ein Bürgermeister, der im Gemeinderat dann über keine Mehrheit verfügt, es sehr schwer haben wird, auch die Strukturen der Gemeinde und die Entscheidungen einer Gemeinde, die notwendig sind, herbeizuführen, ob es das Budget ist, ob es der Rechnungsabschluss ist, wo man auch andere Mehrheiten braucht. Da glaube ich, dass es wesentlich mehr Chaos verursacht. Zweitens muss man bedenken, dass es in vielen Gemeinden dann auch zu Stichwahlen kommen würde, wie man auch in der Vergangenheit jetzt bei diesen Wahlen in anderen Bundesländern gesehen hat. Dass eine Stichwahl natürlich auch Kosten verursacht, weil ein Wahlprozedere dahinterliegt, eine Organisation und dementsprechend auch die Kosten der Verwaltung dann ... (LTAbg. Schartel: „Das ist mehr direkte Demokratie!“) da komme ich eh noch dazu, wenn man glaubt, dass das mehr direkte Demokratie ist, das ist der gleiche Trugschluss. Weil Demokratie hat auch einen ganz klaren Auftrag, dass dementsprechend auch Mehrheiten in dem Sinn zu bilden sind und dahinter verfassungsrechtliche Parteiensysteme liegen, auch das ist Demokratie, und nicht unmittelbar eine personifizierte Demokratie, wo man sehr vorsichtig sein muss. Also Kosten verursacht das und was statistisch ganz klar erwiesen ist – und da kann man hineinschauen, dass es bei einem zweiten Wahlgang meistens zu einer geringeren Wahlbeteiligung kommt bei einer Stichwahl, wie bei der ersten, und dass kurios sein kann, dass man im zweiten Wahlgang mit einer einfachen Mehrheit weniger Stimmen zusammenbringt, wie jemand, der beim ersten Wahlgang nicht die notwendigen 50 % erreicht hat, aber dementsprechend eine höhere Zustimmung in der Wahlbevölkerung gehabt hat. Also viele gehen dann nicht mehr zum zweiten Wahlgang und dadurch kann dann jemand zum Bürgermeister gewählt werden mit weniger Stimmen, als der aus dem ersten Wahlgang als Erstgereihter zum Zug gekommen wäre. Wenn man das ein bisschen verfolgt und wenn man sich die deutschen Verhältnisse da anschaut – und die Deutschen haben dieses Wahlrecht schon lange – und wenn man ein bisschen die Entwicklung im Rheinland verfolgt, wo es sehr viele bereits wieder gibt, die sagen: „Zurück zum Parteiensystem wieder“, weil es genau dazu geführt hat. Und weil die Wahlbeteiligung angesprochen worden ist, dass die Wahlbeteiligung eigentlich bei einer Direktwahl eher umgekehrt, und zwar sinkend ist, und wir in der Steiermark zumindest meines Wissens kein Problem bei der Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen haben – die

ist im Gegenteil immer sehr hoch – also sehen wir, dass die Bevölkerung durchaus das System des Verhältniswahlrechts auf Gemeindeebene sehr gut annimmt. Wenn man davon ausgeht, dass bessere Kandidaten womöglich sich als Persönlichkeiten zur Verfügung stellen, dann bin ich grundsätzlich ein Gegner, weil Personifizierung bei einer Wahl heißt nicht automatisch eine Qualitätsverbesserung. Im Gegenteil, ich glaube ... ich muss zugeben, das gibt es natürlich auch im jetzigen System, aber im jetzigen System ist es zumindest so, dass nicht alle jene, die es verstehen – ich sage das jetzt einmal so: Das Verstehen in einer Selbstdarstellungsqualität sich als Kandidaten hinzustellen, unmittelbar dann auch dort als Bürgermeisterkandidat zum Zug kommen. Also, es ist jedem sein gutes Recht, das zu verlangen, selbstverständlich, aber einfach zu sagen: „Das ist das bessere System“, wäre grundsätzlich völlig falsch. Ich glaube, das, was wir jetzt momentan noch in der Steiermark haben, ist von der Qualität der Kandidaten und von der Akzeptanz bei der Wahlbevölkerung durchaus das bessere System als die Bürgermeisterdirektwahl. Deswegen werden wir diesen Antrag auch ablehnen, so wie wir das auch in der Vergangenheit gemacht haben. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.46 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Murgg. Bitte.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (14.46 Uhr): Herr Präsident, werte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Karl Petinger und der Präsident Dirnberger haben im Wesentlichen das gesagt, was auch die Haltung der KPÖ ist und ihr habt ja beide ganz gute Argumente dafür auch vorgebracht. Ich glaube – und das sage ich als alter Kommunalpolitiker, ich bin jetzt auch 21 Jahre im Leobener Gemeinderat und zehn oder elf Jahre im Stadtrat, deswegen bin ich auch dafür, weil ich weiß, dass man alles von beiden Seiten sehen kann – dass man ohne weiters in einem Unterausschuss Gemeinde noch einmal breit dieses Thema diskutiert. Ich glaube, es gibt Argumente für und wider, aber ich sage schon: Mich wundert - oder sagen wir so: Bei der FPÖ verstehe ich es eher. Also die Partei ist eher mit strikten Hierarchien aufgebaut und die wollen halt oben irgendwie einen Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin haben, die die Linie vorgibt. Aber dass die Grünen, die gerade eine Partei der Basisdemokratie sind, oder einmal gewesen sind zumindest, unbedingt für dieses Modell plädieren, verstehe ich weniger. Noch dazu – und das ist eigentlich das Hauptargument, was ich habe – wenn wir einfach in

der Steiermark jetzt sagen würden, wir machen eine Bürgermeisterdirektwahl und lassen alles beim Alten, dann ist das eine „Schmähearade“, dann täuscht man die Menschen. Nämlich so, als könnten sie neben der Parteiliste, die den Gemeinderat dann letztlich konstituiert, irgendein zweites Organ wählen, dass dann irgendwie lenkend eingreift. So ist es nicht. Wenn das nämlich so wäre, dann müsste man – und ich glaube, das hat ja Kollege Dirnberger gesagt – auch die Gemeindeordnung ändern, und zwar den Punkt ändern, wo die KPÖ dann sicher die Haare aufstellen würde. Man müsste nämlich so etwas machen, wie auf nationaler Ebene in Frankreich oder in den USA, dass man praktisch das Parlament entmündigt und dem Obersten dort, dem Präsidenten einer Präsidialdemokratie oder dort dem Bürgermeister mehr Rechte zubilligt. Das wollen wir nicht! Der Gemeinderat ist das gewählte Organ und er hat letztlich zu entscheiden und der Bürgermeister vertritt den Gemeinderat nach außen und hat das umzusetzen, was der Gemeinderat – der aus Parteilisten gewählte Gemeinderat – vorgibt, das ist es. Also die KPÖ ist weder fürs Führerprinzip, noch ist sie für Basisdemokratie, wir sind für das, was sich eigentlich in der steirischen Gemeindepolitik im Großen und Ganzen seit 1945 bewährt hat. Und ich glaube – aber ich bin dafür: Reden wir drüber – ich glaube, wir sollten an diesem bewährten Modell festhalten und den Leuten nicht Wasser für Wein verkaufen. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 14.49 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schönleitner, bitte.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (14.49 Uhr): Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Dr. Murgg, Sie haben ohnehin gesagt, man sollte darüber nachdenken. Ich will Ihnen nur unsere Begründung liefern und sagen. Wir haben uns Bayern angeschaut, dort gibt es das schon seit etlicher Zeit. Und das Stimmensplitting zwischen Bürgermeister und der anderen Wahl führt zu einer wesentlich verbesserten Kontrolle und einer Stärkung der Kontrollparteien, das ist unser Ansatz. Und es ist ja eine Frage – Sie haben schon die Dinge richtig thematisiert – aber die Frage ist ja: Welche Kompetenzen schreibe ich dann einem Bürgermeister zu, wenn er direkt gewählt wird? Es wäre dann schlimm, wenn ich gleichzeitig die Rechte der Vertretungen, der Parlamente, der Gemeinderäte schwächen würde. Das muss ich nicht zwangsläufig machen. Wenn es zu einem Stimmensplitting kommt – das ist die Erfahrung aus vielen Beispielen in Deutschland –, dann ist es so, dass mit der Zweitstimme

jetzt, wenn ich sage, die erste ist die, bei der Bürgermeisterinnen- oder Bürgermeisterwahl, natürlich die Kontrolle, die Parteien, die dann wirklich bestimmend sind, sogar noch vermehrt verstärkte, indem sie einfach mit der Zweitstimme mehr Unterstützung bekommen. Das ist unser Argument und deswegen sind wir in diesem Fall für die Bürgermeisterdirektwahl. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 14.50 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 321/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KPÖ angenommen gegen die Stimmen der Freiheitlichen und der Kommunisten ... Grünen, Grünen – Entschuldigung – angenommen.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KPÖ gegen die Stimmen der Freiheitlichen und der GRÜNEN) angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, und zwar

N2. Bericht des Ausschusses für Soziales über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 332/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Behindertengesetz geändert wird.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zenz.

LTAbg. Zenz – SPÖ (14.52 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und die wenigen Zuhörerinnen und Zuhörer noch, die uns noch folgen!

Ganz kurz: Ich beantrage diesen Gesetzesbeschluss gem. Art. 72 Abs. 3 Landesverfassung für Dringlich zu erklären und bedanke mich ausdrücklich bei allen Fraktionen für diese konstruktive Zusammenarbeit im Unterausschuss und für diese einstimmige Zustimmung – wie ich wohl hoffe – zu diesem Gesetz. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.52 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 332/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Es gibt auch einen Antrag auf Dringlicherklärung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

(Anmerkung der Landtagsdirektion:

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen der KPÖ angenommen).

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich

12. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 366/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler, Dr. Werner Murgg, Johannes Schwarz, MMag. Barbara Eibinger-Miedl, Lambert Schönleitner betreffend Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit.

Zu Wort gemeldet ist als Erster der Abgeordnete Lang.

LTAbg. Anton Lang – SPÖ (14.54 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Außergewöhnliche Situationen bedürfen außergewöhnlicher Leistungen. Diese außergewöhnlichen Leistungen werden jetzt schon seit längerer Zeit von unseren Einsatzkräften und Einsatzorganisationen erbracht. Ich darf mich an dieser Stelle sehr, sehr herzlich bei diesen Einsatzorganisationen und Einsatzkräften bedanken. Es gibt ja zwei Entschließungsanträge, denen wir uns also vollinhaltlich anschließen können. Ich möchte aber auch heute hier die Bitte aussprechen, dass dieses hohe Niveau an Leistungsbereitschaft auch in den nächsten Monaten, vielleicht auch Jahren erbracht werden wird, auch wenn es vielleicht nicht immer ganz leicht ist. Ich möchte aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute die Gelegenheit benutzen, den Bogen des

Dankes ein bisschen weiter zu spannen. Ich bin nämlich der Meinung, dass Österreich sehr, sehr stolz sein kann auf den hohen Grad an freiwilligem Engagement. Fast jeder Zweite – jede zweite Österreicherin, jeder zweite Österreicher – ist in einer Organisation oder in einem Verein tätig oder auch in der Nachbarschaftshilfe und ist dort unentgeltlich und freiwillig tätig. Es umfasst dies die Gebiete Kunst und Kultur, Sport, Katastrophen- und Rettungsdienst, Umwelt, Natur- und Tierschutz, im kirchlichen Bereich, in der politischen Interessensvertretung, in der Bildung und im Gemeinwesen vor Ort, und nicht zuletzt im Sozial- und Gesundheitsbereich. Und ich habe erst vor kurzem eine Studie den Sport betreffend gelesen, da ist mir eine Zahl so in Erinnerung geblieben, nämlich dass in Österreich 1,5 Millionen Arbeitsstunden im Sportbereich freiwillig und unentgeltlich geleistet werden. Wenn man jetzt meint, 1,5 Millionen Arbeitsstunden im Jahr – nein, 1,5 Millionen Arbeitsstunden in der Woche! Also, ich glaube, eine sehr, sehr eindrucksvolle Zahl, die das alles untermauert. Allen, die also sich hier freiwillig und unentgeltlich engagieren – gemeinsam – ist die Förderung des Gemeinsinns, gemeinsam aktiv zu sein, über Kulturen, über Generationen und soziale Schichten hinweg. Obwohl freiwilliges Engagement aus verschiedenen privaten Motiven erfolgt, hat es durch seine vertrauensbildende Wirkung eine sehr, sehr wichtige Funktion für die Stabilität des sozialen Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Eigeninitiative und gesellschaftliche Verantwortung sind gleichermaßen wichtig für Staat, Unternehmen, aber auch für jeden einzelnen Menschen. Freiwilliges solidarisches Engagement leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land und braucht deshalb auch bestmögliche Rahmenbedingungen. Ich möchte an dieser Stelle allen freiwilligen Engagierten in Österreich und insbesondere in der Steiermark meinen herzlichen Dank für diese großartigen Leistungen hier ausdrücken, für den großartigen Einsatz in den verschiedensten Bereichen und gleichzeitig verbunden mit der Bitte, sich auch zukünftig freiwillig und unentgeltlich für unsere Gesellschaft zu engagieren. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.58 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Bitte.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (14.58 Uhr): Danke, Herr Präsident! Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende!

Dass Flüchtlingen in Österreich geholfen wird, ist meiner Meinung nach eine moralische Frage und ich bin froh, dass ich selbst das Glück habe, in einem Land zu leben, das bereits seit vielen Jahren in Frieden lebt und gleichzeitig aber auch bereit ist, jenen zu helfen, die Schutz brauchen. Eine Situation, wie wir sie jetzt haben, dass täglich sehr, sehr viele Menschen, die ihr Leben riskieren, weil sie eben nichts mehr anders zu verlieren haben als ihr Leben, dass diese Menschen nun auch direkt an unseren Grenzen stehen, das haben wir in dieser Form so noch nicht erlebt. Da hat sich Überforderung breit gemacht. Das ist ganz klar zu kritisieren und es fehlt an allen Ecken und Enden, auf Seiten der Bundesregierung, und, und, und. Und es sind viele Fehler gemacht worden, auf die will ich hier gar nicht eingehen, weil das haben wir hier schon mehrmals thematisiert. Worum es mir heute geht und worum es sich auch in diesem Antrag dreht, sind diese Menschen, die heute in den Vordergrund gestellt werden sollen, die die vielen Helfer und Helferinnen sind, ohne deren Engagement es ganz sicher nicht gelungen wäre, trotz aller Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, die Situation bis dato so zu meistern. Ich glaube, das kann man mit Fug und Recht behaupten. Unzählige von Ihnen sind nach wie vor Stunden über Stunden im Einsatz und gehen zum Teil sicher auch an ihre eigenen Grenzen. Dazu gehören einerseits selbstverständlich alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Einsatzorganisationen, des Roten Kreuzes, der Polizei, der Feuerwehr, des Bundesheeres etcetera. Sie sind eben beruflich oder in Ehrenamtlichkeit, also in der Ausübung ihres Ehrenamtes sehr oft mit Ausnahmesituationen konfrontiert und haben, was die Flüchtlingssituation anbelangt, sicher großartige Arbeit geleistet. Ich möchte auch Ihnen an dieser Stelle von unserer Seite einen herzlichen Dank aussprechen. *(Beifall bei der KPÖ)* Beeindruckend ist es aber auch, dass es zusätzlich, zu den Menschen, die bei den Einsatzorganisationen tätig sind, eine riesengroße Anzahl an Freiwilligen gibt, die einfach anpacken, die ohne lange zu überlegen, einfach weil sie sehen, dass es notwendig ist, Kleider und Sachspenden sammeln, die mit dem privaten Auto irgendwo hinbringen, die ihre Sprachkenntnisse zur Verfügung stellen, die an den Bahnhöfen und in den Aufnahmezentren Menschen versorgen, die einfach Arbeiten verrichten, die notwendig sind und dafür absolut keine Gegenleistung haben wollen. Sie tun das, meine sehr verehrten Damen und Herren, was in Zeiten wie diesen selbstverständlich sein sollte und doch in einer Welt, in der der Profit an oberster Stelle steht, etwas ganz Besonderes ist. Sie agieren ohne Selbstzweck und zeigen das, wonach sich jemand, der aus einem Land flüchtet vor Gewalt, vor Hunger und vor Elend, sich wahrscheinlich am meisten sehnt: Sie zeigen Menschlichkeit. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die einzige Antwort, die man in einer solchen Not den

Schutzsuchenden meiner Meinung noch geben kann: Menschlichkeit! Sie handeln damit aber nicht nur im Sinne der Flüchtlinge – nein, sie helfen und unterstützen damit auch jene, die zu diesen Einsätzen gerufen werden, weil es ihre Aufgabe ist, ja, ihre Pflicht. Die freiwilligen Helfer und Helferinnen haben in den letzten Wochen und Monaten mit ihrer Arbeit genau diese Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen – egal ob hauptberuflich oder ehrenamtlich – der Einsatzorganisationen unterstützt. Und die Notwendigkeit dieser freiwilligen Arbeit wurde von den Kräften auch immer wieder betont. Ich habe mehrmals gehört, ob in Interviews und zum Teil auch persönlich: „Ohne die vielen Menschen, die einfach kommen und helfen wollen, würden wir es nicht schaffen!“, wir, die Einsatzorganisationen. Das ist ein Satz, den ich, wie gesagt, auch persönlich von Vertretern und Vertreterinnen gehört habe. All jene, die unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen gemeinsam an einem Strang ziehen und ein gemeinsames Ziel verfolgen, nämlich den Ankommenden bestmöglichst zu helfen, die wollen sich sicher nicht auseinanderdividieren lassen, davon bin ich überzeugt. Es gibt aber auch leider Menschen, die selbst in dieser Situation und hier bemüht sind, Unterscheidungen zu treffen. Die FPÖ hat den Antrag, die ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen anzuerkennen, abgelehnt. Sie bringen jetzt selbst einen Antrag ein, indem sie dieses Anliegen – und das hat mich ehrlich gesagt am meisten verwundert, ehrlich gesagt auch gekränkt – sie bezeichnen dieses Anliegen als „Hohn gegenüber den Einsatzorganisationen“. Das steht in Ihrer Begründung drinnen, Herr Kogler, müssen Sie nachlesen. Die KPÖ hat selbstverständlich kein Problem damit, wenn sich das Land Steiermark dazu entschließt, auch den Menschen, die in den Einsatzorganisationen tätig sind, Dank und Anerkennung auszusprechen. Und natürlich sind wir auch dafür – ich glaube, das haben wir in unterschiedlichen Situationen, zu unterschiedlichen Tagesordnungspunkten hier auch immer wieder festgehalten – selbstverständlich sind wir dafür, dass die Rahmenbedingungen für die Einsatzorganisationen immer verbessert werden können. Aber Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, der stellt für uns einmal mehr unter Beweis, dass Sie keine Skrupel haben, wenn es darum geht, Menschen untereinander auszuspielen. Ich glaube aber, dass es Ihnen in diesem Fall nicht gelingen wird. Die machen das nämlich nicht, weil sie dafür – unter Führungszeichen – „eine Extra-Belohnung haben wollen“, sondern die machen das, und um jetzt eine Werbung des Roten Kreuzes zu zitieren: „Aus Liebe zum Menschen.“ Und ich glaube auch ehrlich gesagt nicht, dass Ihnen der Entfall der Flaggenparade in dieser Situation das größte Problem sein wird und dass sie sich ganz dringend eine Ersatzveranstaltung wünschen. Das glaube ich auch deswegen nicht, weil ich mit Menschen geredet habe, die

sagen: „In so einer Situation ist es wichtig, dass wir dort sind, wo wir gebraucht werden.“ Interessant finde ich aber, dass Sie diesen Vorschlag machen und gleichzeitig einen Empfang fordern, wo Sie dann nur die Vertreter und Vertreterinnen dieser Einsatzorganisationen einladen wollen. Jetzt ist meine konkrete Frage an Sie: Wer darf denn jetzt an diesem Empfang teilnehmen? Die Generäle, die Präsidenten, die Einsatzleiter, Einsatzleiterinnen, oder dürfen alle kommen? Wen wollen Sie denn bei diesem Empfang würdigen? Wenn Sie alle würdigen wollen, dann wird der Weiße Saal in der Burg oben ein bisschen eng werden, also da müssten Sie sich ein größeres Event, eine größere Eventlokalität überlegen. Und da darf ich jetzt – um Ihre eigenen Worte zu verwenden – auch noch einmal nachbohren. Wenn Sie das nicht meinen, sondern wenn Sie sagen: „Tag der Einsatzorganisationen irgendwo im Freien und dann die Generäle, Präsidenten, Einsatzleiter rauf in die Burg!“, dann frage ich Sie: Wäre das nicht ein Hohn gegenüber jenen, die tagtäglich bei den Menschen direkt arbeiten? Also wo ziehen Sie denn da eine Grenze? Wenn es Ihnen wirklich darum ginge, auch die Arbeit der Einsatzorganisationen zu würdigen, hätte dann nicht einfach ein Abänderungsantrag gereicht, wo man sagen kann: „Ja, schenken wir den Freiwilligen Dank und Anerkennung, zeigen wir als Land, dass wir das sehr wohl schätzen, aber vergessen wir auf die anderen nicht?“ Aber ich weiß schon, das spielt natürlich in Ihrem politischen Agieren keine Rolle, denn wir haben ja des Öfteren hier schon festgestellt, dass Sie das manchmal mit den Fakten und mit der Wahrheit nicht ganz so genau nehmen. Es geht in erster Linie einmal darum, um zu brüllen, damit man gehört wird. (*LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Wie bitte? Zum Beispiel?“*) Und weil ich damit gerechnet habe, habe ich ein Beispiel mit – ich habe ein Beispiel mit - ich möchte Ihnen das gerne zeigen. Ich habe zwar nicht so viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei mir im Klub, darum bastle ich die „Karterln“ selbst. Da haben wir ein Bild aus Köflach, da sind Sie zurzeit ja sehr aktiv im Kampf gegen ein Erstaufnahmezentrum. Sie sammeln unten Unterschriften, da schreibt der Kollege Andreas Schmidt – ich weiß jetzt nicht, ob er Gemeinderat ist in Köflach oder nicht, aber jedenfalls schreibt er Folgendes: „Die FPÖ Köflach bittet um Ihre Unterstützung, um unsere Heimat zu bewahren. Im Bürgerservicebüro unseres Rathauses liegt eine Unterschriftenliste auf. Mit eurer Unterschrift setzt Ihr ein Zeichen gegen ein geplantes Aufnahmezentrum für Asylwerber in Köflach.“ (*LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Ist das das Thema jetzt?“*) Das ist ein Beispiel, Herr Deutschmann, das Beispiel, wozu Sie mich aufgefordert haben. Darum bin ich immer so gut vorbereitet. „Kommt alle und setzt ein Zeichen für unsere schöne Stadt!“ also das sagen die Menschen, die da hinter diesem Transparent stehen und die sammeln jetzt fleißig

Unterschriften gegen ein Erstaufnahmezentrum. Die Tatsache, dass überhaupt kein Erstaufnahmezentrum in Planung ist, wird dabei völlig ignoriert. Soviel zum Thema: Mit Fakten und Wahrheit umgehen. Was tun Sie? Sie packen sich diese Wahrheit zurecht. Sie nehmen eine Prise Gerücht, das tun Sie dann gut durchrühren mit einem unüberprüften Zeitungsartikel, dazu kommen sechs FPÖ-Gemeinderäte und ein schön gemaltes Transparent. Jetzt braucht man das Ganze nur mehr recht lange am Köcheln zu halten und wenn dann kein Erstaufnahmezentrum kommt – was ja laut Auskunft der zuständigen Landesrätin so sein wird – dann können Sie sich hinstellen und sagen: „Das haben wir verhindert!“ Sehen Sie und das meine ich damit, dass Sie es manchmal mit den Fakten und mit der Wahrheit nicht so ganz genau nehmen. Denn ich habe dieses Gerücht auch gehört, dass dieses Erstaufnahmezentrum oder ein Transitlager oder was auch immer, in Köflach kommen soll. Unsere zuständige Gemeinderätin hat bei uns im Landtagsklub angerufen und hat nachgefragt, ob wir vonseiten des Landes etwas wissen. Ich bin dann hergegangen und habe die zuständige Landesrätin gefragt. Sie hat mir bestätigt, dass dieses Gerücht insofern nicht stimmt: Es war dort zwar auf einer Liste diese Lokalität angeführt, wurde überprüft, ist als Transitlager nicht geeignet, wurde abgelehnt. Ich habe dann noch einmal nachgefragt im Büro von der Frau Landesrätin Kampus, ob ein Erstaufnahmezentrum kommen wird, wurde vom Bundesministerium nicht bestätigt. Und wissen Sie, wenn Sie immer so umgehen, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, dass Ihnen der politische Gegner – in diesem Fall die politische Gegnerin – immer wieder vorhalten wird, dass Sie mit der Unwahrheit durch die Häuser ziehen. Es kann nicht sein, dass Sie jede Gelegenheit nützen, um einen Keil zwischen die Menschen zu treiben, so wie Sie es auch mit diesem Antrag tun. Ich weiß schon, warum Ihnen das unangenehm ist. Ein Großteil Ihrer Wähler hat ja mit dem Titel, mit dem Satz „Refugees welcome“ ein Riesenproblem. Da wird ja sehr abfällig darüber auch in sozialen Medien geschrieben. Jetzt tun Sie sich als FPÖ natürlich irrsinnig schwer, herzugehen und sagen: Man hilft den freiwilligen Helfern und Helferinnen, weil da könnte man ja glatt in diese Willkommenskultur gedrängt werden und das wollen Sie nicht. Und anstatt dass Sie hergehen und sagen: „Wir wollen, dass auch die Einsatzorganisationen mitgehört werden“ – wie gesagt, da hätte ein einfacher Abänderungsantrag oder Entschließungsantrag genügt – kommen Sie mit einem Antrag daher, der meiner Meinung nach wirklich abzulehnen ist, nämlich schon aus der Tatsache heraus, aus welchem Grund Sie ihn einbringen. Jetzt versuchen wir, Ihnen noch einmal die Rutsche zu legen, vielleicht lernen Sie ja dazu.

Aus diesem Grund bringen wir jetzt zu unserem Antrag – wo ich mich auch jetzt an dieser Stelle bedanken möchte, weil ich weiß, dass er mit großer Zustimmung beschlossen wird – einen Entschließungsantrag zu unserem Antrag dazu ein, damit Sie uns nicht vorwerfen, wir würden auf die anderen vergessen. Dieser Entschließungsantrag, auf den auch die Grünen mit hinaufgegangen sind, hat den Betreff „Würdigung der Leistung der Mitglieder der Einsatzorganisationen und der freiwilligen Helferinnen und Helfer“. Ich bringe jetzt diesen Antrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Einsatzorganisationen und den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für ihre besondere Leistung und ihr überragendes Engagement in dieser seit Wochen bestehenden besonderen Belastungssituation in geeignetem Rahmen und auf angemessene Weise, stellvertretend für die steirische Bevölkerung, herzlichen Dank auszusprechen und ihr außergewöhnliches solidarisches Engagement zu würdigen.

Ich bin gespannt, wie Sie sich verhalten werden. Ich bin auch gespannt, welche Erklärung Sie abgeben werden, wenn Sie diesem Antrag nicht ihre Zustimmung geben. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 15.13 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schnitzer.

LTAbg. Schnitzer – ÖVP (15.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin!

Sehr geehrte Klubobfrau der KPÖ, es steht mir grundsätzlich nicht zu, Sie zu berichtigen, allerdings wurde der Entschließungsantrag, den Sie jetzt sehr, sehr lange und breit diskutiert haben, geändert, auch inhaltlich und insofern beinhaltet er sehr wohl jetzt die Einsatzorganisationen, als auch die vielen Ehrenamtlichen und das ist auch für uns der Grund, warum wir hier mitgehen können, weil letztendlich hier der Entschließungsantrag, der erste, geändert wurde und beide Gruppen jetzt auch letztlich ihre Anerkennung finden. Geschätzte Damen und Herren, ganz kurz, der Herr Kollege Lang hat es ausführlich wiedergegeben: Österreich, aber auch die Steiermark ist ein Land des Ehrenamtes und es lebt davon, dass sich Menschen über ihren Freizeitrahmen engagieren in verschiedenen Vereinigungen, in verschiedenen Institutionen und bereit sind, mehr zu leisten, als viele andere. Und das ist ein ganz, ganz hohes Gut. In dieser schwierigen Frage und in dieser Situation der Flüchtlingsthematik zeigen viele Menschen ehrenamtliches Engagement, zeigen

Menschlichkeit, zeigen Solidarität und zeigen letztlich auch Zivilcourage. Insofern ist das für uns ganz klar, jenen Einsatzorganisationen und jenen ehrenamtlich Tätigen in den verschiedensten Organisationen für ihren großartigen Einsatz im Rahmen der Flüchtlingsthematik Dank und Anerkennung auszusprechen. Das ist eine großartige Leistung, sie leisten hier Hervorragendes! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.14 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher ...
Abgeordneter Kogler, Entschuldigung.

LTAbg. Kogler – FPÖ (15.15 Uhr): Herr Präsident, werte Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher, Zuhörer hier im Auditorium und via Livestream!

Liebe Claudia, liebe Klubobfrau der KPÖ, ich glaube, wir diskutieren da wirklich um „des Kaisers Bart“ herum. Du hast ja angesprochen bezüglich der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligenarbeit. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für uns ist das unbestritten, dass hier für alles höchster Wert und höchste Anerkennung zu gelten hat. Wir wissen ja, dass in der Steiermark rund 46 % der Steirer Freiwilligenarbeit leisten, das sind rund 550.000 Menschen, liebe Claudia. Und uns geht es darum, in eurem ersten Antrag auch, nicht zu differenzieren in der ehrenamtlichen, freiwilligen und auch in der Arbeit der Einsatzorganisationen. Darum haben wir das ganz klar auch abgelehnt. Das wäre für mich ein Auseinanderdividieren, das wäre eine Herabstufung in die zweite Klasse praktisch, wenn man wirklich nur in diesem Bereich – unter Anführungszeichen – in dieser Flüchtlingssituation, diese Freiwilligen, Ehrenamtlichen, sage ich jetzt einmal grundsätzlich mittels Urkunden bedenken würde. *(Beifall bei der FPÖ)* Uns geht es natürlich auch um die Einsatzorganisationen – die Kollegin Kerschler hat das erwähnt – auch die Freiwilligen Feuerwehren generell. Wenn man da nur denkt: Alleine in der Steiermark sind rund 50.000 freiwillige Helfer bei der Freiwilligen Feuerwehr. Also die leisten ja auch alle tolle Arbeit, auch die Einsatzorganisationen, die wirklich schwierigsten Rahmenbedingungen haben, ich glaube, das ist auch unbestritten in diesem Haus, dass dort vor Ort, entweder in Spielfeld, Radkersburg oder auch in sonstigen Situationen, schwierigste Rahmenbedingungen sind und unsere Exekutive, Bundesheer, Feuerwehr, immer wieder bereit ist, zum Teil Unmenschliches zu leisten. Diesen gebührt natürlich auch Dank und Anerkennung. *(Beifall bei der FPÖ)* Geschätzte Damen und Herren, es liegt uns wirklich fern, hier auseinanderzudividieren, wir wollen das wirklich gleichwertig anerkennen und dafür – du hast angesprochen, liebe

Klubobfrau, wer bei der Einladung sein soll oder nicht, bitte, das kann nur der nächste Schritt sein, dass man das natürlich logistisch auch erfasst. Wir wollen, dass Sämtliche dabei sind, solange das natürlich im Rahmen der Möglichkeit und des Raumes ist.

Geschätzte Damen und Herren, es wird daher folgender Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den ehrenamtlichen Helfern sowie den Mitgliedern der Einsatzorganisationen Dank und Anerkennung anlässlich der täglichen Herausforderungen zur Bewältigung der Situation an den steirischen Grenzübergängen auszusprechen. Aus diesem Grunde soll ein Tag der Einsatzorganisationen und -kräfte stattfinden, bei dem das Land Steiermark einen Empfang für Vertreter von Bundesheer, Feuerwehr, Polizei und Rettungsorganisationen veranstaltet und ihren Einsatz während der Flüchtlingskrise in einem angemessenen Rahmen würdigt.

Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ - 15.19 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke, Herr Abgeordneter. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht ... *(LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl: „Wir müssen da etwas klären!“)* ... bitte Frau Klubobfrau! So, ich hoffe, die Unklarheiten sind beseitigt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 366/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von der SPÖ, ÖVP, Grünen und der KPÖ gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, SPÖ und ÖVP, Einl.Zahl 366/3, betreffend Dank und Anerkennung des Landes Steiermark für die Einsatzorganisationen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 366/4, betreffend Würdigung der Leistung der Mitglieder der Einsatzorganisationen und der freiwilligen Helferinnen und Helfer ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP, der Grünen, der KPÖ gegen die Stimmen der Freiheitlichen Partei angenommen.

Wir kommen daher zum nächsten Tagesordnungspunkt, und zwar

13. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 336/1, der Abgeordneten Dr. Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler betreffend Sozialtherapeutische Wohnplätze für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche.

Als Erster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter Tschernko.

LTabg. Tschernko, MSc – ÖVP (15.22 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Geschätzte Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, ich sage einmal Danke für den Antrag, den du eingebracht hast, den wir im Vorfeld auch schon diskutiert haben und eifrig diskutiert haben. Ich kann diesem Antrag als Gesamtheit oder als Gesamtwerk, hier ein Konzept auszuarbeiten, um ein Angebot an sozialtherapeutischen Wohnplätzen in der Steiermark für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche zu schaffen, natürlich in vollem Umfang zustimmen. Und diese Kinder und Jugendlichen sind bis jetzt für diese Wohnversorgung natürlich derzeit als Stiefkinder behandelt worden und wir brauchen diese Wohneinrichtungen, diese sozialtherapeutischen Wohneinrichtungen für diese psychisch erkrankten Kinder und Jugendlichen. Ich bin ja beinahe tagtäglich auch in meiner Praxis oder in der Praxis oder in meinem praktischen Leben mit dieser Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen betroffen und kann nur sagen, dass wir in der Steiermark natürlich – oder leider muss ich sagen – noch Schlusslicht sind und dass gerade diese Kinder und Jugendlichen dann in andere Bundesländer, wenn bestimmte Diagnosen hier vorhanden sind, ausweichen müssen. Das bedeutet natürlich jetzt für diese Kinder und Jugendlichen wieder Beziehungsabbrüche, wieder eine Wanderung durch Österreich. Hier ist es mehr als dringend notwendig, dafür Einrichtungen zu schaffen. Ich bin zwar noch nicht ganz draufgekommen, wo diese zwölf Wohnplätze in der Steiermark sind, aber ich nehme an, dass das die

traumapädagogische Einrichtung in Trofaiach ist und dass es vielleicht auch im Aufwind eine Gruppe ist, die mit den restlichen sechs Plätzen noch diese Wohnversorgung für diese Kinder und Jugendlichen abdecken kann. Also dass auch der Bedarf unter Fachleitern, unter Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und –psychiater gegeben oder unbestritten ist, dass wir dieses Angebot brauchen, vor allem auch in einer Wohngemeinschaft, wo man auch multiprofessionell, multidisziplinär arbeiten kann und arbeiten muss und möglicherweise wir auch für die Zukunft oder auch jetzt für das Konzept schon überlegen sollten, ob wir ein neues Modell oder überhaupt Modelle überlegen und andenken, vielleicht in normalen sozialpädagogischen WG's übergreifend zu arbeiten. Das können Konsiliardienste sein, aber es können auch – nicht wie es jetzt der Fall ist, mit einer Eins-zu-acht-Betreuung – auch zusätzlich Betreuerinnen oder Betreuer zur Verfügung gestellt werden. Denn inhaltlich schaut es so aus, dass manche Kinder und Jugendliche sogar eine Eins-zu-eins-Betreuung benötigen, ist in der Steiermark gar nicht möglich, die müssen dann nach Wien oder in andere Bundesländer ausweichen. Und weil ich gerade hier eine große Chance auch sehe, gerade bei Kindern und Jugendlichen, dass man sie, wenn sie erkrankt sind, gut begleiten kann, dass hier gute Heilungschancen und gute Entwicklungschancen gegeben und gewährleistet sind, dass man hier auch die notwendige Infrastruktur des Landes zur Verfügung stellt. Ich appelliere auch an die Landesregierung oder an die beiden Abteilungen Soziales und Gesundheit, dieses Konzept auszuarbeiten und dann haben wir noch Gelegenheit genug, um hier zu diskutieren und hoffe auf ein gutes Ergebnis. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.26 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (15.27 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende! Ich freue mich wirklich sehr, dass dieser Antrag heute einstimmig beschlossen wird, davon gehe ich aus, nachdem die Abstimmung im Ausschuss so erfolgt ist, weil wir einfach wissen, dass wirklich erst in den letzten Jahren psychische Erkrankungen sozusagen der „Tabuisierung“ entwachsen sind und das ist ein Umstand, der sicher jenen Menschen zu verdanken ist, die sich ernsthaft und eingehend darum bemüht haben, die mit Menschen mit psychischen Erkrankungen gearbeitet haben und arbeiten und die sozusagen zu einer gewissen Klarstellung beigetragen haben. Trotzdem ist es immer noch so, dass es sich leichter

über einen gebrochenen Fuß oder über irgendeine chronische Erkrankung spricht, als eben über eine psychische. Das ist immer noch so, aber ich glaube, wir haben mittlerweile dazu gelernt, und wir haben akzeptieren gelernt, und ich bin guter Dinge, dass sich das weiter in Richtung positiv entwickeln wird. Kinder und Jugendliche sind aber schon noch einmal ein eigenes Thema. Das zeigt auch die Erfahrung, wenn man sich ein bisschen mit dieser Thematik auseinandersetzt. Kinder und Jugendliche, die an psychischen Erkrankungen leiden, die befinden sich nach wie vor in einer schwierigen Situation. Und ich finde, dass es auch hier ganz generell zu einer Enttabuisierung kommen muss und ich weiß auch, dass es zum Glück schon viele gute Projekte gibt, die auch in Schulen dazu beitragen, dass dort auch klar wird: Wenn ich an einer psychischen Erkrankung leide, dann bin ich nicht verrückt, sondern dann bin ich erkrankt und dann habe ich auch das Recht, das zu erzählen und dann muss mir auch geholfen werden. Psychotherapie und psychiatrische Behandlung von jungen Menschen ist ein Teil der Unterstützung und eine andere, um die es jetzt auch in diesem Antrag geht, ist die Wohnversorgung von erkrankten jungen Menschen, die eben nicht mehr im familiären Umfeld bleiben können. Es ist ja zum Glück nicht so, dass alle Kinder und Jugendlichen, die eine psychische Erkrankung haben, sofort irgendwie aus der Familie rausgenommen werden müssen oder dort nicht bleiben können aus den unterschiedlichen Gründen, aber es gibt eben ein paar wenige Fälle, für die wir in der Steiermark eigentlich kaum Plätze haben. Und um deine Frage zu beantworten, wir haben diese Wohnplatzanzahl aus der Studie von „Gesundheit Österreich GmbH“ und des „Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen“, die eben die außerstationäre, psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen festgestellt haben. Die kommen auf diese 12 Plätze. Ich kann es jetzt nicht auswendig sagen, aber ich nehme an, es sind dieselben, von denen du gesprochen hast. Also wie gesagt, es gibt derzeit nur diese 12 Plätze in der Steiermark und wir haben das auch extra in den Antrag hineingeschrieben, dass man da das Verhältnis sehen muss zu den Einwohnern und Einwohnerinnen, denn pro 10.000 wären das nur 0,5 Wohnplätze. Im Vergleich mit Oberösterreich – und Oberösterreich kann man, wie wir wissen, mit der Steiermark ja immer sehr gut vergleichen, weil es von der Größe her und eben von der EinwohnerInnenanzahl ähnlich ist – dort gibt es für solche Fälle 143 sozialtherapeutische Wohnplätze. Und das ist schon ein großer Unterschied. Dieser Mangel steht also definitiv fest und das sehen eben nicht nur Experten und Expertinnen so, das sehen vor allem auch Eltern bzw. Angehörige von Kindern und Jugendlichen, die psychisch erkrankt sind. Ich bin auch sehr froh darüber, dass es da schon vor dem Sommer ein Gespräch mit der zuständigen Landesrätin gegeben hat, die

das auch festgestellt hat und gesagt hat: „Ja, das stimmt, da müssen wir uns künftig etwas überlegen.“ Wir reden hier konkret von Fällen, die eben nach einem oder nach mehreren stationären Aufenthalten nicht mehr nach Hause zurück können, weil sie in diesem Zuhause nicht gesund werden können. Das kann unterschiedliche Gründe haben. Oft sind die Eltern oder Großeltern oder auch die BetreuerInnen, wenn sie ohnehin schon in einer Einrichtung untergebracht sind, eben dieser Situation nicht mehr gewachsen, weil sie auch gar nicht die dementsprechende Ausbildung vorweisen können und deshalb auch nicht in der Lage, diese Menschen zu begleiten. Die Erfahrung zeigt leider, dass viele Kinder und Jugendliche oft nach kurzen Aufenthalten zu Hause sofort wieder in eine stationäre Betreuung müssen und dieses ewige Hin und Her dem soll eben auch Einhalt geboten werden. Ein Faktum, das in diesem Zusammenhang auch eine wesentliche Rolle spielt, ist auch die Tatsache, dass psychisch schwer erkrankte Kinder und Jugendliche, oft auch aus der Schule – jetzt sage ich es ganz polemisch – „rausfliegen“. Die können auch nicht in einer normalen Regelschule bleiben, das heißt wir haben ein zusätzliches Problem, dass die Kinder natürlich auch bildungsmäßig – mehr oder weniger sag ich jetzt einmal – auf der Strecke bleiben. Und genau das ist unserer Meinung nach ein Punkt, wo wir ansetzen müssen und uns auch überlegen müssen, was kann das zuständige Sozialressort aber auch das zuständige Gesundheitsressort, denn das geht ja wirklich ineinander, was können die tun? Welche Konzepte müssen da entwickelt werden? Wie gesagt und ich wiederhole es noch einmal, ich freue mich wirklich sehr, dass die Initiative von uns angenommen wurde und ich bin schon gespannt auf das Ergebnis und bedanke mich für die Zustimmung. *(Beifall bei der KPÖ – 15.33 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Moitzi.

LTAbg. Moitzi - FPÖ (15.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, werte Abgeordnete und geschätzte Zuhörer!

Der Antrag der KPÖ betreffend die Errichtung weiterer außerstationärer Betreuungseinrichtungen für psychische erkrankte Kinder und Jugendliche erhält seitens der FPÖ größte Zustimmung. *(Beifall bei der KPÖ)* Wir begrüßen, dass ein Konzept vom Sozial- und Gesundheitsressort ausgearbeitet werden soll, um das Angebot für Wohneinrichtungen zu erhöhen, zumal ja die Steiermark hier trauriges Schlusslicht ist. Von den Kindern und Jugendlichen, die aufgrund einer psychiatrischen Störung einer speziellen Behandlung bedürfen, sind allerdings nur wenige auf einen außerfamiliären Wohnplatz angewiesen.

Gerade aber für Kinder mit psychischen Erkrankungen sind sozialtherapeutische Wohneinrichtungen mit speziell ausgebildeten Betreuungsteams und aber auch speziell abgestimmten Angeboten dringend erforderlich. Seit Juli 2013 steht laut Steirischer Gebietskrankenkasse in der Steiermark ein Kontingent für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie zur Verfügung. Dazu besteht mit dem Verein „Netzwerk Psychotherapie Steiermark“ ein eigener Kontingentvertrag mit über 5.000 Stunden speziell für Kinder und Jugendliche. Dennoch sind laut dem Ergebnisbericht der Bundesgesundheitsagentur diese Angebote noch längst nicht Bedarf deckend. Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung ausreichend vorzuhalten, scheiterte bisher oft an den kaum verfügbaren personellen und fachlichen Ressourcen, die gerade für eine regionalisierte Angebotslegung erforderlich wären. Deshalb ist es wichtig, dass hier schnellstmöglich ein Konzept vorgelegt wird, um Betroffenen zeitnah Lösungen und Betreuungsplätze anbieten zu können. *(Beifall bei der FPÖ)* Für die zukünftige erfolgreiche Weiterentwicklung sind aber auch neben dem weiteren Ausbau der stationären Versorgung insbesondere auch weitere Punkte nötig und wichtig. Zum einen ist hier die Bekämpfung des Fachärztemangels für Kinder- und Jugendpsychiatrie wichtig, aber auch ein Ausbau der Angebote im außerstationären Bereich ist hier ein wesentlicher Punkt. Vor allem aber die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den stationären und den außerstationären Wohneinrichtungen ist hier maßgeblich. Die Familien, der erkrankten Kinder und Jugendlichen werden sehr dankbar für Angebote sein und wir sind überzeugt, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist. *(Beifall bei der FPÖ – 15.36 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordneter Zenz. Bitte Herr Abgeordneter.

LTabg. Zenz – SPÖ (15.36 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem meine Vorrednerinnen und Vorredner wirklich zu diesem Thema alles gesagt haben, werde ich ausnahmsweise der Versuchung, der man so oft unterliegt an diesem Rednerpult, alle haben das vorher schon Richtige gesagt, nur ich habe es noch nicht gesagt, nicht unterliegen. Ich bedanke mich für diesen Antrag. Die SPÖ wird diesen Antrag vollinhaltlich unterstützen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.37 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Riener. Bitte.

LTabg. Riener - ÖVP (15.37 Uhr): Werter Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Bei diesem Antrag muss ich mich einfach zu Wort melden. Es ist ein Antrag, der mir als Sozialarbeiterin – jahrelang in der Sprengelsozialarbeit tätig und Psychotherapeutin – ein Anliegen ist. Deswegen recht herzlichen Dank auch der KPÖ für den Antrag. Aber lassen Sie mich ein paar Bemerkungen dazu machen, im Sinne einer Klarstellung und vielleicht ein bisschen einer Präzession. In der Vorbereitung fragte ich mich zum Beispiel, was außerstationäre Wohneinrichtungen sind? Entweder gibt es stationäre oder außerstationäre Angebote. Das eine ist ambulant und das andere ist stationär oder teilstationär. Also insofern brauchen wir da auch dann ein bisschen Präzession insgesamt. Auch wenn die Tendenz dieses Antrages absolut korrekt ist und das hat Klaus Zenz ja auch schon gesagt, bezüglich der Statistiken, das ist auch so immer eine Frage, wenn man nicht genau hinschaut bei den Statistiken und die Frau Kollegin Moitzi hat das auch zitiert. Wenn man 143 sozialtherapeutische Wohnplätze nimmt, können das durchaus auch Wohnplätze von Jugendwohlfahrtseinrichtungen – jetzt heißt es bei uns Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen – sein, die auch therapeutischen zusätzlichen Aufwand bedürfen. Das heißt aber nicht, dass die automatisch alle psychisch krank sind. Also das heißt auch, da brauchen wir eine Unterscheidung. Wir wissen nicht, wie Oberösterreich zählt. Wir wissen nicht, wie andere Bundesländern zählen. In diesem Dilemma sind wir nämlich immer wieder, wenn wir Vergleiche anstellen. Auch hier bitte hinzuschauen, wer ist die Zielgruppe? Was braucht die Zielgruppe? Was brauchen diese Jugendlichen, damit wir nicht Äpfel und Birnen miteinander verwechseln? Was mir auch sehr wichtig ist, immer wieder in Gesprächen mit Fachleuten kommt auch raus, dass wir aufpassen müssen, Kinder- und Jugendliche nicht zu früh psychiatrisch zu stigmatisieren. Wir waren jetzt bei einer Fortbildung, Kollege Peter Tschernko und ich, wo das ganz klar auch wieder gesagt worden ist, das heißt, wir müssen beides berücksichtigen und ich nehme an, dass Frau Landesrätin Kampus mit Herrn Landesrat Drexler da auch gemeinsam hinschauen wird, wann ist wirklich eine Kontext zur psychiatrischen Richtung, wo man in den Gesundheitsbereich reingeht? Und wo sind wir noch immer in der Kinder- und Jugendhilfe, um nicht zu früh, Jugendliche zu stigmatisieren und ihnen unter Umständen dann für die Zukunft noch ein Paket mitzugeben und nicht ihnen

zu helfen? Diesbezüglich auch und das bitte ich Sie, Frau Landesrätin, auch darauf zu achten, in der Prävention, sprich bevor es zu einer Diagnostizierung kommt, auch gut hinzuschauen, um die notwendigen Maßnahmen zu haben, auch, sage ich jetzt einmal, in Wohneinrichtungen. Das ist mir ganz, ganz klar, von der Kinder- und Jugendhilfe, wo es nicht nur darum geht ... – ich glaube, dass die Mitarbeiter oft sehr gut ausgebildet sind und auch das durchaus bewältigen könnten, liebe Claudia, ja, - aber es geht darum, dass dort Jugendliche sind, die viele Probleme als Rucksack mitbringen, und diese Kombination macht es oft unmöglich für die Mitarbeiter, dann darauf zu reagieren und da muss man eben gut hinschauen. Wenn es dann zu viele psychisch Kranke werden in einer Gruppe, dann muss man sagen, wir brauchen was Adäquates und vor allem bin ich auch davon überzeugt, dass wir in der Steiermark diesbezüglich dafür sorgen sollen, damit wir nicht in andere Bundesländer unsere Kinder und Jugendlichen „verschicken“ müssen. Ja, also das ist auf jeden Fall zu unterstützen. In diesem Sinne, Danke für den Antrag aber bitte auch in der weiteren Diskussion um mehr Klarheit, mehr Präzession, damit wir ein gutes, wirklich ein gutes Angebot für unsere Kinder und Jugendlichen haben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.41 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 336/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich

14. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 348/1, betreffend I. EU-Programmplanungsperiode 2014-2020; Österreichisches Programm für ländliche Entwicklung, Prioritäten 1-6; II. Europäischer Meeres- und Fischereifonds 2014-2020.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Wenn es keine Wortmeldungen gibt, dann treten wir direkt in den Abstimmungsvorgang ein. Keine Wortmeldung?

Dann ersuche ich die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 348/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und der Freiheitlichen angenommen, gegen die Stimmen der KPÖ und der Grünen.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Behandlung einer **Dringlichen Anfrage**. Am Mittwoch, dem 18. November 2015 wurde um 13.12 Uhr von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Mag. Jörg Leichtfried, betreffend „Maßnahmen der Steiermark für den Klimaschutz“ eingebracht.

Ich erteile Frau Landtagsabgeordneten Ing. Sabine Jungwirth das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne (15.44 Uhr): Ja danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Falls noch jemand am Livestream zuhört, seien Sie natürlich auch herzlich begrüßt.

Ich habe eine Dringliche Anfrage eingebracht, weil am 30. November die Weltklimakonferenz, nämlich die 21., in Paris startet und das alleine sollte wohl Anlass genug sein, dass man sich mit dem Thema Klimaschutz hier im Haus noch einmal intensiver befasst und auch die Strategien, die wir schon haben, noch einmal überprüft und hinterfragt, ob das, was schon geplant ist und was schon umgesetzt ist, tatsächlich ausreicht, um ausreichende Maßnahmen zu setzen, um den Klimawandel noch in den Griff zu bekommen, um die Ziele zu erreichen, die wir uns gesetzt haben, sodass für uns ein Planet am Ende übrig bleibt, auf dem wir noch gut leben können. Strategien gibt es sehr, sehr viele, also nicht nur hier in der Steiermark auch österreichweit gibt es natürlich Strategien, auch international, aber man muss schon dazu sagen, Papier ist geduldig, das was niedergeschrieben ist, ist noch längst keine Garantie, dass dann tatsächlich auch etwas passiert. Und das ist die Problematik, mit der wir uns in dem Zusammenhang auch ständig befassen müssen. Denn was ich schon feststelle,

wenn ich unterwegs bin im Land und wenn man mit den Menschen auf der Straße zum Thema Klimawandel diskutiert, solange halt nicht die Mure hinterm Haus abgeht oder die Hochwasserkatastrophe einen selbst betrifft, ist es halt so, dass es für viele immer noch ein Thema ist, das vom Empfinden her sehr, sehr weit weg ist, da hilft auch nichts, wenn wir das Gefühl haben, es wird immer wärmer und es ist ja auch erwiesen, das heurige Jahr hat sich ja besonders deutlich hervorgehoben in den Statistiken, dass die Temperaturen doch deutlich höher sind als in der Vergangenheit, aber es reicht eben noch nicht aus, dass die Bevölkerung von sich aus begreift „es brennt der Hut“, wir müssen wirklich etwas tun. So gesehen, ist es natürlich so, dass das, was am Papier steht, noch längst nicht ausreicht, sondern wir müssen auch wirklich gezielt und konkret etwas tun, sodass sich die Welt hier weiter bewegt und dass wir zur Umsetzung von dem kommen, was in den Papieren steht.

In der Steiermark gibt es den Klimaschutzplan, der 2010 im Landtag beschlossen worden ist, übrigens auf Initiative meiner Vorgängerin, der Grünen Landtagsabgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek, die seinerzeit Umweltsprecherin war und in diesem Klimaschutzplan sind eine Vielzahl von Maßnahmen vorgeschlagen, auch Zielformulierungen vorgeschlagen. Da gibt es ein Basisszenario und ein Innovationsszenario und es stellt sich heraus, dass das, was damals oder hier im Haus, da war ich ja noch nicht dabei, als Basisszenario beschlossen wurde und demzufolge bis 2030 eine Reduktion der CO₂-Emissionen stattfinden sollte, von minus 28 % mittlerweile wahrscheinlich nicht mehr ausreichend ist, um überhaupt das zwei Grad Ziel zu erreichen, das heißt, unsere Bemühungen müssen schon jetzt deutlich über das hinausgehen. Also wir sollten in Wahrheit im Fokus haben, das Innovationsszenario zu erreichen und das heißt minus 49 % bis 2030 und das sind schon ordentliche Vorgaben. Also diese Vorgaben zu erreichen, da muss man sich anstrengen. Für mich ist es halt so und das ist auch der Grund für mich, warum diese Anfrage dringlich ist heute, dass wir uns jetzt anschauen, wie die Umsetzung der damals beschlossenen Maßnahmen erfolgt. Bisher sehr, sehr viel im Bereich der Bewusstseinsbildung und der Beratungsleistungen erfolgt ist, und das sind alles Dinge, die ja, wie soll ich sagen, leicht zu bewerkstelligen waren, auch von der Finanzierung her nicht die großen Brocken sind, auch nicht die mutigen politischen Aktivitäten erfordern, weil Beratungen anzubieten, das ist immer nett aber das tut niemandem weh und da wird niemand aufmucken und sagen: Na, das kann ich mir jetzt aber gerade nicht vorstellen, dass ich das dann in meinem eigenen Bereich auch anwenden muss. Aber dort, wo es gilt, wirklich hinzugreifen und wirklich mutige Schritte zu setzen, ist noch verhältnismäßig wenig passiert. Ich verstehe es auf der einen Seite aus der Perspektive der Politik, dass man

ungern Dinge angeht, wo es Widerstand gibt und wo die Bevölkerung nicht gleich erkennt, dass es einen Nutzen gibt. Das ist ja ein Problem, das wir in der Umwelt- und in der Klimapolitik häufig haben, dass das, was zu tun ist, dann immer erst viele, viele, viele Jahre später erst erkennbar wird, dass es eigentlich gut war, es getan zu haben und dass es oftmals sogar Komfortgewinne und Verbesserungen auch hinsichtlich der Finanzierbarkeit von Dingen beispielsweise bewirkt. Aber auf den ersten Blick glaubt man oft, dass es jetzt einen Zwang gibt und einen Druck, der ausgeübt wird und man Dinge verändern muss im Leben, die vielleicht nicht so bequem erscheinen; Beispiel: der öffentliche Verkehr, ein ganz, ganz wichtiger Faktor im Zusammenhang mit dem Klimawandel und mit dem Klimaschutz. Wenn der öffentliche Verkehr ausgebaut wird, wenn der öffentliche Verkehr attraktiviert wird und vor allem leistbar wird, dann sind die Menschen auf den ersten Blick trotzdem in der Regel noch nicht bereit, das Auto stehen zu lassen, vielleicht gar keines zu haben und mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu fahren. Das heißt, es braucht Zeit. Es braucht eine Entwicklung, es braucht Bewusstseinsbildung natürlich, aber es braucht auch die Angebote. Das heißt, man muss zuerst das Geld in die Hand nehmen und es dauert oftmals Jahre, bis die Menschen den Nutzen erkennen. Denn eines kann ich Ihnen schon sagen, ich weiß nicht, wer von Ihnen regelmäßig mit dem öffentlichen Verkehrsmittel unterwegs ist, ich vermute, dass die meisten sehr, sehr häufig Autofahren. Danke, bravo. Ich selbst bin vor mittlerweile zwei Jahren ausgestiegen aus dem Auto. Also ich habe keines mehr. Bis dahin bin ich auch noch Eigentümerin eines Autos gewesen und auch da und dort natürlich gefahren, also raus in die Steiermark in die Regionen, geht's eh mitunter nach wie vor nicht ohne, aber da behelfe ich mir halt mit einem Leihwagen, aber damals hatte ich noch ein Auto, ja, weil ich einen Vertrag hatte, etc. Seit ich keines mehr habe, ist meine Lebensqualität dermaßen angestiegen, kann ich Ihnen sagen. Bei jeder Veranstaltung komme ich an und bin total entspannt, bin vorbereitet und habe eigentlich keinen Stress und springe nicht aus einem Fahrzeug raus, bis daher voll mit den Eindrücken. Also das sind Dinge, die muss man erst mit der Zeit lernen und erkennen, dass das dann tatsächlich einen Gewinn bringt fürs eigene Leben und das dauert ein bisschen. Ich verstehe es eben, wie gesagt, dass man da nicht gleich was tut, aber es brennt wie gesagt der Hut. Es ist mittlerweile schon auch ein Kostenfaktor. Denn in Österreich ist es so, dass wir mittlerweile eine Milliarde pro Jahr ausgeben, für die Katastrophenschäden, die durch den Klimawandel passieren. Eine Milliarde ist wirklich sehr, sehr viel Geld für unser Budget. Wenn man es herunterbricht mit dem Bevölkerungsschlüssel auf die Steiermark, heißt es, die Steiermark hätte theoretisch 140 Millionen Euro mehr im Jahr zur Verfügung.

Was wir mit dem Geld nicht alles machen könnten! Vor allem wäre es wesentlich besser investiert, wenn wir es in den Ausbau der erneuerbaren Energien beispielsweise investieren würden. Das würde regionale Wertschöpfung erwirken, das würde ganz, ganz viele Dinge gleichzeitig in Bewegung bringen. Nicht zuletzt würde es unzählige Arbeitsplätze schaffen, und das ist ja auch ein Thema, mit dem wir uns ja intensiv beschäftigen müssen. Das zieht sich im Übrigen durch, durch die Themenfelder, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel wichtig sind. Hab es hier schon mal gesagt, aber ich tue es trotzdem noch einmal. Die wesentlichsten Punkte, die anzugehen sind, sind die Verkehrswende, sind die Energiewende, sind die Ernährungswende oder ist die Ernährungswende und natürlich der ganze Bereich der Gebäude, also Gebäudesanierung, eine Wohnbauoffensive und vor allem mit einem starken Fokus auf Sanierung wäre ganz, ganz wichtig für den Klimaschutz, aber gleichzeitig eben auch mit Mehrfacheffekten in andere Bereiche hinein. Deswegen ist es so wichtig, wirklich jetzt rasch etwas anzugehen. Weil wir da so viele Hebel gleichzeitig bewegen könnten und das sollten wir auf keinen Fall außen vor lassen in diesem ganzen Feld. Ich habe in meiner Anfrage, wie gesagt, mehrere Felder angesprochen. Konkret Politikbereiche für die du hier, Herr Leichtfried als Landesrat, zuständig bist, die miteinander zum Teil natürlich auch verwoben sind, aber ich möchte schon noch konkret im Vorfeld auch ein bisschen sagen, was ich glaube, was da genau zu tun wäre. Das Baugesetz und das Raumordnungsgesetz sind sowieso immer sehr eng miteinander korrelierend, da gibt es immer Wechselwirkungen bzw. Dinge, wo das eine vom anderen abhängig ist, aber, wie gesagt, ich glaube, dass es hier massiv darum geht, zum einen einmal die Zersiedelung einzudämmen. Die Zersiedelung, die nämlich automatisch dann auch Wege verringern würde, wenn man die in den Griff bekommt, das heißt, hier entstehen auch wieder Effekte. Dann natürlich die Wohnbauförderung anzuschauen, das ist jetzt zwar nicht ganz deine Zuständigkeit, aber da gehört trotzdem die Verknüpfung zur Bauordnung und zur Raumordnung dazu, weil das wieder viel mit Raumplanung zu tun hat. Wo darf ich überhaupt einen Neubau bauen? Wie darf ich bauen? Auch die Ökologisierung im Bauen hat mit dem Baugesetz wiederum zu tun. Da kann man noch ganz, ganz viel tun. Es wird immer nur gejammert, dass die Vorschriften, die vom Bund kommen, zu hoch angelegt werden und dass das alles Kostentreiber seien. Wenn wir jetzt aber auf der anderen Seite hören, was uns der Klimawandel jetzt schon kostet und die Prognosen sagen, wenn es so weitergeht, dann geht das noch aber so nach oben die Kurve. Das bedeutet in etwa, eine Vorschau zum jetzigen Zeitpunkt, wenn wir also so weitertun wie bisher, dass wir 2050 irgendwo bei 8,8 Milliarden

Euro im Jahr für Katastrophenschäden ankommen werden, und da ist noch ganz Vieles nicht eingerechnet. Also der ganze Problemkomplex, beispielsweise der Klimaflüchtlinge ist da noch nicht einmal berücksichtigt, da kommt auch noch einiges auf uns zu. Also wenn man sich das vor Augen führt, dann muss ich ehrlich sagen, da investiere ich lieber in die Wohnbauförderung und in ein echt ökologisches Bauen, das ich halt in dem Fall dann fördere, als öffentliche Hand, als dann hinterher für Schäden zu bezahlen. Weil es nützt das beste Haus nichts, wenn das Wasser hoch kommt. Ja, dann ist alles kaputt, dann ist es umsonst gewesen, worum wir uns bemüht haben. Die Ölheizungen sind auch immer so ein Thema, beispielweise wo man immer noch auf dem Stand sind im Baugesetz, dass es zwar eine Alternativenprüfung geben muss, aber verboten haben wir sie noch immer nicht, und wir wissen, dass das Erdöl und der Erdölverbrauch halt maßgeblich beteiligt ist an dem Klimawandel. Dann noch ein weiterer Punkt ist natürlich im Wohnbau und in der Bauordnung dann darauf zu schauen, dass im Neubau Ressourcen und Flächenverbrauch reduziert werden, dass kompakt gebaut werden muss, dass die Stätte verdichtet werden muss, das ist ganz, ganz notwendig, anders werden wir es nicht in den Griff bekommen und natürlich eben den Bestand zu sanieren. Ganz ein wesentlicher Punkt. Also man könnte sogar so weit gehen, dass man sagt, bei öffentlichen Bauten verpflichtend zum Beispiel zuerst zu prüfen, ob es nicht einen Bestand gibt, den man sanieren kann, bevor man jetzt irgendetwas Neues baut. Wir haben so viele leer stehende Objekte. Nicht nur in den Regionen draußen, auch in der Stadt herinnen, ist es so. Es gibt ganz, ganz viele Möglichkeiten, wo noch niemand hingegriffen hat bis jetzt und wo etwas zu tun wäre.

Die Landwirtschaft ist jetzt zwar nicht Teil der Anfrage, aber ist auch ein wichtiger Punkt, denn bei der Landwirtschaft geht es natürlich um das Themenfeld der Ernährungswende. Was können wir dort tun? Wie nützen wir den Boden? Natürlich geht es dort auch um die Ökologisierung der Landwirtschaft, um einen schonenderen Umgang mit dem Boden. Humusaufbau ist da ein Riesenthema. Jetzt schau ich den Landwirtschaftssprecher an von der ÖVP, wo man immer wieder leider feststellen, dass halt – wie soll ich sagen – die Neigung zur industriellen Landwirtschaft ist halt nach wie vor da. Auch wenn ihr immer wieder bekennt's, ihr wollt die kleinteilige Landwirtschaft fördern und unterstützen, aber letzten Endes fallen die Entscheidungen halt trotzdem immer so, dass das was wirklich gesund wäre für unsere Umwelt und vor allem für unser Klima so nützlich wäre, am Ende außen vor ist und andere Dinge passieren. (*LTabg. Karl Lackner: „Wir sind nicht geneigt, diese Behauptung zu unterstützen.“*) Gesunde Ernährung, gesunde Ernährung (*Landesrat Dr.*

Buchmann: „*Sie behaupten und wiederholen es immer wieder.*“) Wir sind halt unterschiedlicher Meinung, Herr Landesrat (*Landesrat Dr. Buchmann:* „*Sie wiederholen sich und es stimmt einfach nicht.*“) Das ist das Wesen der Politik, dass man Dinge halt manchmal oft, ganz oft sagen muss, bis selbst vielleicht Sie einmal begreifen, dass wir Recht haben damit, dass gesunde Ernährung etwas mit beispielsweise der Reduktion des Fleischkonsums zu tun hat. (*LTabg. Gangl:* „*Aber das kannst nicht sagen, dass das nicht schon alles geschieht, also.*“) Naja, in kleinen Schritten passiert das eine oder andere, aber vieles passiert nach wie vor nicht, das muss man schon sagen. Ich erinnere mich zum Beispiel an eine Diskussion, die wir da herinnen geführt haben, in der letzten Periode, da ging es damals um die Neonicotinoide – bilde ich mir ein, wenn ich mich richtig erinnere – es war auf jeden Fall eine Landwirtschaftsdebatte und da wurde von dir, Hans Seitinger, erzählt, wie wichtig doch bei uns in der Steiermark der Maisanbau ist, weil wir haben ja so viele tolle Schweinemastbetriebe, die so viel Schweinefleisch produzieren, dass jeder Steirer und jede Steirerin 400 Schnitzel im Jahr essen würde, wenn man das umlegt. (*Landesrat Seitinger:* „*Aber die Richtung ist unlogisch.*“) Ich habe es sogar nachgelesen im Protokoll, weil ich mir damals gedacht habe: Wahnsinn, also ich kenn echt niemanden, der das tut. Was passiert nur mit dem ganzen Fleisch? (*LTabg. Tschernko, MSc:* „*Aber es gibt nicht nur die Steiermark.*“) Ja, du kannst dich dann gerne auch zu Wort melden und das vielleicht korrigieren, aber jedenfalls das steht in irgendeinem Protokoll drinnen. Fakt ist, es wird immer noch viel, viel zu viel Fleisch gegessen und viel zu viel Fleisch produziert. Ich bin keine Vegetarierin, ich bin also keine von denen, die Ihnen was weiß ich was abverlangen würde und Sie zwingen würde zu verzichten, nein, aber gemäßiger Fleischkonsum ist wichtig. Denn auch hier gibt es Hebel in Bezug auf den Klimaschutz und den Klimawandel.

Ein Feld, das möchte ich noch ansprechen, das haben wir bisher komplett außen vor gelassen in der Landtagsdebatte, das ist das Thema fossil divestment, wo gerade die öffentlichen Haushalte und vor allem in ihrem Einflussbereich stehende Unternehmen viele Möglichkeiten hätten, nämlich dort, wo es darum geht, zu investieren, auszusteigen, aus allen Investitionen und aus allen Fonds beispielsweise, die man bildet, die fossile Energie unterstützen. Also das Kappen der finanziellen Verbindungen mit dem fossilen Energiesektor und die Vermögenswerte, die fossilen Vermögenswerte zu verkaufen. Ich weiß nicht, wir haben es noch nie abgefragt, wie das im Land Steiermark wirklich ist? Würde mich wirklich interessieren und vor allem, wie es mit all den Unternehmen steht, die im Einflussbereich des Landes stehen, aber ich gehe davon aus, dass es hier wahrscheinlich noch relativ wenig

Bewusstsein gibt, dass hier etwas zu tun wäre und dass das auch große Hebel sind und ich kann Ihnen sagen, andere Länder tun das bereits. Norwegen hat zum Beispiel den norwegischen Staatsfonds umgestaltet und ist aus den Investitionen in Kohle ausgestiegen. In den USA hat der Bundesstaat Kalifornien einen Beschluss gefasst, dass die Pensionen der Staatsbediensteten und Lehrer außerhalb von Kohle investiert werden, also reinvestiert, weil sie hatten ja schon investiert und haben umgeschichtet und das sind sehr kluge Aktivitäten, denn hier hat man auch einen Hebel und da kann man wirklich direkt ganz viel bewegen. Also auch das ist jetzt eine Anregung von mir an das Land Steiermark, auch hier einmal die eigenen Investitionen und Fonds und Möglichkeiten vor allem zu hinterfragen und zu beleuchten und zu schauen, ob es hier nicht auch etwas gäbe, wo man etwas tun kann.

So ich komme jetzt aber zu meinen Fragen, die ich in dem Zusammenhang stellen möchte, und zwar:

1. Wann werden Sie, ich bleibe jetzt beim Sie, eine Novelle zum Raumordnungsgesetz einbringen, um den Klimaschutz voranzutreiben? Welche Maßnahmen werden dabei im Mittelpunkt stehen?
2. Wann werden Sie eine Novelle zum Baugesetz einbringen, um den Klimaschutz voranzutreiben? Welche Maßnahmen werden dabei im Mittelpunkt stehen?
3. Bis wann werden Sie welche konkreten Treibhausgase reduzierende Verkehrsmaßnahmen setzen?
4. Bis wann werden Sie im Ballungsraum Graz und in den Regionen Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs setzen? Welche werden das konkret sein?
5. Bis wann werden Sie ein mit den Bundesländern Wien und Vorarlberg vergleichbares günstiges und landesweit gültiges Ticket für den öffentlichen Verkehr anbieten?

Es wird aufgefallen sein, dass diese Fragen alle eine zeitliche Komponente haben und es geht nämlich genau darum. Die Uhr tickt und wir müssen rasch handeln. Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei den Grünen – 16.03 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich bitte den zuständigen Landesrat Mag. Jörg Leichtfried um Beantwortung der Anfrage.

Landesrat Mag. Leichtfried – SPÖ (16.03 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Frau Landesrätin, geschätzte Frau Abgeordnete!

Wir haben was gemeinsam – ein Brillenproblem – du hast deine vergessen, ich sehe mit meiner nimmer gescheit, wenn ich etwas lesen will. Habe jetzt eine neue gekriegt, aber dafür sehe ich Sie jetzt alle wieder deutlich. Das ist ja auch sehr angenehm. Danke auch für die Anfrage. Es ist nämlich wirklich ein, ja, brennendes Thema, wenn man diesen Begriff verwenden darf und ich habe mir jetzt wirklich Zeit genommen, ganz ausführlich die Dinge zu betrachten, weil es mir auch wichtig ist und auch mein Respekt vor diesem Gremium, vor diesem Hohen Haus es mir gebietet, sehr eingehend auf die Fragen einzugehen.

Ich möchte am Anfang festhalten, die Steiermark setzt bereits seit vielen Jahren zahlreiche Aktivitäten zum Klimaschutz. Ebenso bereiten wir uns gleichzeitig auch auf die Anpassung an den Klimawandel vor. Es ist ja beides notwendig, sowohl Klimaschutz betreiben, aber auch die Auswirkungen, die es gibt, in der Politik zu berücksichtigen.

Wesentliches Instrument dazu ist der Klimaschutzplan Steiermark und die kürzlich beschlossene Klimawandelanpassungsstrategie. So befinden sich seit Juli 2011 109 Einzelmaßnahmen in Umsetzung. Der Stand der Umsetzung bzw. die Wirksamkeit der Maßnahmen wird mittels eines jährlichen Monitorings dargestellt, also wir tun es nicht nur, wir schauen auch, was sie bewirken, und bringen es der Landesregierung und selbstverständlich auch dem Landtag zur Kenntnis. Das Land Steiermark ist laut dem aktuellen Klimaschutzbericht Steiermark 2014 auf gutem Wege, das EU-Klimaziel für das Jahr 2020, nämlich die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 16 % im Nicht-Emissionshandelsbereich zu erreichen. Die steirischen Gesamtemissionen liegen derzeit equivalent bei 12,5 Millionen Tonnen CO₂, das bedeutet ein Minus von 17,8 % gegenüber dem Basisjahr 2005 mit 15,2 Millionen CO₂ equivalent Tonnen.

Besonders positiv dabei ist die Entwicklung im Gebäudesektor, den du angesprochen hast. Die Emissionen sind hier von 2,05 Millionen Tonnen im Jahr 2005 auf 1,16 Millionen Tonnen im Jahr 2013 zurückgegangen. Das entspricht einer Reduktion um 43 %! Also ich würde sagen, im Gebäudebereich passiert schon was. Ein wesentlicher Faktor dabei war und ist die Umstellung auf erneuerbare Energieträger, die du auch angesprochen hast. Durch gezielte Förderungsmaßnahmen konnte die Anzahl der Biomasse-Heizwerke seit 2005 auf rund 600 Anlagen erhöht werden. Dies entspricht einer Steigerung von 56 %. Also auch eine Zahl, die sich sehen lassen kann. Im Bereich Solarwärme und Pellets wurden ebenfalls enorme Steigerungsraten erzielt. Pro Jahr wurden in den letzten Jahren bis zu 4.000 thermische Solaranlagen (Spitzenwert 2010) und 1.500 Biomasseheizungen gefördert. Um

hier noch besser zu werden, arbeiten wir gerade an einer Attraktivierung der diesbezüglichen Förderrichtlinien.

Im Mobilitätsbereich haben sich die Treibhausgasemissionen mit etwa 2,5 Millionen Tonnen CO₂ equivalent in den letzten Jahren stabilisiert und entwickeln sich sogar leicht rückläufig. Dies bedeutet gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 eine leichte Abnahme von 0,3 Millionen Tonnen bzw. ein Minus von 12 %. Deutlich ist dabei aber in der Steiermark der insgesamt Verkehrszuwachs erkennbar und insbesondere der Zuwachs im öffentlichen Verkehr. So hat sich die Anzahl der beförderten Personen in der S-Bahn von 2007 bis 2014 um 64 % auf 44.000 EinsteigerInnen pro Tag und die der Regional-Bahn, also der Regio-Bahn um 15 % auf 10.500 EinsteigerInnen erhöht.

Eine ebenso abnehmende Tendenz weist die Abfallwirtschaft auf. Die Emissionen dort sind von 0,59 Millionen Tonnen auf 0,46 Millionen Tonnen CO₂ equivalent gesunken. Dies entspricht einer Reduktion von 22 %. Die angesprochene Landwirtschaft ist mit 1,3 Millionen Tonnen CO₂ equivalent in der Summe stabil.

Eine ganz wesentliche Rolle neben den Förderungen all der Maßnahmen spielen doch die Förderung von Informationstätigkeiten – das darf man nicht unterschätzen – Bewusstseinsbildung, Beratung. So kann in den letzten Jahren mittels eines breit angelegten Klimaabbildungsprogramm und Klimabildungsprogramm Tausenden steirischen Schülerinnen und Schülern die Auswirkungen des Klimawandels und der Klimaschutzmaßnahmen sehr gut erklärt werden. Und man muss schon sagen, gerade Kinder und Jugendliche, die ja die Erben dessen sind, was wir hinterlassen, sind auch sehr, sehr interessiert und aufgeschlossen bei derartigen Initiativen. Die Aktion heißt „Ich tu`s - für unsere Zukunft“ und ich denke, damit waren wir auch sehr erfolgreich. Sabine, ich gebe dir aber Recht, trotz dieser durchaus herzeigbaren und positiven Entwicklung dürfen wir nicht übersehen, dass die Zielvorgaben für 2030 so sind, wie du sie beschrieben hast. Danach werden die Klimaziele Reduktion, Emissionshandelsbereich auf 40 % angehoben. Für Österreich könnte dies ein Treibhausgasreduktionsziel bis 2030 in der Höhe von 34 bis 40 % bedeuten, gegenüber dem Basisjahr 2005.

Aktuelle Szenarien des Umweltbundesamtes belegen, dass mit den bestehenden Klima- und Energiemaßnahmen dieses verschärfte Ziel nicht erreichbar sein wird. Da sind wir uns einig. Daher ist es, wenn auch die nationalstaatliche Aufteilung der Reduktionserfordernisse noch nicht fixiert ist, besonders wichtig, dass für die Steiermark bereits jetzt die Klimaziele angepasst werden und wirksame Maßnahmen ausgearbeitet werden und beschlossen werden.

Mit Regierungssitzungsbeschluss September 2014 wurde daher festgelegt, dass der Klimaschutzplan Steiermark und die Energiestrategie 2025 zu einem gemeinsamen strategischen Dokument zusammengefasst werden. Da liegt auch ein einstimmiger Beschluss des Landtages Steiermark dazu vor. Resümee kann ich ziehen, dass das Land Steiermark bis jetzt mit seinen Maßnahmen relativ erfolgreich war, dass gut gearbeitet wurde, dass hohe Reduktionsraten erzielt wurden, aber dass es auch schwierig sein wird, die Ziele für 2030 zu erreichen.

Ich darf jetzt nach dieser kurzen Einleitung zu den Fragen übergehen und Frage 1. wie folgt beantworten: Frage 1, Frage zum Raumordnungsgesetz: Es wird sich auch in dieser Gesetzgebungsperiode ein laufender Unterausschuss mit Raumordnungsthemen befassen. In diesen sollen auch die Ergebnisse der Baukultur-Enquete des Landtages einfließen und selbstverständlich werde ich auch als zuständiges Regierungsmitglied einige Ideen einbringen.

Ich werde die Gelegenheit jetzt nutzen, auch einiges dazu zu sagen. Im Klimaschutzplan Steiermark, Energiestrategie 2025 und Klimawandelanpassungsstrategie Steiermark ist die Raumordnung an sich mit ihren Instrumenten, wie du auch gesagt hast, ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung. Um in der Raumordnung den Herausforderungen des Klimaschutzes entsprechend gerecht zu werden, bedarf es zukünftig auf der Ebene der überörtlichen wie auch der örtlichen Raumplanung eine noch viel konsequentere Umsetzung, der im Raumordnungsgesetz bereits jetzt verankerten Instrumente. Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen sind dabei wahrscheinlich ausreichend. Im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz ist die Berücksichtigung von Klimaschutzziele in den Raumordnungszielen gesetzlich verankert. Man muss schon sagen, hier ist die Steiermark österreichweit Vorreiter! Die anderen Bundesländer haben diese Ziele meines Wissens nicht verankert. Das ist schon bemerkenswert. Die Berücksichtigung sparsamer Verwendung von Energie und der vermehrte Einsatz erneuerbarer Energieträger sind in der Steiermark als übergeordnetes Raumordnungsziel definiert.

Die bisher eingeführten Instrumente zur „Baulandmobilisierung“ sind allerdings unbedingt zu überdenken. Die angedrohten Sanktionen und Fristen werden in der Umsetzung nicht konsequent genug eingehalten. Insbesondere zur nachhaltigen und effizienten Bodennutzung und somit zur Erreichung des Klimaschutzes müssen die bestehenden Baulandmobilisierungsinstrumente eingehalten werden. Und wenn das bis jetzt so mit diesen Sanktionen, die es gibt, nicht gelingt, dann müssen wir hier eindeutig umdenken. Eine

möglichst sparsame Nutzung der vorhandenen Flächenressourcen ist von enormer Bedeutung, insbesondere wenn man weiß, dass jedes verbrauchte, mehr verbrauchte Stück Land, das zuerst ursprünglichen Charakter gehabt hat, unglaublichen CO₂ Ausstoß verursacht. Land speichert nämlich auch CO₂ und wenn es dann versiegelt wird oder anders wo gebraucht wird, entweicht dieses CO₂ und hat natürlich die gleichen Folgen, wie jede andere CO₂ Entweichung. Es geht also um die konsequente Umsetzung! Es geht darum, langfristig die Dinge hier auf die Reihe zu bekommen, wobei natürlich die Probleme teilweise schon vorhanden sind. Gerade die Zersiedelung ist etwas, das ist ja nicht so, dass das erst jetzt passieren wird, sondern schon lange passiert ist und mit dieser Situation umzugehen, ist natürlich ein Problem, das zu behandeln ist.

2. Frage: Wann werden Sie eine Novelle zum Baugesetz einbringen?

Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist auf EU-Ebene die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vom 19.05.2010. Als wesentliche Maßnahmen werden darin die Senkung des Energieverbrauchs und die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energien im Gebäudesektor genannt, die zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen selbstverständlich führen. Diese Richtlinie wurde mit der Steiermärkischen Baugesetznovelle 2015 im Steiermärkischen Baugesetz umgesetzt. Also wir haben hier EU-Gesetzgebung rechtzeitig und im notwendigen Ausmaß umgesetzt. Die bautechnischen Standards, die in der OIB-Richtlinie 6 betreffend Energieeinsparung und Wärmeschutz normiert sind, bewirken auch jetzt schon eine energieeffiziente Ausgestaltung von Gebäuden. Die rechtlichen Rahmen dafür bietet die Bautechnikverordnung, die bereits von der EU notifiziert wurde und am kommenden Donnerstag der Regierung zur Beschlussfassung vorliegt.

Aus der Sicht des Klimaschutzes besteht daher jetzt kein aktueller Handlungsbedarf im Bereich des Baugesetzes. Bin aber selbstverständlich für Anregungen des Landtages jederzeit offen.

3. Frage: Bis wann werden Sie welche konkreten Treibhausgas reduzierende Verkehrsmaßnahmen setzen?

Im Vordergrund der CO₂ reduzierenden Maßnahmen im Verkehrsbereich steht für mich vor allem der Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs sowie Maßnahmen zur Forcierung alternativer Mobilitätsformen, wie beispielsweise E-Mobilität und Radfahrverkehr.

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Steiermark beruht auf vier wesentliche Säulen: 1. Säule: Ausbau S-Bahn; 2. Säule: Ausbau Regio-Bus; 3. Säule: Marketing, Kommunikation, Kundeninformation; 4. Säule: Intermodalität

Nun zum Ausbau der S-Bahn: Ausbau der S-Bahn in der Steiermark ist wohl das wichtigste Regionalverkehrsprojekt dieses Jahrzehnts, auch ein sehr erfolgreiches. Ich habe Ihnen schon die Zahlen genannt, die das bewirkt haben. Was ich noch nicht gesagt habe, durch diesen Zuwachs bei der S-Bahn haben wir jedes Jahr eine Vermeidung von rund 12.700 Tonnen CO₂ und 2,13 Tonnen Feinstaub. Hauptziel der Weiterentwicklung ist der Ausbau der Taktverkehre. Vor allem die Verdichtung der Intervalle in die Weststeiermark sowie ein durchgehender Halbstundentakt auf der S1 und S5 sind durchgehend geplant und können auch realisiert werden. Schließlich wird auch der obersteirische Zentralraum ab 2016 mit zwei neuen S-Bahnlinien zwischen Unzmarkt und Mürzzuschlag bedient werden.

Dazu die konkreten Maßnahmen: Einführung der S8 und der S9 Dezember 2016; Fertig geplant Fahrplan 2017 umsetzbar: Taktverdichtung und Abendverkehr GKB zusätzlich; Abschluss Takte S1/S5; Verdichtung der Takte auf der S8 und S9.

Und wenn der Werner Murgg jetzt zuhört, selbstverständlich S81 nach Trofaich, und zwar nicht nach Trofaich Hauptbahnhof, sondern noch ein Stückel weiter in die Wohngebiete hinein.

Zum Regio-Bus: Dort, wo es keine funktionierenden Eisenbahnverkehre gibt, ist der Regio-Bus natürlich jenes Instrument, das sozusagen an den Schienenverkehr anschließt. Konkret haben wir hier vor: Beseitigung Kapazitätsengpässe; Abschluss Takte Hartberg, Fürstenfeld, Weiz, Graz Nord; Abend- und Wochenendverkehre; Planungen Korridore St. Stefan und Graz Südwest.

Um jetzt noch was vorweg zu nehmen, was auch bei intermodalem Verkehr dazu zu sagen wäre, ganz interessanter Gedanke, mit dem wir uns jetzt beschäftigen: Wie kann man beispielsweise Radfahren und Regio-Bus vernünftig kombinieren? Im Eisenbahnbereich geht das ja schon relativ gut, aber versuchen Sie einmal ein Fahrrad mit dem Bus mitzunehmen, das gestaltet sich noch relativ schwierig. Wäre aber auch eine Idee sozusagen effektiver weiter zu machen.

Nächster Punkt, Marketing und Kundeninformation: Gleich wie die Verbesserung des Angebots ist natürlich auch dahingehende Information wichtig. Wenn man nicht weiß, wann was fährt, wird man eher nicht fahren. Darum ist es auch hier, denke ich, wichtig, diese Dinge weiter zu machen.

Eine weitere Strategie ist die Umsetzung Mikro-ÖV – also Mikroöffentlicher Verkehr. Jetzt haben wir, wenn man es ein bisserl der Reihe nach sieht, zuerst die Eisenbahn, dann die Busse, aber es gibt natürlich auch immer noch Gebiete, wo weder Eisenbahn noch Busse hinfahren und da muss es unser Ziel sein, öffentlichen Verkehr auf eine Art und Weise hinzubekommen, der öffentlich ist, der aber mit sehr viel kleineren Einheiten funktioniert, beispielsweise Taxis, Minibusse und so weiter, die aber nicht dem Taxi- und Minibuspreis unterliegen, sondern dem Verbundpreis. Das ist nämlich das Wichtige dabei. Taxifahren kann jeder fast überall, aber zu einem Preis, der dem Verbundverkehr entspricht, ist es derzeit noch schwierig. Gibt aber ganz interessante Modelle, wie beispielsweise das "Xeistaxi" oder wie sie jetzt auch in Judendorf-Straßengel versuchen, was zu machen. Hier wird es einheitliche Regelungen des Landes Steiermark auch mit Förderungsmöglichkeiten geben, weil dann haben wir die Verschränkung aus Mikro-ÖV – dort, wo sonst nichts hinfährt, aus Busverkehr – wo schon eher was hinfährt und als S-Bahnverkehr und nicht nur S-Bahnverkehr. Wenn man das Eisenbahnsystem weiter denkt, haben wir ja unglaubliche Entwicklungen derzeit, wir haben die S-Bahn mit ihren Zuwächsen, wir haben als Schritt für die mittleren Distanzen jetzt das Ersetzen der Regio-Express-Züge durch die City-Jets, die natürlich auch sehr, sehr viel attraktiver werden, und wir haben für die längeren Strecken die Rail-Jets, wo noch dazu kommt, dass bei der Fahrplanumstellung durch den neuen Hauptbahnhof in Wien bedingt die ganze Vertaktung noch attraktiver wird. Falls jemand gern fliegt, es wird auch Direktzüge dann von Graz nach Wien-Schwechat geben. Es wird möglich sein, wenn man nach Linz fahren will, schneller über Wien-Meidling nach Linz zu fahren mit Rail-Jets, als über die Strecke über Pyhrn-Schober. Also da tut sich meines Erachtens einiges.

Nächster Punkt, Förderung Intermodalität: Habe schon die Kombination Bus – Rad angesprochen, aber genauso Eisenbahn – Rad müssen wir noch stärker versuchen, zu kombinieren, attraktive Abstellplätze für die Räder an den Eisenbahnstationen und so weiter und so fort. Aber das ist nicht genug.

Nächster Punkt, Förderung Elektromobilität: Auch hier muss noch einiges gelingen, Elektromobilität ist klimaschonende Mobilität. Wir haben ja überlegt, was da vernünftig wäre und sind zu zwei Ideen gekommen. Einerseits Förderung E-Bike-Verkehr, das ist nicht allzu kompliziert, und andererseits aber auch Ausschreibung eines Förderprogrammes für die Etablierung E-Carsharing Modelle, also nicht reinen Elektro-Fahrzeuge, sondern E-Carsharing Modelle und die Förderung für Klein- und Mittelbetriebe im Bereich Elektromobilität, was ja natürlich auch relativ interessant ist. Ich habe diese Frage jetzt auch

mit der Beantwortung der Frage 4 verbunden, weil das auch für die Beantwortung der Frage 4 gilt.

Jetzt komme ich zur letzten Frage. Zur Frage 5. Bis wann werden Sie ein mit den Bundesländern Wien und Vorarlberg vergleichbares günstiges, landesweit gültiges Ticket einführen?

Und um diese Frage zu beantworten, möchte ich einmal einige Dinge hinterfragen. Nämlich die Erste ist: Was macht die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs aus? Und die Zweite ist: Wie ist die Situation jetzt? Du hast gefragt, wer von uns hier Anwesenden oft Zug fährt? Ich zähle mich zu denen, die das auch tun. Ich habe heute beispielsweise mit dem Zug um 6.50 Uhr von Bruck an der Mur nach Graz Mühe gehabt einen Stehplatz/einen Sitzplatz zu bekommen. Es ist dann gerade noch gelungen, weil eine aufgestanden ist, für einen älteren Herrn – jetzt habe ich nicht gewusst, was ich davon halten soll, (*allgemeine Heiterkeit*) aber es ist halt passiert, nicht. Diese von mir persönlich erlebte Situation setzt sich fort – ich fahre ja recht oft – der Grazer Bahnhof, jetzt war einmal die Rolltreppe ausgefallen, die hinaufgeht, da hat es sich dann gestaut, bei der Stiege, da hat man wirklich warten müssen, bis man hinauf gehen hat können. Wenn man in die Straßenbahn steigt, muss man Glück haben, wenn man beim ersten Mal hineinkommt, weil so viele Leute sind. Und das ist nicht nur auf dieser Strecke. Das ist auf sehr, sehr vielen Strecken in der Früh und am Abend, die von Graz in das Umland oder retour führt. Also das heißt, unsere Eisenbahnen in diesem Bereich sind eigentlich komplett voll.

Die Frage, was jetzt die Attraktivität öffentlichen Verkehrs ausmacht? Ist relativ einfach zu beantworten und da gibt es gängige Standards dafür. Attraktiv ist öffentlicher Verkehr, wenn er 1. gut vertaktet ist; 2. wenn er erreichbar ist; 3. wenn die Qualität der Verkehrsmittel hoch ist; 4. wenn die Geschwindigkeit dem des Individualverkehrs halbwegs entspricht und schließlich 5. der Preis. Diese fünf Kriterien machen die Qualität von öffentlichem Verkehr aus.

Wir haben jetzt die Situation, dass unsere bereits jetzt vorhandenen öffentlichen Verkehrsmittel zu Stoßzeiten sehr, sehr überfüllt sind. Erster Ansatz daher war für mich dafür zu sorgen, wenn man noch mehr Menschen in öffentliche Verkehrsmittel bringen möchte, dann muss man diese Verkehrsmittel einmal zur Verfügung stellen. Und deswegen der Ausbau der S8 und der S9, Ausbau der anderen, die ich noch aufgezählt habe, bessere Vertaktung, mehr Züge und so weiter und so fort. Gleichzeitig dafür sorgen, dass die Züge

attraktiv werden. Wenn man jetzt vergleicht mit dem City-Jet fahren oder mit dem alten Regio-Express fahren – ist wie Tag und Nacht.

Dann Vertaktung: Auch für die Vertaktung gibt es Ansätze. Wenn wir jetzt über die S8 und S9 diskutieren, Werner, nicht nur schauen, dass die bis Unzmarkt fahren und sonst nichts ist, sondern dass es auch gute Vertaktung nach Richtung Liezen gibt und gute Vertaktung nach Murau, genau. Weil dann habe ich schon wieder mehr Anschluss. Nächster Schritt wird sein, durch eine Haltestelle in St. Michael die Fahrzeit von Judenburg bis Leoben um zehn Minuten zu reduzieren. Da kommen wir wieder zum Tempo. Beispielsweise Radkersburger Bahn – war jetzt vor kurzem dort – da muss es uns gelingen, wenn einer von Radkersburg nach Graz Hauptbahnhof fährt, dass das in einer Stunde/15, einer Stunde/20 ungefähr gelingt, weil dann ist es schon wieder schneller als mit dem Auto. Also das sind die Dinge, woran wir jetzt arbeiten, um die Eisenbahnen weiter voll zu bekommen.

Wenn man sich jetzt den Preis anschaut, ist es auch relativ interessant, dass derzeit – ich habe wieder die Strecke Bruck – Graz genommen, muss ich mich entschuldigen, weil da kenne ich mich aus, darum weiß ich die Zahlen auch so halbwegs – eine Wochenkarte von Bruck nach Graz 40,70 Euro kostet. Wenn man auf Basis 5-Tage Woche die Strecke mit dem PKW berechnet, mit amtlichen Kilometergeld, dann sind das 231 Euro. Eine Monatskarte kostet 134,90. Wenn man wieder die 20 Fahrten mit PKW berechnet, sind das 924 Euro. Eine Jahreskarte auf dieser Strecke kostet 1.245 Euro, die Kosten für PKW-Fahrt wären 10.164 Euro. Aus rein verkehrspolitischer Sicht, ich sage jetzt bewusst, aus rein verkehrspolitischer Sicht, ist daher die Motivation eigentlich statt den Privat-PKW den Zug zu verwenden schon da. Das muss man da einmal offen sagen. Aus dieser Gesamtsituation heraus war es für uns jetzt auch natürlich in Anbetracht der begrenzten Mittel, das muss man ja auch einmal sagen, zuerst wichtiger zu schauen, dass wir mehr Züge haben, dass wir bessere Züge haben, dass die besser vertaktet sind, dass sie insgesamt attraktiver werden. Das kostet natürlich was. Aber es kostet bei Weitem nicht so viel, wie die geschätzten, und ich sage das jetzt bewusst, geschätzten 13 Millionen Euro, die so ein gesamtsteirisches günstiges Ticket ausmachen. Diese Entscheidung ist jetzt von mir so getroffen worden und ich rechtfertige sie auch. Ich möchte aber schon noch was dazu anmerken. Wenn man über die verkehrspolitische Dimension hinausgeht, und das muss man ja auch machen, dann ist natürlich der Ansatz für diese günstigen Tickets ein ganz ein anderer – nämlich, insgesamt günstigen öffentlichen Verkehr zur Verfügung zu stellen, muss natürlich Anspruch an die Politik sein. Und je günstiger öffentlicher Verkehr ist, desto weniger soziale Ausschließungsgründe gibt es für

Mobilität. Das muss man mit sehen. Deswegen meine ich, ist der Vorschlag so ein Ticket zu machen, natürlich vernünftig. Aber in der Abfolge würde ich meinen, dass es zuerst besser ist – und nicht nur in der Abfolge, sondern auch im Zuge unserer finanziellen Möglichkeiten, die wir haben, wir müssen ja realistisch sein – ist es zuerst einmal wichtig, einen öffentlichen Verkehr auszubauen, attraktiv zu machen, noch mehr Menschen in die Züge, in die Busse, in den Mikro-Verkehr, aufs Radl in die Kombination zu bringen, und als nächsten Schritt, so es dann auch möglich ist, die Preise versuchen zu verbilligen. Dann hätten wir wahrscheinlich alle Erfordernisse für einen unglaublich attraktiven öffentlichen Verkehr in der Steiermark erfüllt. Man kann durchaus sagen, dass ein Verkehrssystem, wie das Wiener, da Vorbild sein kann. In Wien ist es derzeit für junge Menschen nicht mehr schick – wenn man das so sagen kann – ein Auto zu kaufen, auch nicht notwendig, die investieren lieber in andere Sachen, was immer das ist. Es ist natürlich die Topographie der Steiermark auch nicht mit der Topographie Wiens zu vergleichen, also ganz wird es nicht funktionieren, aber wenn wir das als steirische oder wenn Sie das – ich bin das ja nicht – als steirische Gesetzgeber als Ziel für uns in Anspruch nehmen, glaube ich, ist das schon ein gutes Ziel, an dem wir gemeinsam arbeiten sollten. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 16.29 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Danke für die Beantwortung. Zu Wort gemeldet hat sich Dipl.-Ing. Hedwig Staller seitens der FPÖ.

LTabg. Dipl.-Ing. Staller - FPÖ (16.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kollegen in den Reihen der Abgeordneten, meine Damen und Herren und speziell meine Kollegen von den Grünen!

Dass wir in der heutigen Landtagssitzung mit einer Dringlichen Anfrage zu einer Anfrage zu Ereignissen in Paris konfrontiert werden, das hat mich nicht gewundert, dass Sie sich dabei allerdings auf die 21. UN Weltklimakonferenz beziehen, die im Dezember 2015 in Paris abgehalten werden soll, überrascht dann doch. Ein Dringliches Thema? Und Frau Kollegin Jungwirth, Sie philosophieren über Schnitzel und seit wann Sie das Auto nicht mehr nutzen. Ein Dringliches Thema? *(LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne: „Ja.“)* Ich verstehe ja auch, dass unser Umweltlandesrat und Verkehrslandesrat Leichtfried erfreut ist über die Anfrage. Kann aber auch in der Beantwortung auf viele umsichtige und vorausschauende Maßnahmen zurückgreifen, die unter unserem Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann in die Wege geleitet wurden *(Heiterkeit bei den Abgeordneten – Beifall bei der FPÖ)* Natürlich interessiere ich

mich als Umweltsprecherin meiner Fraktion für alle umweltrelevanten Themen, also reden wir darüber. Ich darf kurz auf die beiden Entschließungsanträge eingehen, die Sie im Pallast angebracht haben und die Sie noch ausformulieren werden. Wir werden diesen beiden nicht zustimmen. Warum? Grundsätzlich stehen wir der Thematik einer Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs positiv gegenüber. Aber für die Umsetzung ist eine Sonderfinanzierung des Landtages notwendig. Solche Zusatzausgaben und das wissen wir Freiheitliche aus eigener Erfahrung, können nicht aus den spärlichen Mitteln des Verkehrsbudgets gestellt werden. Ich stelle mir auch die Frage: Was bringt eine günstige Jahreskarte, ohne den qualitativen Ausbau des öffentlichen Verkehrs? Seien wir uns doch ehrlich. Die Subvention der Ticketpreise durch den öffentlichen Haushalt bringt eines: Mehr Steirer oder mehr Grazer kaufen sich eine günstige Jahreskarte, aber bleibt das Auto deshalb in der Garage? Nein, das bleibt es nicht. Aus eigener Erfahrung und aus zahllosen Gesprächen in meinem persönlichen Umfeld weiß ich, dass speziell in Graz niemand auf Bus und Bim umsteigt, wenn der Weg zur Arbeit doppelt so lang dauert, wie mit dem eigenen Auto, oder immer noch länger als mit dem Fahrrad. Manche kaufen die günstige Jahreskarte, weil sie glauben, dass sich die Anschaffung rentiert. Und wenn sie dann eine Besprechung haben, die länger dauert oder einen Abendtermin, oder die Kinder dringend von der Schule zur Flötenstunde oder zum Arzt bringen müssen, dann verwenden sie erst wieder das Auto und der tägliche Arbeitsverkehr bleibt uns erhalten. Also Attraktivierung ohne Ausbau? Erhöhte Quantität, sprich mehr verkaufte Jahreskarten ohne verbesserte Qualität? Das macht keinen Sinn. *(Beifall bei der FPÖ)* Zum Topticket für Studierende, es gilt auch wie vorhin: Ohne Sonderfinanzierung des Landtages wird es nicht gehen. Am 13. Jänner 2016 findet ein Unterausschuss zum Thema Jugendmobilität statt. Seien Sie doch so fair und warten die Ergebnisse dieses Unterausschusses ab, meine Kollegen von den Grünen. Mir als gelernte Umwelttechnikerin, die sich in den letzten 14 Jahren intensiv mit Abluftreinigung und mit Umweltthemen beschäftigt hat, gefällt es, wenn Sie sich auf Ihre Kernkompetenz konzentrieren, und wir Freiheitlichen sind die Letzten, die Ihre Anträge aus politischem Lagerdenken abtun oder ablehnen. Doch wir können mehr von Ihnen erwarten, als ein paar unausgereifte Vorschläge. Und beim nächsten Mal bitte etwas mehr Substanz. *(Beifall bei der FPÖ – 16.34 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hubert Lang.

LTabg. Hubert Lang – ÖVP (16.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Kurze Replik zur Frau Kollegin Staller. Es hat sich nicht nur der Herr Landesrat gefreut, dass diese Anfrage gekommen ist, wir haben uns natürlich auch gefreut, weil das Thema Klimaschutz ist natürlich immer ein wichtiges Thema. Ich darf aber schon auf eines hinweisen, weil Sie den Herrn Landesrat und jetzigen Präsidenten Kurzmann angesprochen haben: Die Initiative S-Bahn beruht auf das Konzept der Frau Landesrat außer Dienst Kristina Edlinger-Ploder und was das Wirken des Herrn Präsidenten Kurzmann und damals Landesrat Kurzmann betrifft, haben wir ständig eingefordert, eine Prioritätenreihung vom Ausbau des Straßennetzes und eine Prioritätenreihung der Sanierungen des Straßennetzes. Ich habe es bis heute noch nicht gesehen. Wir hätten uns das sehr gewünscht, weil das einfach wichtig ist, dass wir wissen, was passiert, auch um eine Zielvorgabe, um die wirtschaftlichen Auswirkungen mit zu berücksichtigen, dass tatsächlich ein klares Konzept für den Ausbau stattgefunden hätte. Das nur als Replik zur Wortmeldung der Frau Kollegin Staller.

Der Herr Landesrat hat sehr intensiv ausgeführt und sehr gut aufbereitet, was schon alles passiert ist. Mich hat es insgesamt schon gefreut, wie die Frau Kollegin Jungwirth auf den Klimaschutzplan 2010 hingewiesen hat und Sie werden sich jetzt wundern, wieso? Das klare Bekenntnis dazu, auch was die Maßnahmen betrifft. Sie wissen, dass im Klimaschutzplan 2010 sechs Handlungsbereiche definiert sind auch mit Maßnahmen, die vorgesehen sind. Einige dieser Maßnahmen, die schauen wir uns jetzt an oder würde ich gerne so aufbereiten, dass wir sie uns näher anschauen. Der Herr Landesrat hat schon angeführt, was die Maßnahmen im Gebäudesektor betreffen, hier gibt es ja auch immer wieder die Klimaschutzberichte, ich darf Sie darauf hinweisen, auch punktuell dargestellt, was in Vorbereitung ist, was in der Umsetzung ist, was schon umgesetzt worden ist oder was man mit Programmen, mit Förderungen ausgestattet in der Umsetzung sich befindet. Darf ich vielleicht anregen, diese Klimaschutzberichte etwas näher anzuschauen. Hier ist auch angeführt, was im Gebäudesektor die umfassende Sanierung betrifft. Gerade im öffentlichen Gebäudesektor sind umfangreiche Maßnahmen nicht nur beschlossen, sondern auch umgesetzt worden. Ich darf vielleicht daran erinnern, es hat große Aktivitäten gegeben und es ist natürlich auch in Zukunft notwendig, effizientere Nutzung von der Elektrizität in den Haushalten. Sie wissen ganz genau, was den Standby Modus betrifft, was die Beleuchtungen betrifft. Hier sind große Aktivitäten gestartet worden und sind auch umgesetzt worden. Ziel ist es ja auch, dass in Zukunft nicht Nullenergiehäuser gebaut werden oder sogar

Plusenergiehäuser nicht nur geplant, sondern auch gebaut werden sollen. Es gibt hier Pilotprojekte, Häuser, die mehr Energie liefern, als sie tatsächlich brauchen. Im Bereich der Mobilität hat der Herr Landesrat schon ausgeführt, was alles passiert. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang schon auch noch daran erinnern, nachdem ich Vorsitzender einer Region, in dem Fall Oststeiermark, bin, sind wir ja auch beauftragt, auch über die Fachabteilung 17 regionale Konzepte zu erstellen. Nicht nur in der Raumplanung, wo es auch darum geht Vorrangzonen festzulegen, sondern auch ein regionales Verkehrskonzept, was ist für die Region wichtig? Wo wir genau diese Dinge, die der Herr Landesrat angesprochen hat, auch betrachten müssen. Die Verbindungen zur Landeshauptstadt aber auch nachdem wir in der letzten Periode durch Fusionierungen in der Verwaltung – wir haben Bezirke zusammengelegt – hier ergeben sich neue Prioritäten, dass wir hier das Verkehrskonzept auf aktuellen Stand bringen. Aber auch durch die Gemeindestrukturreform ergeben sich natürlich neue Schwerpunktsetzungen. Es ist hier die Zeitvorgabe ganz klar definiert über die Fachabteilung 17. Wir in den Regionen sind in der Vorbereitung und werden das auch dementsprechend aufbereiten. Sagen wir heute schon danke, Herr Landesrat, auch für die Unterstützung, dass wir das dementsprechend für die Regionen in Umsetzung bringen können und damit auch die Regionen zu stärken. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sind Maßnahmen im Klimaschutzplan einige Dinge oder so viele Dinge drinnen, die auch derzeit schon in der Umsetzung sind. Ein wichtiger Punkt ist schon drinnen: Regionale Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln. Wir haben jetzt schon des Öfteren debattiert in diesem Hohen Haus, Lebensmittelproduktion zu ermöglichen und nicht zu verhindern. Eine Lebensmittelproduktion erfordert nicht nur, dass Bäuerinnen und Bauern bereit sind, die Arbeit auf sich zu nehmen, das Risiko auf sich zu nehmen, sondern auch dass die Rahmenbedingungen passen, dass man tatsächlich produzieren kann und dazu sind natürlich auch die Rahmenbedingungen, dass man einen Pflanzenschutz zulässt, einen Tierschutz zulässt, Produktionsmöglichkeiten, ob das jetzt Bauten im Baugesetz, ob das Stallbauten sind, jedenfalls Produktionsmöglichkeiten regional sicherzustellen, dass wir konkurrenzfähig sind, nicht nur gegen andere Bundesländer, vor allem aber auch in Europa konkurrenzfähig sind, dass wir tatsächlich diese Regionalität, was Klimaschutz betrifft, auch leben können, dass wir hier produzieren können, dass wir kurze Wege haben und damit auch für den Klimaschutz Beitrag leisten können. Im Bereich Landwirtschaft darf ich schon auch darauf hinweisen, dass es in dem Maßnahmenkatalog sehr wohl auch geht, die Nutzung von Biomasse als Energielieferant – hier hat es große Fortschritte gegeben – es ist auch schon kurz

angesprochen worden, was die Biomasse betrifft, allerdings auch im Bereich Biogas und in der Nutzung von Abfall aus Rohstoff sind große Fortschritte erzielt worden. Auch diese Maßnahmen haben Auswirkungen auf eine positive Entwicklung für den Klimaschutz. Im Bereich der Produktion darf ich vielleicht noch ganz kurz darauf eingehen: Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen, Entwicklung zur Verwendung von regenerativen Energiequellen, Förderprogramme für emissionsreduzierte Technologien. So ist es definiert im Maßnahmenkatalog. Ich kann Ihnen die Lektüre gern näher bringen, wo man nachlesen kann, wie diese Maßnahmen auch umgesetzt worden sind. Im Bereich der Energiebereitstellung habe ich schon kurz darauf hingewiesen: Der Ausbau der Biomasse. Der Erzeugung der Energie insbesondere von Stromausbau einer Stromerzeugung auch in der Region auch im Lande. Das heißt, es ist definiert im Klimaschutzplan auch der Ausbau von Wasserkraft, auch der Ausbau von Windkraft. Mein Appell, das sich zu Herzen zu nehmen, ermöglichen und nicht verhindern; der Ausbau von Sonnenenergie, auch der Ausbau und die Nutzung von der Abwärme als Energieträger. Es ist auch noch, und das ist nicht zu unterschätzen, ein Maßnahmenbestandteil im Bereich Klimastil, und zwar geht es darum in der Bewusstseinsbildung aktiv die Bevölkerung darauf hinzuweisen, wo man Klimaschutz auch leben kann und hier gibt es ja die Aktivitäten, es beginnt ja schon im Kindergarten und in der Schule mit Informationsveranstaltungen. Vielleicht nur ein kleiner Hinweis, weil wir das Thema Sicherheit immer ansprechen, man kann auch Urlaub im sicheren Land Steiermark machen. Man muss nicht weit mit dem Flieger auf Urlaub fliegen. Bewusstseinsbildung nicht nur in den Schulen, sondern in den Vereinen. Bewusstseinsbildung auch in den Gemeinden. Meine Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Jungwirth, ihr habt da Entschließungsanträge vorbereitet. Die Frau Kollegin Staller ist schon kurz darauf eingegangen. Es gibt einen Unterausschuss Jugendmobilität. Der ist einmal beschäftigt, alle Informationen, die Gesamtübersicht im Unterausschuss einzubringen, auch Einladung von Fachexperten ist vorgesehen. Dann kann man darüber diskutieren, ist das sinnvoll? Ist das tatsächlich im Sinne auch einer Jugendförderung zu betrachten? Die Beschlüsse werden im Unterausschuss vorbereitet, aufbereitet und werden dann dem Landtag zugeführt. In diesem Fall ist dieser Antrag jetzt zu früh und ist auch dementsprechend abzulehnen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.46 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Lambert Schönleitner seitens der Grünen. Bitte.

LTabg. Schönleitner – Grüne (16.46 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Herren Landesräte!

Karl Lackner sagt zu mir, es haben uns alle Recht gegeben. Ganz so habe ich es nicht gehört. Aber in einigen Punkten schon und das war das Wichtige und das Wesentliche. Danke, Herr Landesrat, für die Beantwortung der Fragen unserer Dringlichen Anfrage.

Ich gehe zu Beginn auf das 365 Euro Ticket ein. Warum wir das so massiv fordern? Es ist ja eine alte Geschichte darüber zu diskutieren „Was ist wichtiger, die Qualität oder der Tarif?“ Es ist schon richtig, die Qualität ist unbestritten wichtig im öffentlichen Verkehr. Wenn ich keinen öffentlichen Verkehr vorfinde, dann hilft mir das beste Tarifsysteem nichts, aber dennoch sagen uns die Beispiele der letzten Jahre und auch Monate, wenn ich nach Graz schaue, dass natürlich die Ticketgeschichte, die Tarifgeschichte viel bewegen kann. Vorarlberg hat es uns als Bundesland, was zwar etwas dichter besiedelt ist als die Steiermark, das ist schon richtig, in Flächenbundesländern schaut das Verhältnis ein bisschen anders aus, gezeigt, dass es geht. Wien hat uns gezeigt, dass es geht mit einem 365 Euro Ticket. Schon dort hat man gesehen, dass eigentlich ganz viel der entstehenden Kosten, für dieses Angebot durch die mehrverkauften Karten, wieder hereinkommen. Aber was das Wesentliche ist, und wir diskutieren ja über Klimaschutz, es ist dadurch gelungen, ganz viel mehr Fahrgäste auf die Bahn zu bringen, auf den Bus zu bringen und das ist wesentlich. Weil das sagen uns ja die Fakten. Wenn man Graz anschaut, ich glaube, der Bürgermeister selber war es, der vor etlichen Tagen das Beispiel Graz gebracht hat, da kostet das Jahresticket 228 Euro. Da war es im Jänner 2015 so, dass 10.000 Tickets verkauft waren, bis Mitte November eben jetzt waren es bereits 32.000. Das sind 6,4 % mehr an Fahrgästen und das ist, was den Klimaschutz anlangt, wenn man weiß, was der Verkehr auslöst, viel, was wir dadurch schon, Frau Kollegin Staller, auch vom Privat-PKW, auf die Bahn auf den Bus gebracht haben. Denn, dass wer gleichzeitig mit dem PKW in die Stadt fährt und mit dem öffentlichen Verkehr, das ist nicht der Fall. Selbst wenn wer ein Auto hat, wo Sie wahrscheinlich Recht haben, ich habe auch einen PKW, weil ich natürlich nicht alles Öffentlich fahren kann – vieles nicht, leider – dann ist es doch so, dass man natürlich dann wesentlich weniger CO₂ Ausstoß hat, wenn man dieses Ticket nutzt und offenbar haben viele Menschen, lieber Herr Landesrat, und das muss man einfach sehen, dies ist eben genau der Motivationsmoment um auf den ÖV umzusteigen, wenn das Tarifsysteem einfach ist, ich kann einfach ein Ticket für das ganze Jahr haben und wenn ich einigermaßen einen guten Preis bekomme, dass das funktioniert. 6,4 % in Graz und warum erwähne ich Graz zu Beginn? Weil wir wissen, wenn man die steirische Klimabilanz

anschaut, dass wir gerade zwischen Graz und Graz-Umgebung natürlich riesige Probleme im Individualverkehr haben. Das ist der Speckgürtel, wo die Leute reinfahren und dieses Grazer Ticket, das es in der Stadt ja gibt, das gilt für Menschen aus dem Grazer Umland nicht. Das ist eines der größten Probleme. Das heißt, wenn wer das ganze Jahr in der Stadt herinnen arbeitet, seinen Arbeitsplatz hat, kann er dieses Ticket nicht lösen, weil er nicht Grazer oder Grazerin ist, hier nicht Hauptwohnsitz gemeldet ist, und das ist aus meiner Sicht was man ganz, ganz schnell beheben muss. Und wenn man dann noch einen Schritt weiter denkt und sich das Wiener Beispiel anschaut und Vorarlberg, dann ist es, glaube ich, schon sehr, sehr vernünftig, diese Tarifreform sehr rasch anzugehen. Es war einmal vom Chef des Verkehrsverbundes Hensle die Rede, von 11 Millionen Euro pro Jahr mehr, was das in der Einstiegsphase kosten würde. Wenn man sich jetzt aber die Grazer Zahlen anschaut, da war es nämlich so, dass ein Rückgang in anderen Kartenkategorien gar nicht das „weggefressen“ hat, was die Mehreinnahmen durch das neue Ticket ausgemacht haben. Das heißt, es war im Großen und Ganzen so, dass auch neben dem ökologischen Effekt, den es gegeben hat, durch die Jahreskarte in Graz, ein ökonomischer Effekt entstanden ist. Das war so. Die Grazer Verkehrsbetriebe haben durch dieses Ticket sogar mehr Einnahmen gehabt unterm Strich. Das ist die Realität. Und das kann man nicht wegdrängen. Das sind letztendlich schon die Fakten, das sind die Fakten, Frau Kollegin Staller, die eben auch am Tisch liegen. Aber dass es richtig ist und darum würde ich es mir so wünschen, dass wir dieses Ticket für die Steiermark auch angehen, dass wir nicht noch länger zögern und sagen, das können wir eh nicht machen, bauen wir einmal den öffentlichen Verkehr aus. Es ist nämlich im Vergleich zum Ausbau, um es ganz klar zu sagen, eine eigentlich geringe Summe, die wir jährlich aufbringen müssen, um so ein Tarifsystem in der Steiermark zu verankern. Dass die Qualität des öffentlichen Verkehrs in der Steiermark teilweise katastrophal ist, ist ein Faktum. Ja, also wenn man am Abend noch zurück will ins Ennstal, schaut es schlecht aus. Man hört um sieben auf, dann geht, glaub ich, um 8.25 Uhr der Rail-Jet Richtung Bruck, dort steigst in den Regional-Express ein Richtung St. Michael, dann steigst in den Bus ein, fährst durch die Gemeinden durch – da fährt kein Mensch mehr. Es ist leider so, weil die Zeit einfach viel zu lang ist. Aber da müssen wir sowieso was tun. Es muss uns auch klar sein, die Investition in den öffentlichen Verkehr, in die Infrastruktur, die müssen wir ja ohnehin bewerkstelligen, da gibt es ja auch Finanzierungsinstrumente. Auf das möchte ich auch ganz kurz eingehen, weil du ja auch angekündigt hast, gemeinsam mit den Klimaschutzreferenten der Länder, dich dafür einzusetzen, dass wir auch eine flächendeckende LKW-Maut brauchen. Das ist so ein

Beispiel. Flächendeckende LKW-Maut ist wichtig. Es ist unglaublich, wie viele Menschen der Maut auf den Autobahnen ausweichen. Zusätzlich natürlich die Bundesstraßen massiv belasten, was auch zu einem Qualitätsverlust im ganzen Landes- und Bundesstraßennetz führt, und wir letztendlich einen völlig falschen Steuerungseffekt haben. Auch durch diese Einnahme kann man was hinüberbringen, in den Bereich, den öffentlichen Verkehr zu attraktivieren. Irgendwann wird es halt auch auf Bundesebene – das muss man auch ehrlich sagen – so etwas brauchen wie eine ÖPNV Nahverkehrsfinanzierung. Wenn wir den Klimawandel ernst nehmen, dann werden wir natürlich in diesem Bereich finanzieren müssen. Aber jetzt zu sagen, wir bleiben in der Steiermark hinten, ein bisserl hast du es ja in Aussicht gestellt darüber nachzudenken, und das wäre mein Wunsch, wir bleiben jetzt hinten und es nicht zu tun, Richtung 365 Euro Ticket die Vorbereitungen zu treffen, das ist, glaube ich, ein Nachteil. Weil du hast heute eingangs gesagt, bei deiner ersten Wortmeldung hier, im Landtag – wie es auch um Umweltfragen gegangen ist –, dass die Verkehrsfrage auch eine soziale Frage ist. Und das ist ein Faktum. Es ist ganz klar, dass diese Kosten von einem PKW, die du zuerst erläutert hast, wenn man mit dem amtlichen Kilometergeld umrechnet und alles was ein PKW in Summe verursacht, für viele Menschen nicht mehr leistbar sind. Das ist so und darum ist es wichtig, den öffentlichen Verkehr in diesem Punkt natürlich zu attraktivieren.

Die Klimaschutzziele der Steiermark hast du angesprochen. Es ist gut, dass sich was bewegt. Das möchte ich auch gar nicht schlecht reden. Es hat sicher Punkte gegeben, wenn man den Wohnbau hernimmt, die Sanierung hernimmt, wo sich was bewegt hat. Aber wenn man wirklich hinschaut, ist es in erster Linie natürlich – oder zu einem großen Anteil der öffentliche Verkehr – wo wir was tun müssen, und darum ist das Hauptaugenmerk dorthin zu richten, und aus diesem Grund haben wir natürlich auch das Topticket noch einmal angesprochen. Es war ja so, die Studierenden können dieses Topticket nicht nützen. Es gilt für Schüler und Lehrlinge und es haben ja viele für das Topticket unterschrieben, viele Studentinnen und Studenten. Es waren 50.000 Studierende, die in der Steiermark diese Petition unterstützt haben. Dies alles bewegt etwas, damit Menschen vom privaten PKW, vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können. Und ich würde mir einfach wünschen, dass wir zwar in Unterausschüssen verhandeln, aber Kollege Hubert Lang, du weißt, wir haben schon in der letzten Periode lang über solche Dinge verhandelt, und immer wieder hat es von euch dann geheißt, es geht nicht. In Wien ist im Übrigen das Topticket auch für Schüler und Lehrlinge für drei Bundesländer wesentlich günstiger als bei uns. Also offenbar geht in anderen Bundesländern etwas.

Nahverkehrsabgabe ein Thema, ich glaube, jetzt gibt es wieder einen Antrag der KPÖ, derzeit, wir haben es auch schon mehrfach beantragt. Man muss sich auch Finanzierungsinstrumente überlegen, damit wir diese Ticketsysteme, damit wir die Infrastruktur im öffentlichen Verkehr verbessern können.

Bevor ich die Anträge einbringe, möchte ich schon noch auf die Raumordnung ein bisschen eingehen. Ich war unlängst auch bei dieser Raumordnungsveranstaltung, wo du eröffnet und begrüßt hast, oben am Karmeliterplatz, und ich war schon ein bisschen enttäuscht eingangs, dass eigentlich die Abteilungsfachleute gesagt haben: Na, es würde keine Novelle der Raumordnung, des Raumordnungsgesetzes brauchen, damit wir hier was weiterbringen. Und das ist, glaube ich, einer der größten Fehler. Es ist richtig, wir haben Klimaschutzziele ins Raumordnungsgesetz hinein geschrieben. Wir haben Unmengen an Kannbestimmungen aufgenommen. Wo das Land etwas tun kann, wo wir im Rahmen der Repros bestimmte Zonen ausweisen können, wo wir bestimmte Verkehrskonzepte im Rahmen der Raumordnung festschreiben können. Aber die Bestimmungen sind letztendlich alle so, dass ein breiter Interpretationsspielraum besteht und die Gemeinden das natürlich – und das kann man ihnen auch gar nicht verdenken, sie sind vor Ort bei der Bevölkerung – vielfach in dieser Form natürlich nicht ausreichend umsetzen. Ich glaube, es braucht auch so etwas in der Raumordnung wie den Willen zur Planungsverantwortung. Wenn jetzt zum Beispiel im Bezirk Liezen das Repro überarbeitet wird und man geht als allererstes hin zu den Gemeinden, was wünscht ihr euch denn, dann ist man unehrlich zu den Gemeinden. Weil manche Dinge werden nicht mehr gehen und wenn man sich die Verkaufsflächendichte in der Steiermark anschaut, wie viel Verkaufsfläche wir pro Einwohner schon haben, dann ist wirklich echt Feuer am Dach. Und ich glaube, man muss eines tun, Einkaufszentren im Raumordnungsgesetz ein für alle Mal ausschließen. Wir müssen Neue ausschließen und die Bestehenden, und damit bin ich schon beim nächsten Vorschlag einer Finanzierung, die nächsten – das hat auch der Städtebund immer wieder vorgeschlagen – die Bestehenden natürlich über eine Stellplatzabgabe, wie sie auch immer ausschaut, über das wird man verhandeln können, auch zur Kasse bitten. Das sind ja die, die nicht nur unsere Innenstadtkaufleute unter Druck bringen oder das Leben in den Zentren unter Druck bringen, das sind letztendlich auch diejenigen, die wahnsinnig viel an Klimaemissionen durch die Standorte, die draußen sind, verursachen. Das ist alles Gestaltungsmöglichkeit, wie du heute richtig gesagt hast, wo wir selbst agieren können, wo wir selbst was tun können, damit sich hier etwas verbessert. Letzter Punkt, was mir wehgetan hat, wo es auch um Energiepolitik in

der Steiermark geht oder was mich wirklich stört, ist, das Nichtnutzen des Vorkaufsrechtes und Landesenergieversorgers. Ich glaube, da haben wir was versäumt. Wir haben leider mit der ESTAG in den letzten Jahren das nicht geschafft, was andere Bundesländer teilweise geschafft haben, was auch viele Private geschafft haben in der Steiermark, kleinere EVO's, nämlich wirklich im Bereich der erneuerbaren Energien einzusteigen. Wenn man schaut, was die ESTAG zum Beispiel im Windbereich, im Windenergiebereich gemacht hat, dann ist das wenig und sehr, sehr gering eigentlich. Darum ist es schade, dass wir diese Chance nicht genutzt haben, uns diese Gestaltungsmöglichkeit zurückzuholen und als Land Steiermark auch über unseren Landesenergieversorger natürlich versuchen könnten, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Die Landwirtschaft ist angesprochen worden, die Flächenversiegelung. Es ist so, dass die Flächenversiegelung ein Riesenproblem ist. Kollege Seitinger ist, glaube ich, jetzt nicht mehr da, jeder verspricht (LTAvg. Riener - ÖVP: „*Dort steht er.*“ LTAvg. Lercher – SPÖ: „*Er arbeitet.*“) – er arbeitet – auf der Seite der SPÖ, sehe ich gerade, Herr Landesrat, Flächenversiegelung, in der Landwirtschaft, du hast vor kurzem, du hast vor kurzem medial wieder gesagt, wie schlimm das ist mit der Bodenversiegelung und wir müssen da was tun und der Landwirtschaft wird Grund und Boden entzogen. Wenn man dann genau hinschaut, ist es halt mit der Umsetzung oder mit konkreten Schritten in diesem Bereich nicht sehr weit her. Und das ist aus meiner Sicht eine Frage der Glaubwürdigkeit. Denn wenn uns wir schon seit zehn Jahr sagen, wir müssen was tun gegen die Flächenversiegelung, in der Raumordnung, dann muss halt irgendwann die Regierung in diesem Bereich auch was umsetzen, wirklich wo einmal auf die Bremse steigen. Baulandmobilisierung hast du angesprochen: Völlig richtig, wie es da aussieht. Wir haben einen Baulandüberhang, der ist eigentlich enorm. Die Steuerungsinstrumente haben wir uns immer als Wunsch angedacht, sie stehen teilweise auch im Raumordnungsgesetz, aber nachdem es nur Kannbestimmungen sind und eben keine verbindlichen Bestimmungen, ist in diesem Bereich leider ganz, ganz wenig in den letzten Jahren weitergegangen. Ich würde mir einfach wünschen, dass wir das 365 Euro Ticket irgendwann, meinetwegen soll es anders heißen, 364 Euro, 367, vielleicht auch Jörg Leichtfried Ticket, ist auch ganz egal, ich glaube, wir sollten es einfach für die Bevölkerung in der Steiermark umsetzen. Ich würde mir wünschen, dass wir ernsthaft diese Möglichkeit, die andere Bundesländer haben, die Graz schon gezeigt haben, in der Steiermark umsetzen.

Ich darf zur Einbringung meiner Entschließungsanträge kommen. Es sind zwei Anträge, ich darf zum ersten kommen. Das ist der Antrag in Bezug auf das 365 Euro Jahresticket. Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, wie in Wien und in Vorarlberg ein 365 Euro-Jahresticket für den öffentlichen Verkehr im gesamten Bundesland umzusetzen.

Und der zweite Entschließungsantrag betrifft das Topticket in der Steiermark. Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Topticket auf Studierende auszuweiten.

Ich ersuche um Annahme der Anträge und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 17.00 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Anton Gangl. Bitte.

LTAbg. Gangl – ÖVP (17.00 Uhr): Ja, in aller Kürze. Ich möchte mich bei allen sozusagen Empfindlichkeiten oder Befindlichkeiten einklinken, liebe Fraktion der Grünen, das Thema ist tatsächlich ein wichtiges Thema und Klimaschutz ist eigentlich eine Querschnittsmaterie in allen unseren Lebensbereichen und daher glaube ich, hättest du diese Beträge, die du heute gebracht hast, in vielen lebendigen Debatten des Landtages einbringen können und kannst Sie auch einbringen, aber dafür eine Dringliche auszurufen, entwertet aus meiner Sicht fast ein bisschen das Instrument, dieses parlamentarische Instrument, das muss ich dir echt sagen. Es ist schade, es ist schade, weil das Thema ist ja tatsächlich wichtig, aber euch ist es heute darum gegangen, die Entschließungsanträge rein zu bringen, um vielleicht morgen sagen zu können: Wir haben ohnehin was vorgeschlagen, aber sie waren halt dagegen. Es ist schade, dass das so ist, muss ich ganz offen sagen. Das Gefühl haben viele hier in diesem Haus heute im Parlament, aber nichts desto trotz war die Diskussion insofern wichtig, weil wir gesehen haben, dass die Steiermark in den Fragen des Klimaschutzes durchaus vorbildlich unterwegs ist, sie kann besser sein, da sind wir uns alle einig, aber gut vorbildlich ist und dass wir in vielen Bereichen des Klimaschutzes, die auch heute angesprochen worden sind, gut aufgestellt und viel Initiativen gesetzt worden sind. Etwas, was heute angesprochen worden ist, das so aus meiner Sicht noch viel mehr Bedeutung haben müsste, ist die Möglichkeit, in den Regionen aktiv zu sein. Wir haben jetzt sieben Großregionen, der Kollege Lang hat das gesagt, wir haben dementsprechend gut ausgestattete Gemeinden und wir haben ja auch Landesthemen. Wir haben Chartas, wie die Waldcharta, wie die Bodencharta und wir haben

auch andere Instrumente oder Themen, die wir in den Regionen umsetzen können. Es ist halt immer leicht sozusagen von anderen zu fordern, ich glaube, und das möchte ich appellieren, wir haben die Möglichkeit auch draußen; jeder und jede Fraktion dort sozusagen auch vor Ort in den Regionen aktiv zu sein. Es gibt viele Möglichkeiten. Ich kann nur von uns sagen, wir haben als Querschnittsmaterie viele Facetten des Klimaschutzes eingebaut und werden das mit den Gemeinden umsetzen. Und daher würde ich bitten, das Thema ist wichtig, noch einmal, ich will von den allen nichts runter streichen, aber für eine Dringliche Anfrage, ich meine, der ORF war auch nicht da, der hat das auch „geschnallt“, worum es da heute geht. Es ist schade darum. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.03 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächste Wortmeldung liegt mir die von Helga Ahrer vor. Bitte.

LTAbg. Ahrer – SPÖ (17.03 Uhr): Werte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Damen und Herren im Publikum und via Livestream!

Ja, liebe Abgeordneten der Grünen, also Herr Landesrat Jörg Leichtfried, glaube ich, hat wirklich diese Dringliche eindeutig und sehr gut beantwortet. Erlauben Sie mir jetzt noch einige Bemerkungen zu Ihren eingebrachten Entschließungsanträgen, sowohl zum 365 Euro Ticket, als auch zum Topticket. Irgendwie habe ich den Eindruck, ihr sucht nur irgendwie die Bühne oder das Rampenlicht. Da ist euch sogar recht, dass man dazu eine Dringliche heranzieht und was mich noch so wundert, ist es anscheinend, fahrt ihr ganz wenig mit den Zügen oder mit dem öffentlichen Verkehr. Ich fahre tagtäglich damit. Denn sonst wüsstet ihr, dass die mehr als wie übertoll sind und dass man sich dann auch in den Stoßzeiten wirklich um einen Platz bemühen muss bzw. froh sein muss, dass man überhaupt mitkommt. Und aus diesem Grund hat unser Herr Verkehrslandesrat Leichtfried vollkommen Recht, wenn er die ohnehin beschränkten Mittel zuerst einmal dafür verwendet, dass er das Angebot und die Qualität des öffentlichen Verkehrs in der Steiermark verbessert. Er hat ja schon vieles erwähnt: Ausbau S-Bahn, Tempotrassen und, und, und. Alles das gehört dazu, auch vernünftige Bahnhofstrukturen, und erst dann können wir nachdenken über seriöse Tarifstützungsmaßnahmen, die dann auch wirklich diskutiert werden. Und ich muss schon sagen, wir haben in den letzten Ausschüssen einen Unterausschuss zur Mobilität gegründet ja bzw. installiert und der wird im Jänner 2016 tagen. Und ohne eine Diskussion oder irgendetwas abzuwarten, machen Sie heute eine Dringliche. Also das ist schon sehr

sonderbar. Also warten wir einmal die Diskussionen ab, es gibt ja viele gute Dinge, Themen, auch zum 365 Euro Ticket haben wir schon Diskussionen geführt. Aber dazu heute, wie gesagt, diese Dringliche einzusetzen, ja. Preisbeispiele brauche ich auch keine mehr bringen. Es ist ganz klar, es wird immer nur der Ticketpreis herangezogen, aber es wird herangezogen, wenn man den Privat-PKW nützt, nicht nur das Kilometergeld zählt, sondern es zählt natürlich auch eine Abnutzung und ich sage einmal, die Parkplatzgebühren, vor allem auch in Graz, sind sicher nicht ohne und werden oft gar nicht berücksichtigt, bei dieser Berechnung. Und daher, wie gesagt, sind hier oft hohe Kosten und da ist ein öffentliches Ticket noch immer wesentlich günstiger, als die Nutzung des Privat-PKW's. Daher kann ich Ihnen versichern, liebe Abgeordnete, wir werden nicht hinten bleiben, sondern wir werden die richtigen Schritte für eine nachhaltige zukunftsorientierte Umwelt- und Verkehrspolitik setzen. Danke für ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.06 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächste Wortmeldung liegt mir die von Claudia Klimt-Weithaler vor. Bitte.

LTabg. Klimt-Weithaler - KPÖ (17.06 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Liebe Kollegin Ahrer, eigentlich habe ich ja geglaubt, die Zeiten sind vorbei, wo man da heraußen die Opposition maßregelt, welche Instrumente sie nutzen darf oder nutzen soll oder was hinfällig ist. Denn es ist offensichtlich, nachdem es hier so viele Wortmeldungen gibt zu dem Thema, hat die Dringliche der Grünen, meiner Meinung nach durchaus ihre Berechtigung. Also so viel einmal zu dem. Auch dem Herrn Kollegen Gangl möchte ich das ins Stammbuch schreiben. *(LTabg. Gangl – ÖVP: „Danke!“)* Ich möchte zu den Entschließungsanträgen der Grünen Stellung nehmen und möchte auch bei dem beginnen, was der Herr Landesrat gesagt hat. Weil Sie ja durchaus, viele Dinge teile ich da zu 100 %, über die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs gesprochen haben und selbstverständlich sehe ich das auch so oder auch die KPÖ, die gesamte Fraktion, dass es notwendig ist, dass es einen Ausbau braucht. Aber in diesem Zusammenhang muss man natürlich auch immer über eine Finanzierung sprechen. Denn dass das nicht vom Himmel fällt und dass das nicht alles kostenlos ist, das ist klar. Deshalb bin ich auch vollkommen bei Ihnen, wenn Sie sagen, es braucht diese flächendeckende LKW-Maut – sehe ich auch so, weil man könnte natürlich wirklich hergehen und sagen, wenn die eingeführt ist und wenn es diese LKW-Maut gibt,

dann könnte man endlich das Geld, das man bisher für die Straßenerhaltung, -sanierung, -ausbau, verwendet hat, in den öffentlichen Verkehr geben. Weil dann würde ja das, was man mit der LKW-Maut einnimmt, durchaus für die Straßenerhaltung verwendet werden können. Sie haben auch über die Abfolge gesprochen und ich sage jetzt einmal, grundsätzlich meiner Meinung nach schließt das eine das andere nicht aus. Also man kann durchaus parallel über beides nachdenken. Wir haben auch immer wieder, Kollege Schönleitner hat es erwähnt, das Thema Finanzierung angesprochen und das Thema Nahverkehrsabgabe, sowohl hier im Landtag aber auch dort, wo wir in den Gemeinderäten vertreten sind, vor allem auch in der Stadt Graz, thematisiert. Und ich weiß schon, dass die ÖVP dann immer gern die Ohren zumacht, wenn es um das Thema Nahverkehrsabgabe geht, aber ich muss auch dazu sagen, ich weiß gar nicht, ob die Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP das wissen, erst vor kurzem bei einer Veranstaltung am Flughafen – habe leider vergessen, welche Veranstaltung es war – aber jedenfalls war dort der Bürgermeister Nagl und hat dort durchaus wortwörtlich gesagt, dass er über eine Nahverkehrsabgabe nach Wiener Modell nachdenken muss. Und das freut mich sehr, dass das jetzt auch einmal von Seiten der ÖVP – hat er gesagt dort – (*LTabg. Riener – ÖVP: „Hat er gesagt, stimmt. Wir haben Meinungsfreiheit.“*) haben mir mehrere KollegInnen des Gemeinderates bestätigt, und das finde ich super, dass das auch einmal grundsätzlich in den Mund genommen wird, denn man muss schon dazu sagen, wenn etwas in Wien seit Jahren so gut funktioniert, warum soll man es dann nicht zumindest versuchen und ich sage nicht, dass man das eins zu eins übernehmen kann, ich habe mich mit dem Herrn Landesrat Leichtfried schon einmal darüber unterhalten, dass natürlich so eine Nahverkehrsabgabe in einer Stadt, die in sich geschlossen ist, was anderes bedeutet, als in einem Bundesland, alles kein Thema. Aber dass man zumindest einmal darüber nachdenkt und sagt: Wie könnte man das denn gestalten? Ja, dass wir über kurz oder lang irgendwann einmal was reinbringen müssen an Geldern, mit denen man im Bereich Verkehr was tun kann, ich glaube, das bestreitet ja wohl wahrscheinlich niemand in diesem Haus. Und wichtig ist in dem Zusammenhang auch, das, wenn man sich jetzt mit Unternehmern und Unternehmerinnen unterhält, fällt mir immer auf, dieses Beispiel mit der Tourismusabgabe. Diese Tourismusabgabe ist, ich weiß nicht wann, vor langer, langer Zeit, eingeführt worden, ist auch gut so. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, wofür sie verwendet wird, aber das ist meine Hohlschuld, sage ich jetzt einmal, da stellt sich überhaupt niemand mehr die Frage, warum es diesen Beitrag gibt? Es wird eingezahlt! Warum soll das nicht auch im Laufe der Zeit, ja, mit einer Abgabe für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs möglich sein? Und auch wenn man es

sich in Wien anschaut, es bringt den Unternehmen ja was, ja. Weil eben ihre Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen erstens einmal auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, weil die Leute näher in die Innenstadt kommen, weil dort dann auch mehr in den Geschäften eingekauft wird, also ich habe noch niemanden gehört, der sich beschwert hat, dass der sagt: „Da wird mein Unternehmen zerstört, durch so eine Abgabe, ja.“ Also ernsthaft meine Bitte auch, mein Appell in Richtung ÖVP, unterhalten uns wir zumindest einmal darüber, wie so etwas genau ausschauen kann? Wie man es durchführen kann? Und jetzt wünsche ich mir natürlich auch von der anderen Seite her, dass man da wirklich einmal ernsthaft versucht darüber nachzudenken.

So, jetzt zu den Entschließungsanträgen. Ich nehme vorweg, wir werden beiden selbstverständlich zustimmen, und was mich ja besonders freut, ist, dass die Grünen in ihrem Entschließungsantrag zum 365 Euro Ticket die günstigen Fahrpreise als ökologischen und ökonomischen Erfolg darstellen, so, wie wir es vor kurzem auch in der Kleinen Zeitung lesen konnten, wie die Holding das präsentiert hat und dies eben auch in der Begründung als lobenswertes Beispiel die Stadt Graz angeführt wird. Das freut mich deshalb ganz besonders, weil das jetzt endlich so ist, dass die Grünen das auch wohlwollend sehen, da sind wir ja vor nicht allzu langer Zeit noch geschimpft worden. Ich erinnere, weil die KPÖ in Graz gemeinsam mit der SPÖ und der ÖVP ein Budget beschlossen hat. Und eine unserer wesentlichen Forderungen, um dieses Budget auch zu beschließen, war damals „runter mit den Öffi-Preisen, wir wollen eine Jahreskarte einführen, die sich wirklich alle leisten können“ und so ist die auch zustande gekommen. In Graz kostet das Ticket jetzt 228 Euro. Das war uns damals bewusst und das ist uns heute bewusst, dass es natürlich mit Graz-Umgebung schwierig ist und dass das natürlich schön wäre, wenn man das umlegen könnte, aber dafür ist halt der Grazer Gemeinderat nicht zuständig. Also wir haben das gemacht, was wir machen konnten. Das freut mich insofern, weil, wie gesagt, die Grünen haben da ja noch geschimpft und haben uns auch vorgeworfen, wir hätten keine Ideen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Was ja nicht stimmt. Denn diese Nahverkehrsabgabe, die wir hier auf Landesebene schon mehrmals gefordert haben und immer wieder thematisiert haben, haben wir ja auch in der Stadt Graz schon thematisiert, ja. Fakt ist auch, dass jetzt die Holding Graz durchaus, du hast die Zahlen genannt, Lambert, höchst zufrieden ist. Weil sie sagt Verdreifachung und ich weiß nicht was alles, also man sieht schon, dass, wenn man eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs haben will, dann man auch durchaus bei den Preisen ansetzen kann, ohne natürlich, und das sehe ich auch so, darauf zu vergessen, dass man ausbauen muss. Und

spannend find ich da wiederum die Haltung der unter Anführungszeichen „sozialen Heimatpartei“, wenn Sie uns dann mitteilen, na, also günstigere Öffi-Tickets, Toptickets, Studierende – nicht mit uns. Ja, das zeigt Ihr wahres Gesicht.

Abschließend möchte ich noch sagen, wir werden selbstverständlich dem Topticket-Antrag zustimmen, weil ich glaube, es braucht gerade und immer wieder diesen Anstoß auch, selbst wenn ein Unterausschuss schon eingerichtet ist, Kollegin Ahrer, kann man durchaus hier im Landtag sich herstellen und sagen: Diese und jene Forderungen sind uns wichtig und deswegen wollen wir drüber reden, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Und selbst wenn bei dem Unterausschuss rauskommt, okay, wir können uns nicht auf alles einigen, dann kann man das trotzdem festschreiben. Also das möchte ich nicht wieder erleben, weil, dass haben wir die ganze letzte Periode mitbekommen, dass uns jemand sagt, was man ansprechen darf und was nicht. Von unserer Seite her kann ich nur sagen, wir sind sehr gerne bereit über alle möglichen Ideen, die da in diesem Zusammenhang aufgebracht werden, nachzudenken. Wir möchten in Zukunft auch darauf achten, dass eben diese Mobilität gegeben ist, und zwar für alle Menschen – für alte, für junge und vor allem für die, die eben von ihrem Einkommen her es nicht so leicht haben, auch am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, weil sie schlicht und einfach nicht die Möglichkeit haben, irgendwo kostengünstig hinzukommen. Also wie gesagt, wir sind zur Zusammenarbeit gerne bereit und wir werden den Entschließungsanträgen der Grünen unsere Zustimmung geben. Dankeschön. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 17.16 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung der Entschließungsanträge.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 413/2, betreffend das 365 Euro Jahresticket für die gesamte Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von Grünen und Kommunisten gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 413/3, betreffend Topticket auch für Studierende ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat mit den Stimmen von Grünen und Kommunisten gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet aber gleichzeitig auch unsere Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 15. Dezember statt.

Es wird wie immer auf elektronischem Weg eingeladen.

Kommen Sie alle gut nach Hause, egal ob mit öffentlichem Verkehr oder mit dem PKW oder zu Fuß.

Ende: 17.17 Uhr